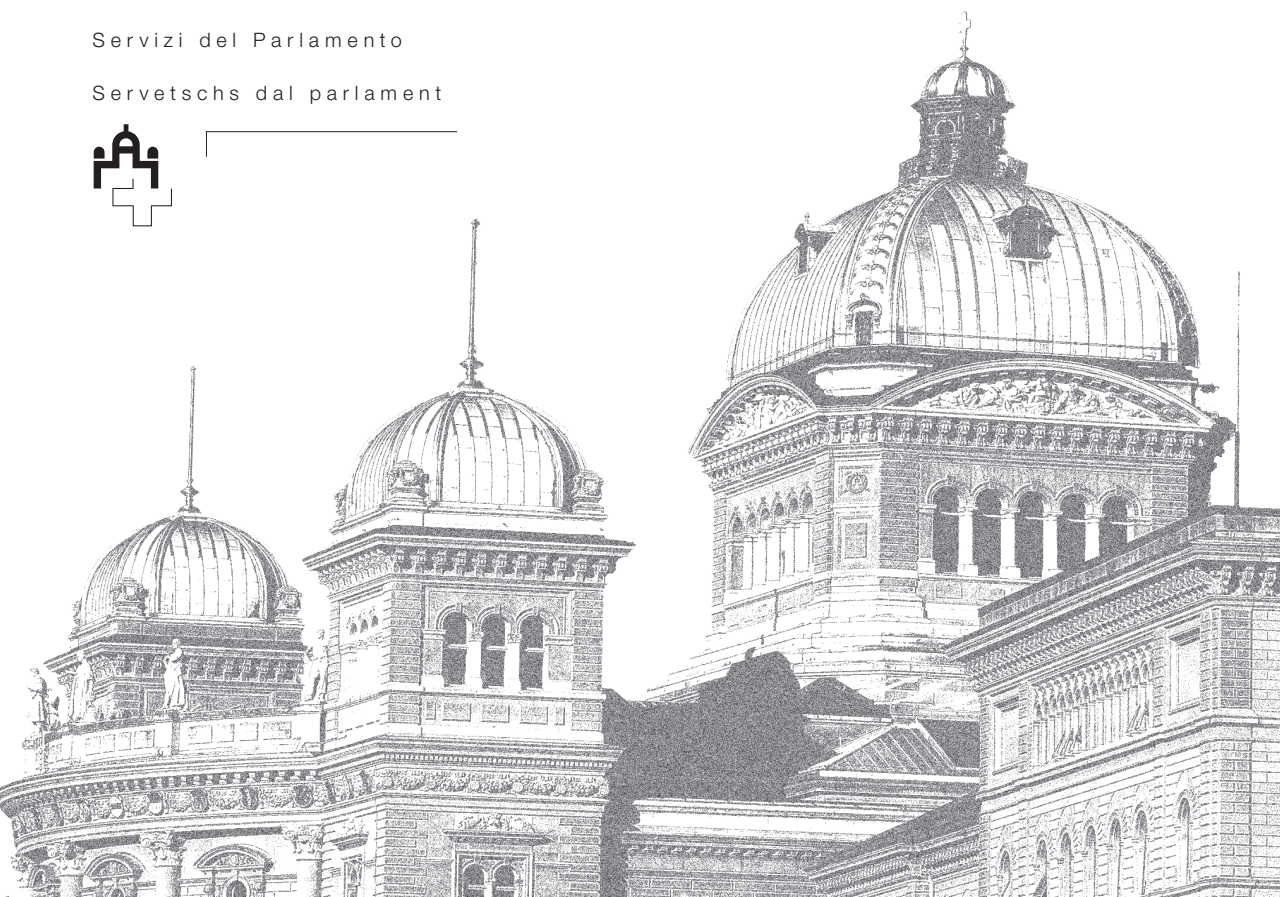


Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Volksabstimmung vom 29. 11. 2020

Votation populaire du 29.11.2020

Votazione popolare del 29. 11. 2020

19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung von
Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement des
producteurs de matériel de guerre.
Initiative populaire**

**Per il divieto di finanziare i produttori di
materiale bellico. Iniziativa popolare**

VH 19.038

Documentazione

Biblioteca del Parlamento

Documentation

Bibliothèque du Parlement

Dokumentation

Parlamentsbibliothek

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		IV
Riassunto delle deliberazioni		VI
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	11.03.2020	1
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	11.03.2020	10
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	12.03.2020	37
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	08.06.2020	44
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	19.06.2020	52
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	19.06.2020	53
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		54
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» vom 19. Juni 2020		58
Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire « Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre » du 19 juin 2020		60
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico» del 19 giugno 2020		62
7. Argumente		64
Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.		
Arguments		
Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.		
Argomenti		
I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.		

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

19.038 n Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative
Botschaft vom 14. Juni 2019 zur Volksinitiative
«Für ein Verbot der Finanzierung von
Kriegsmaterialproduzenten» ([BBl 2019 5115](#))

Neue Frist der Initiative nach verordnetem
Fristenstillstand: 3. März 2021 (siehe SR 161.16)

NR/SR Sicherheitspolitische Kommission

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative
«Für ein Verbot der Finanzierung von
Kriegsmaterialproduzenten» ([BBl 2019 5145](#))
12.03.2020 Nationalrat. Beginn der Debatte
12.03.2020 Nationalrat. Beschluss gemäss Entwurf
08.06.2020 Ständerat. Zustimmung
19.06.2020 Nationalrat. Annahme in der
Schlussabstimmung
19.06.2020 Ständerat. Annahme in der
Schlussabstimmung
Schlussabstimmungstext: [BBl 2020 5509](#)

19.038 n Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire

Message du 14 juin 2019 concernant l'initiative
populaire «Pour une interdiction du financement des
producteurs de matériel de guerre» ([FF 2019 4897](#))

Nouveau délai de l'initiative jusqu'au 3 mars 2021
compte tenu de la suspension des délais arrêtée
(voir RS 161.16)

CN/CE Commission de la politique de sécurité

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour
une interdiction du financement des producteurs de
matériel de guerre» ([FF 2019 4927](#))
12.03.2020 Conseil national. Début des délibérations
12.03.2020 Conseil national. Décision conforme au
projet
08.06.2020 Conseil des Etats. Adhésion
19.06.2020 Conseil national. Adoption (vote final)
19.06.2020 Conseil des Etats. Adoption (vote final)
Texte soumis au vote final : [FF 2020 5347](#)

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

19.038 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative

Die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" wurde am 21. Juni 2018 von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und den Jungen Grünen eingereicht. Die Initianten verlangen, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt wird. Das Parlament empfiehlt Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative.

Ausgangslage

Die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" wurde am 21. Juni 2018 mit 104 612 gültigen Unterschriften eingereicht. Sie verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt wird. Der Bund soll sich ausserdem auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten. Als Kriegsmaterialproduzenten definiert die vorgesehene Verfassungsbestimmung Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Vom Finanzierungsverbot explizit ausgenommen wären Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und die dazugehörige Munition. Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten gemäss der Volksinitiative die Gewährung von Krediten, Darlehen, Schenkungen und vergleichbaren finanziellen Vorteilen, die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten z. B. durch den Erwerb von Wertschriften sowie der Erwerb von gewissen Finanzprodukten, z. B. kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, die Anteile von Kriegsmaterialproduzenten enthalten.

Mit seiner Botschaft vom 14. Juni 2019 beantragte der Bundesrat der Bundesversammlung, die Volksinitiative Volk und Ständen ohne direkten oder indirekten Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Der von der Initiative verfolgte Ansatz sowie die vorgesehenen Massnahmen werden vom Bundesrat als nicht zielführend beurteilt. Das Finanzierungsverbot hätte zudem negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der Nationalbank, von Stiftungen und Pensionskassen sowie auf die AHV/IV/EO, die alle unverhältnismässig stark betroffen wären. Darüber hinaus stelle die Initiative generell den Finanzplatz Schweiz infrage und schwäche die Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

(Quelle: Botschaft vom 14. Juni 2019 zur Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten", [BBI 2019 5115](#))

Verhandlungen

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» Entwurf: [BBI 2019 5145](#)

12.03.2020	NR	Beginn der Debatte
12.03.2020	NR	Beschluss gemäss Entwurf
08.06.2020	SR	Zustimmung
19.06.2020	SR	Annahme in der Schlussabstimmung
19.06.2020	NR	Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBI 2020 5509](#)

Die Volksinitiative wurde im **Nationalrat** während der Frühjahrsession 2020 beraten. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission stellte dem Rat den Antrag, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Initiative sei gefährlich, habe keinen Einfluss auf den Weltfrieden, sei unklar formuliert, nicht umsetzbar und missbrauche die Unabhängigkeit der Nationalbank, fasste der Kommissionssprecher die Meinung der Kommissionmehrheit zusammen.

Eine aus Mitgliedern der sozialdemokratischen, der grünen und der grünliberalen Fraktion bestehende Kommissionminderheit stellte den Antrag, die Initiative an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenentwurf zur Initiative auszuarbeiten. Dieser solle das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen stärken und das Finanzierungsverbot der Initiative durch entsprechende Transparenzvorschriften ersetzen. Die Volksinitiative gehe nicht auf das verbreitete

Bedürfnis ein, zwischen Waffen, die umfassend völkerrechtlich geächtet sind und deren Einsatz verboten ist, und Waffen, die grundsätzlich zur Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols zugelassen sind, zu unterscheiden. Dies sei unbefriedigend, argumentierte die Sprecherin der Kommissionsminderheit. Mit einem Gegenentwurf könnten bestehende Schlupflöcher bei der Finanzierung von in der Schweiz verbotenem Kriegsmaterial geschlossen werden. Zudem könnten Transparenzvorschriften geschaffen werden, damit sich Anleger und Anlegerinnen mit ethischen Bedürfnissen entsprechend orientieren könnten. Der Nationalrat lehnte den Minderheitsantrag mit 105 zu 87 Stimmen aber ab.

Eine zweite Kommissionsminderheit, bestehend aus Mitgliedern der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion, wollte Volk und Ständen die Annahme der Initiative empfehlen. Das Begehren sei ein Bedürfnis der Bevölkerung, argumentierte der Minderheitssprecher. Die Bevölkerung wolle nicht, dass mit ihrem Geld in Kriegswaffen investiert werde. Zudem sei eine entsprechende Verfassungsbestimmung nötig für die Glaubwürdigkeit und Neutralität der Schweiz. Der Nationalrat folgte aber der Kommissionsmehrheit und beschloss mit 120 zu 71 Stimmen bei 2 Enthaltungen, die Volksinitiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

Im **Ständerat** wurde die Volksinitiative während der Sommersession 2020 beraten. Auch hier beantragte die Mehrheit der vorberatenden Kommission, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zur Ablehnung zu empfehlen. Die Initiative führe nicht zu mehr Weltfrieden, sie sei in dieser Hinsicht wirkungslos, sagte der Kommissionssprecher. Das Finanzierungsverbot sei zudem kaum umzusetzen. Ferner sei der Begriff "Kriegsmaterialproduzent" unklar und die Limite von fünf Prozent willkürlich. Die Initiative würde weiter die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen sowie den Schweizer Industriestandort und Finanzplatz schwächen. Auch die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank würde Schaden nehmen.

Eine aus Mitgliedern der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion bestehende Kommissionsminderheit beantragte die Rückweisung der Initiative an die Kommission. Die Kommission solle beauftragt werden, zur Initiative einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, der das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen ausweitere. Derzeit gebe es ein Verbot für die direkte Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial. Die indirekte Finanzierung sei hingegen gegenwärtig nur dann verboten, wenn eine Umgehungsabsicht nachgewiesen werden könne, argumentierte der Sprecher der Kommissionsminderheit. Dies müsse korrigiert werden. Die kleine Kammer lehnte den Minderheitsantrag mit 31 zu 14 Stimmen ab.

Eine andere Kommissionsminderheit, angeführt von Céline Vara (G, NE), wollte Volk und Ständen die Annahme der Initiative empfehlen. Obwohl die Schweiz an keinem bewaffneten Konflikt beteiligt sei - nicht einmal indirekt -, nähre sie doch weltweit viele dieser Konflikte. Dies gefährde die Neutralität der Schweiz, argumentierte die Minderheitssprecherin. Der Rat folgte aber dem Antrag der Kommissionsmehrheit und empfahl mit 32 zu 13 Stimmen Volk und Ständen die Ablehnung der Initiative.

In den Schlussabstimmungen wurde die Volksinitiative vom Nationalrat mit 132 zu 27 Stimmen und vom Ständerat mit 32 zu 13 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Gegen die Ablehnung der Initiative stimmten die Mitglieder der sozialdemokratischen und der grünen Fraktion.

2. Résumé des délibérations

19.038 Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire

L'initiative populaire " Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre " a été déposée le 21 juin 2018 par le Groupe pour une Suisse sans armée et les Jeunes Verts. Les auteurs de l'initiative demandent d'interdire à la Banque nationale suisse, aux fondations et aux institutions de la prévoyance publique et professionnelle de financer les producteurs de matériel de guerre. Le Parlement recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Situation initiale

L'initiative populaire " Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre " a été déposée le 21 juin 2018 munie de 104 612 signatures valables. Elle demande d'interdire à la Banque nationale suisse (BNS), aux fondations et aux institutions de la prévoyance publique et professionnelle de financer les producteurs de matériel de guerre. Elle prévoit en outre que la Confédération s'engage sur les plans national et international en faveur de la mise en place de conditions analogues applicables aux banques et aux assurances. Selon la disposition constitutionnelle proposée, sont réputés producteurs de matériel de guerre les entreprises dont plus de 5 % du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre. Les équipements de déminage humanitaire ainsi que les armes de chasse et de sport, ainsi que leurs munitions, sont explicitement exclus de l'interdiction de financement. Par financement d'un producteur de matériel de guerre, le texte de l'initiative entend le fait de lui octroyer un crédit, un prêt, une donation ou un avantage financier comparable, de prendre une participation dans la société, par exemple en acquérant des actions ou des titres, et d'acquérir des parts de certains produits financiers, tels que les placements collectifs de capitaux et les produits structurés qui contiennent des parts de producteurs de matériel de guerre.

Estimant que l'approche adoptée et les mesures envisagées ne sont pas efficaces, le Conseil fédéral a proposé à l'Assemblée fédérale, dans son message du 14 juin 2019, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative sans contre-projet direct ou indirect. A ses yeux, l'interdiction de financement aurait également pour la Suisse des retombées négatives, qui affecteraient dans une mesure excessive l'activité de la BNS, des fondations, des caisses de pension et des fonds de compensation AVS/AI/APG. Enfin, l'initiative remet en question de façon générale la place financière de la Suisse et affaiblit l'industrie suisse des machines, des équipements électriques et des métaux.

(Source : Message du 14 juin 2019 concernant l'initiative populaire "Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", [FF 2019 4897](#))

Délibérations

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre» Projet : [FF 2019 4927](#)

12.03.2020	CN	Début des délibérations
12.03.2020	CN	Décision conforme au projet
08.06.2020	CE	Adhésion
19.06.2020	CE	Adoption (vote final)
19.06.2020	CN	Adoption (vote final)

Texte soumis au vote final : [FF 2020 5347](#)

Le **Conseil national** s'est penché sur l'initiative populaire durant la session de printemps 2020. La majorité de la commission chargée de l'examen préalable a proposé au conseil de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative. Les arguments de la majorité de la commission, résumés par le rapporteur de commission, sont, que l'initiative est dangereuse, qu'elle n'aurait aucune conséquence sur la paix mondiale, qu'elle n'est pas clairement formulée, qu'elle n'est pas réalisable et qu'elle nuit à l'indépendance de la BNS.

Une minorité de la commission composée de membres des groupes socialiste, vert et vert-libéral a proposé de renvoyer l'initiative à la commission en la chargeant d'élaborer un contre-projet indirect. Ce dernier devrait consolider l'interdiction du financement indirect des armes prohibées et remplacer l'interdiction de financement de l'initiative par des règles de transparence adaptées. Selon la porte-

parole de la minorité de la commission, l'initiative populaire n'est pas satisfaisante, car elle ne répond pas au besoin fondamental de distinguer les armes prohibées par le droit international et dont l'utilisation est interdite de celles qui sont autorisées afin de garantir le principe du monopole de la force publique. La porte-parole de la minorité de la commission souligne qu'un contre-projet permettrait de combler des lacunes existantes concernant le financement de matériel de guerre interdit en Suisse. De plus, des règles de transparence pourraient être élaborées afin que les investisseurs qui ont des critères éthiques puissent s'informer en conséquence. Le Conseil national a cependant rejeté le contre-projet par 105 voix contre 87.

Une deuxième minorité de la commission composée de membres des groupes socialiste et vert souhaitait recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative. Le porte-parole de la minorité de la commission a souligné que la population, qui ne souhaite pas que l'argent public soit investi dans du matériel de guerre, avait besoin de cette initiative. Il estime par ailleurs que les mesures demandées par l'initiative serviraient la crédibilité et la neutralité de la Suisse. Le Conseil national a toutefois suivi la proposition de la majorité de la commission et a décidé, par 120 voix contre 71 et 2 abstentions, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire.

Le **Conseil des Etats** a examiné l'initiative populaire à la session d'été 2020. Là aussi, la majorité de la commission chargée de l'examen préalable a proposé de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative sans contre-projet. Selon le rapporteur de la commission, l'initiative n'encourage pas davantage la paix mondiale, elle est, sur cet aspect, inutile. De plus, l'interdiction de financement serait difficile à mettre en oeuvre, la notion de " producteur de matériel de guerre " n'est pas claire et la limite fixée à 5 % est arbitraire. L'initiative contribuerait à affaiblir encore davantage les institutions de prévoyance de l'Etat ainsi que la place industrielle et financière suisse. L'indépendance de la BNS serait également mise en péril.

Une minorité de la commission composée de membres des groupes socialiste et vert a proposé de renvoyer l'initiative à la commission en la chargeant d'élaborer un contre-projet indirect qui développe l'interdiction de financer indirectement le matériel de guerre prohibé. Le porte-parole de la minorité de la commission a rappelé qu'il existe une interdiction portant sur le financement direct du matériel de guerre prohibé, mais que le financement indirect n'est, à l'heure actuelle, interdit que lorsqu'une intention de contournement peut être prouvée. Selon lui, il y a lieu de corriger cet état de fait. La Chambre haute a cependant rejeté la proposition de la minorité par 31 voix contre 14.

Une autre minorité de la commission, Céline Vara (G, NE) souhaitait recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative. La porte-parole de la minorité de la commission estime que même si la Suisse n'est impliquée de manière indirecte dans aucun conflit, elle alimente néanmoins un bon nombre de conflits armés dans le monde, ce qui nuit à sa neutralité. Le conseil a cependant soutenu la proposition de la majorité de la commission et a recommandé au peuple et aux cantons par 32 voix contre 13 de rejeter l'initiative.

Au vote final, le rejet de l'initiative populaire a été recommandé par 132 voix contre 27 au Conseil national et par 32 voix contre 13 au Conseil des Etats. Les députés ayant voté contre le rejet de l'initiative sont des membres des groupes socialiste et vert.

2. Riassunto delle deliberazioni

19.038 Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico. Iniziativa popolare

L'iniziativa popolare "Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico" è stata depositata il 21 giugno 2018 dal Gruppo per una Svizzera senza esercito (GSoA) e dai Giovani Verdi. L'iniziativa chiede di vietare alla Banca nazionale svizzera, alle fondazioni e agli istituti della previdenza statale e professionale di finanziare i produttori di materiale bellico. Il Parlamento propone di raccomandare a Popolo e Cantoni di respingere l'iniziativa.

Situazione iniziale

L'iniziativa popolare "Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico" è stata depositata il 21 giugno 2018 con 104 612 firme valide. L'iniziativa chiede di vietare alla Banca nazionale svizzera, alle fondazioni e agli istituti della previdenza statale e professionale di finanziare i produttori di materiale bellico. Prevede inoltre che la Confederazione si adoperi a livello nazionale e internazionale affinché alle banche e alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe. La disposizione costituzionale proposta definisce "produttori di materiale bellico" le imprese che realizzano oltre il cinque per cento della loro cifra d'affari annua con la fabbricazione di materiale bellico. Sono esplicitamente esclusi dal divieto di finanziamento gli apparecchi per lo sminamento umanitario, nonché le armi da caccia e da sport e le relative munizioni. Conformemente all'iniziativa, per finanziamento dei produttori di materiale bellico s'intende la concessione di crediti, mutui, donazioni o vantaggi finanziari comparabili, la partecipazione a imprese che producono materiale bellico per esempio tramite l'acquisto di titoli, nonché l'acquisto di quote di determinati prodotti finanziari quali investimenti collettivi di capitale o prodotti strutturati che contengono quote di produttori di materiale bellico.

Nel messaggio del 14 giugno 2019 il Consiglio federale ha proposto al Parlamento di raccomandare a Popolo e Cantoni di respingere l'iniziativa popolare senza opporvi un controprogetto diretto o indiretto. Ritiene infatti che l'approccio seguito e le misure previste non siano né adeguate né efficaci. Il divieto di finanziamento avrebbe inoltre ripercussioni negative per l'attività della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e delle casse pensioni, nonché per l'AVS/AI/IPG, che ne risentirebbero in misura sproporzionata. Infine, l'iniziativa mette a rischio la piazza finanziaria svizzera e indebolisce l'industria meccanica, elettrotecnica e metallurgica svizzera.

(Fonti: Messaggio del 14 giugno 2019 concernente l'iniziativa popolare "Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico", [FF 2019 4265](#))

Deliberazioni

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico» Disegno: [FF 2019 4295](#)

12.03.2020	CN	Inizio del dibattito
12.03.2020	CN	Decisione secondo il disegno (progetto)
08.06.2020	CS	Adesione
19.06.2020	CS	Adozione nella votazione finale
19.06.2020	CN	Adozione nella votazione finale

Testo del voto finale: [FF 2020 4925](#)

L'iniziativa popolare è stata trattata dal **Consiglio nazionale** durante la sessione primaverile 2020. La maggioranza della Commissione incaricata dell'esame preliminare aveva proposto alla sua Camera di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa poiché essa, come aveva riassunto il suo portavoce, è pericolosa, non ha alcuna influenza sulla pace nel mondo, è formulata in modo poco chiaro, non è attuabile e avrebbe ripercussioni negative sull'indipendenza della Banca nazionale.

Una minoranza della Commissione, composta da membri dei gruppi socialista, ecologista e verde liberale, aveva invece proposto di rinviare l'iniziativa alla Commissione con l'incarico di elaborare un controprogetto indiretto che prevedesse il rafforzamento del divieto di finanziamento indiretto delle armi vietate e la sostituzione del divieto di finanziamento con disposizioni volte ad accrescere la trasparenza. Secondo questa minoranza, l'iniziativa popolare non risponde all'esigenza diffusa di distinguere tra le armi il cui impiego è oggetto di condanna internazionale e dunque vietato e le armi che, in linea di principio, sono consentite per garantire il monopolio dello Stato sull'uso della forza. Un controprogetto potrebbe consentire di ovviare alle attuali scappatoie che permettono il finanziamento

del materiale bellico vietato in Svizzera. Norme sulla trasparenza, inoltre, consentirebbero di orientare gli investimenti su prodotti più etici. Il Consiglio nazionale ha tuttavia respinto la proposta della minoranza con 105 voti contro 87.

Una seconda minoranza della Commissione, composta da membri dei gruppi socialista ed ecologista, aveva proposto di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di accettare l'iniziativa. Secondo il portavoce della minoranza, l'attuazione dell'iniziativa è necessaria poiché la popolazione non vuole che il suo denaro venga investito in armi da guerra. Inoltre accettare l'iniziativa s'impone ai fini della credibilità e della neutralità della Svizzera. Il Consiglio nazionale ha però seguito la maggioranza della Commissione e deciso, con 120 voti contro 71 e 2 astensioni, di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Il Consiglio degli Stati ha trattato l'iniziativa popolare durante la sessione estiva 2020. Anche in questo caso la maggioranza della Commissione incaricata dell'esame preliminare aveva proposto di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa senza opporvi un controprogetto. A parere del portavoce della maggioranza l'iniziativa non contribuisce a portare più pace nel mondo; in questo senso è dunque inefficace. Inoltre, il divieto di finanziamento è difficilmente attuabile, il termine "produttore di materiale bellico" non è chiaro e il limite del cinque per cento arbitrario. Se attuata, l'iniziativa indebolirebbe gli istituti di previdenza statali, come pure la piazza industriale e finanziaria svizzera. Anche l'indipendenza della Banca nazionale svizzera ne risulterebbe danneggiata.

Una minoranza composta da membri dei gruppi socialista ed ecologista aveva proposto di rinviare l'iniziativa alla Commissione, incaricandola di elaborare un controprogetto indiretto volto ad ampliare il divieto del finanziamento indiretto delle armi vietate. Attualmente è infatti previsto soltanto un divieto del finanziamento diretto del materiale bellico proibito. Il portavoce della minoranza aveva argomentato che, unicamente laddove si tenti di eludere questo divieto, la legge proibisce il finanziamento indiretto e dunque occorre intervenire. Il Consiglio degli Stati ha respinto la proposta della minoranza con 31 voti contro 14.

Un'altra minoranza (Céline Vara, G, NE) aveva proposto di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di accettare l'iniziativa, poiché, nonostante non sia implicata in maniera indiretta in alcun conflitto, la Svizzera alimenta un grande numero di conflitti nel mondo. A parere della portavoce della minoranza, questo fatto mette in pericolo la neutralità della Svizzera. Il Consiglio degli Stati ha tuttavia seguito la proposta della maggioranza della Commissione e deciso, con 32 voti contro 13, di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Nelle votazioni finali il Consiglio nazionale ha raccomandato di respingere l'iniziativa con 132 voti contro 27, il Consiglio degli Stati con 32 voti contro 13. In favore dell'iniziativa si sono espressi i membri dei gruppi socialista ed ecologista.



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Minderheit

(Graf-Litscher, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

Rückweisung des Entwurfes an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Volksinitiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages mit den folgenden Eckwerten auszuarbeiten:

- Das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen soll gestärkt werden.
- Die Transparenz für verantwortungsbewusste Anleger soll erhöht werden, und Transparenzvorschriften sollen in den betroffenen Gesetzen verankert werden.

Proposition de la minorité

(Graf-Litscher, Fivaz Fabien, Flach, Fridez, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

Renvoyer le projet à la commission

avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative populaire. Celui-ci contient les éléments suivants:

- L'interdiction du financement indirect des armes interdites doit être renforcée.
- La transparence pour les investisseurs responsables doit être accrue et les prescriptions en matière de transparence doivent être inscrites dans les lois concernées.

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Dans le cadre du débat général nous traiterons également la proposition de renvoi de la minorité Graf-Litscher et la proposition de la minorité Fivaz à l'article 2.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Wir kommen nun zur Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten". Diese Initiative wurde am 21. Juni 2018 mit 104 612 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat hat die Vorlage im Sommer 2019, am 14. Juni, verabschiedet. Er stellt der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber und lehnt sie auch ab.

Was will die Initiative? Sie möchte, dass die Schweizerische Nationalbank, dass Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge nicht mehr Unternehmen finanzieren dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Dieses Anliegen ist eigentlich nachvollziehbar, denn wir wollen alle eine friedliche Welt. Die Frage ist nur, ob das der richtige Weg ist. Die Initiative ist aus Sicht der Mehrheit der Kommission nicht zielführend, sie ist kaum umsetzbar, sie gibt etwas



vor, das nicht erreicht werden kann, und sie ist sogar negativ für die staatliche berufliche Vorsorge, für die Nationalbank, aber auch für unseren Industriestandort.

Ich muss hier noch einmal erwähnen – das habe ich schon letzte Woche gemacht –, dass die Schweiz bereits über griffige Massnahmen verfügt. Wir haben verschiedene Gesetzgebungen: Wir haben das Kriegsmaterialgesetz, wir haben ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Antipersonenminen. Wir haben auch eine Gruppe, die aus dem UVEK, dem VBS, dem EDA und dem SECO zusammengesetzt ist und in Zusammenarbeit mit dem Nachrichtendienst Exporte kontrolliert. Ebenfalls muss man anerkennen, dass in der Schweiz einige Unternehmen gewisse interne Regeln haben, die dann mit entsprechenden Anlagevorschriften alimentiert werden, damit auch hier korrekt vorgegangen wird.

Nun, was haben wir in der Sicherheitspolitischen Kommission gemacht? Wir haben Anhörungen mit der Nationalbank, dem Schweizerischen Pensionskassenverband, Swissmem und dem Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen durchgeführt. Die Kommission hat nach der Diskussion mit 17 zu 8 Stimmen beschlossen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Mit 15 zu 10 Stimmen hat sie zudem beschlossen, dass es keinen Gegenvorschlag respektive keine Rückweisung geben soll.

Eine Minderheit findet, das Anliegen sei zu wenig umgesetzt, und möchte dieses Verbot stärken und sogar das Finanzierungsverbot durch Transparenzvorschriften ersetzen. Es wurde in der Kommission auch diskutiert, warum wir das Thema in der SiK und nicht in der WAK besprechen. Es ist ja ein Wirtschaftsthema. Trotzdem hat man gesagt, es gehe hier um Kriegsmaterial und deshalb gehöre es in die SiK.

Was sind nun die Gründe der Kommission, warum sie diese Initiative mehrheitlich ablehnt? Es sind mehrere:

1. Wir haben verschiedene gute, bereits wirksame Gesetze – ich habe das schon mehrere Male erwähnt. In diesem Zusammenhang muss man auch sagen, dass diese Initiative global leider keinen Einfluss darauf hätte, ob die Welt irgendwie friedlicher würde oder nicht.

2. Die Initiative ist offen. Sie ist unklar formuliert, und sie kann so gar nicht umgesetzt werden. Ich komme nachher noch auf ein paar Punkte zu sprechen.

3. Ein Verbot von Finanzanlagen bei Rüstungsproduzenten sieht eine Mehrheit als nicht umsetzbar. Ich schaue hier auf die linke Seite: Auch die linken Vertreter in der Kommission haben ganz klar ausgeführt, dass dies so nicht gemacht werden kann. Es wurde zum Beispiel gefragt: Wie will man dann Polizei und Armee ausrüsten? Das könnte man dann nicht mehr machen.

4. Wir haben auch verschiedene andere Probleme wie zum Beispiel Dual-Use-Güter aus Firmen, die zivile und militärische Materialien produzieren. Wir hatten in der Kommission einige Firmenbeispiele aus der Schweiz. Ich zähle jetzt hier nicht die Firmen auf. Aber ich zähle ein paar Bereiche auf, damit Sie etwa sehen, um was es hier auch geht: Es geht teilweise um Flugzeugfirmen; es geht um Firmen, die im Haushaltsbereich tätig sind; es geht zum Beispiel um Firmen, die im Drohnenbereich tätig sind; es geht um Funksystemlösungen, die haben wir heute praktisch überall, im Haushalt usw. Betroffen sind auch Geräte im optischen Bereich, Navigationsgeräte usw., jeder benutzt solche tagtäglich, auch mit dem Handy. Sie sehen, es geht sehr weit. Diese Initiative würde eigentlich unsere ganze Wirtschaft und die Bevölkerung sehr stark betreffen.

Auch interessant war, dass in den Anhörungen von sämtlichen Angehörten ausgeführt wurde, dass diese Initiative so nicht umsetzbar sei respektive dass sie, wenn man sie umsetzen möchte, so restriktiv sei, dass man eigentlich mit Finanzierungsanlagen oder Finanzunterstützung aufhören könne. Wir haben auch den Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen angehört. Das war dann doch sehr spannend. Auch die Vertreter dieses Vereins haben gesagt, die Gesetzgebung in der Schweiz sei gar nicht so schlecht, sie wollten aber gerne, dass die Initiative angenommen würde. Auf die klare Frage, wie sie diese umsetzen würden, erhielten wir keine Antwort.

5. Die Hürde von fünf Prozent ist willkürlich. Stellen Sie sich einmal ein Unternehmen mit einem jährlich schwankenden Umsatz vor. Wie wollen Sie feststellen, ob diese fünf Prozent erreicht sind oder nicht? Wollen Sie das alle Jahre überprüfen? Wie wollen Sie die einzelnen Sparten überprüfen? Es gibt Firmen, die nicht alle Sparten genau auflisten können. Es gibt hier also ein Problem mit diesen fünf Prozent. Der

AB 2020 N 299 / BO 2020 N 299

Kontrollaufwand sowohl für den Staat wie auch für das Unternehmen wäre immens.

6. Es handelt sich um einen Angriff auf die Nationalbank. Die Initianten kommen mit einem politischen Anliegen und wollen unsere Nationalbank einschränken. Sie wollen die Geldpolitik der Schweiz einschränken. Ich glaube, das ist ein massiver Angriff. Wenn wir damit beginnen, wenn Sie dem zustimmen, dann wird es in Zukunft verschiedene andere politische Anliegen geben, die man mithilfe der Nationalbank umzusetzen versucht. Damit würden wir unser Land lähmen.

7. Die Pensionskassen müssen Renditen erzielen. Sie investieren in Fonds. Wie wollen Sie in diesen Fonds





überprüfen, in welchen Bereichen die einzelnen Firmen diese fünf Prozent erreichen oder nicht? Das ist absolut unmöglich. De facto müsste man dann sagen: Okay, wir investieren nicht mehr in Fonds. Das wäre auch nicht in Ihrem Interesse, weil die Pensionskassen dann andere Renditeobjekte suchen müssten. Sie wollen ja auch, dass Ihre Pension abgesichert ist.

8. Der Wirtschaftsstandort Schweiz wird natürlich geschwächt, weil Sie mit der Initiative auch eine Rechtsunsicherheit für KMU schaffen.

9. Die Schweiz hat ein Interesse daran, ein gewisses Know-how für gewisse militärische Geräte und Materialien aufzubauen. Mit der Initiative würden Sie auch dieses ganze System schwächen.

Zum Fazit: Das Anliegen ist nachvollziehbar, das möchte ich hier sagen. Aber die Initiative verlangt etwas, was nicht umgesetzt werden kann, was keine Wirkung hat und im Gegenteil eine schädliche Wirkung in unserem Land hat und was weltweit keine Wirkung für eine friedlichere Welt hat. Der zweite Punkt, das habe ich schon mehrere Male erwähnt: Die schweizerische Gesetzgebung ist nach heutigem Rechtsstand genügend. Selbstverständlich muss man das immer wieder überprüfen. Das wird auch gemacht. Aber man hat sehr restriktive Massnahmen, und diese erachtet die Kommission als genügend.

Zusammengefasst: Mit 17 zu 8 Stimmen empfiehlt die Kommission die Volksinitiative zur Ablehnung. Zudem lehnt sie den Antrag auf Rückweisung mit 15 zu 10 Stimmen ab.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: La Commissione della politica di sicurezza ha trattato l'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico" che prevede i seguenti punti:

1. Vietare il finanziamento dei produttori di materiale bellico da parte della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e degli istituti della previdenza statale e professionale.

2. Definire per produttori di materiale bellico le imprese che realizzano oltre il 5 per cento del loro fatturato con la produzione, la fabbricazione di materiale bellico.

3. Fare in modo che la Confederazione si adoperi a livello nazionale e internazionale affinché alle banche e alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe.

Le motivazioni generali dei promotori dell'iniziativa, ossia dei Giovani Verdi, del Partito socialista e delle associazioni cofirmatarie, sono combattere le cause che spingono le persone alla fuga dal loro paese, quindi un punto legato al problema dell'immigrazione, promuovere la pace nel mondo, tutelare la neutralità e mantenere le condizioni che permettono di avere una politica estera di sicurezza credibile – sono senz'altro motivazioni nobili. L'iniziativa comporta dunque degli aspetti etici, degli aspetti economico-finanziari e degli aspetti di politica di sicurezza.

Il Consiglio federale ha analizzato il testo dell'iniziativa, proponendo alle Camere federali, nel suo messaggio del 14 giugno 2019, di raccomandare al popolo e ai cantoni di respingere l'iniziativa popolare senza opporre un controprogetto.

La commissione in un primo tempo si è riunita per ascoltare i rappresentanti del comitato dell'iniziativa. Poi, al fine di farsi un quadro più completo, ha deciso di convocare altri gruppi di interesse. Quindi sono stati ascoltati un rappresentante della Banca nazionale, un rappresentante dell'Associazione svizzera delle istituzioni di previdenza, un rappresentante di Swissmem e infine un rappresentante dell'Associazione svizzera per gli investimenti responsabili.

Da questi incontri sono usciti due aspetti degni di nota:

1. In Svizzera è in vigore la legge federale sul materiale bellico che prevede già il divieto di finanziamento di armi atomiche, biologiche e chimiche, di munizioni a grappolo e mine antiuomo. Infatti, gli articoli 8b e 8c della legge federale vietano il finanziamento diretto e indiretto dello sviluppo, della fabbricazione o dell'acquisto di materiale bellico. E l'articolo 7 della legge federale sul materiale bellico definisce pure la tipologia di cosa si intende per materiale bellico.

2. Gli istituti finanziari che verrebbero toccati dall'iniziativa nella loro politica d'impiego dei capitali disponibili e nella gestione dei loro portafogli titoli già da tempo considerano e, come abbiamo anche percepito noi, stanno considerando sempre di più in modo ponderato e accurato i principi che si rifanno a criteri etici, sociali e ambientali.

Malgrado gli scopi nobili, come è stato detto, dell'iniziativa, dopo le audizioni con i diretti interessati, la commissione ha riscontrato tuttavia i seguenti punti critici:

L'autonomia della Banca nazionale è un principio sacrosanto sancito dall'articolo 99 della Costituzione – la sua missione, la conosciamo tutti, è la politica monetaria. Limitare la libertà d'azione di questo istituto e anche delle fondazioni delle casse pensioni nonché dei fondi di compensazione AVS e IPG avrebbe effetti negativi. Infatti, una minore libertà d'azione porterebbe a maggiori rischi d'investimento, perché andrebbe a scapito di una



ragionevole diversificazione della gestione dei portafogli. A titolo informativo vi dico che la Banca nazionale attualmente ha investito 160 miliardi di franchi in 6800 titoli diversi, in 6800 aziende diverse.

Difficilmente si potrebbero definire e monitorare nel tempo i produttori di materiale per la difesa con un'asticella fissata in modo arbitrario dai promotori di questa proposta al 5 per cento del fatturato annuo. Questo semplicemente per il fatto che ottenere le necessarie informazioni implicherebbe un onere amministrativo e burocratico fuori misura per le aziende ma anche per gli investitori.

L'iniziativa inoltre non definisce cosa s'intende per materiale bellico. Vi è una miriade di prodotti ad alta tecnologia che vengono usati in molti ambiti e anche per scopi militari, per la difesa e per il nostro esercito; si pensi ad esempio alla tecnologia legata allo sviluppo della produzione dei droni.

A questo punto è necessario dire che in generale nel settore della tecnologia per la sicurezza e per la difesa vi sono numerose piccole e medie imprese molto innovative, con tanto valore aggiunto, che creano anche molti posti di lavoro. Far mancare i mezzi necessari finanziari a questo settore molto innovativo avrebbe conseguenze macro-economiche negative per l'economia svizzera.

Ma anche per la sicurezza del nostro paese è molto importante che il settore produttivo nella tecnologia per la sicurezza abbia a trovare sempre i necessari mezzi finanziari. Questo permette di rimanere concorrenziali ed innovativi a livello internazionale, con vantaggi evidenti anche per i fornitori di prodotti e servizi al nostro esercito e quindi per la difesa della popolazione e del nostro territorio.

Infine, occorre dire che c'è una discrepanza tra le misure proposte dagli autori di questa iniziativa e gli obiettivi che si vogliono raggiungere. In quest'ottica le misure proposte sono molto discutibili: non è infatti realistico pensare e sperare che il divieto di finanziamento dei produttori di materiale bellico porti ad una maggiore pace nel mondo. Per la Svizzera è anche utopico pensare che essa possa promuovere questo divieto a livello internazionale. Senza dubbio la Svizzera deve continuare a portare avanti una politica estera in favore della sicurezza e del promovimento della pace nel mondo. Come scrive anche il Consiglio federale nel suo messaggio, la Svizzera si impegna nell'ambito di diversi regimi di controllo degli armamenti e accordi internazionali – per esempio tramite la Convenzione sul divieto dell'impiego, del deposito, della fabbricazione e del trasferimento delle mine antiuomo e sulla loro distruzione –, al fine di far valere i suoi interessi in materia di politica estera e di sicurezza.

In conclusione, alla fine del trattamento dell'oggetto la commissione ha deciso, con 17 voti contro 8, di raccomandare al popolo di respingere l'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico",

AB 2020 N 300 / BO 2020 N 300

segundo così il Consiglio federale, vale a dire senza proporre un controprogetto. La commissione ha inoltre respinto con 15 voti contro 10 una proposta Graf-Litscher che chiedeva di elaborare un controprogetto indiretto mediante un'iniziativa di commissione.

Graf-Litscher Edith (S, TG): Die Volksinitiative rennt bei der Bevölkerung offene Türen ein. Diese will nicht, dass mit ihrem Geld Atomwaffen oder Antipersonenminen finanziert werden. Zudem ist es ein Märchen, wenn von einem Renditerisiko für unsere Pensionskassengelder gesprochen wird.

Die Volksinitiative greift das in der Bevölkerung weitverbreitete Bedürfnis nach ethischen Finanzanlagen auf. Viele Anlegerinnen und Anleger, sowohl individuelle als auch institutionelle wie Pensionskassen, wollen ihr Geld nicht mehr bei Unternehmen anlegen, die kontroverse oder gar verbotene Waffen oder anderes Kriegsmaterial herstellen. Die SP unterstützt deshalb die Initiative. Der zweite Fraktionssprecher, Pierre-Alain Fridez, und meine Kolleginnen und Kollegen auf der Rednerinnen- und Rednerliste werden dann noch gezielt auf unsere Argumente eingehen.

Es besteht also Handlungsbedarf. Da bisher noch niemand auf die Idee gekommen ist, dass es zielführend wäre, einen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten, hat sich die SP-Fraktion dahintergeklemmt und einen Gegenvorschlag entwickelt. Uns ist es wichtig, dass die Chancen auf einen mehrheitsfähigen Kompromiss erhöht werden. Ein indirekter Gegenvorschlag kann die berechtigten Initiativanliegen aufnehmen und sinnvolle Neuerungen auf Gesetzesstufe umsetzen.

Die Volksinitiative macht Vorschriften zu institutionellen Anlegern, sie macht aber individuellen Anlegern und Anlegerinnen kein Handlungsangebot. Zudem geht sie nicht auf das verbreitete Bedürfnis ein, zwischen Waffen, die umfassend völkerrechtlich geächtet sind und deren Einsatz verboten ist, und Waffen, die grundsätzlich zur Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols zugelassen sind, zu unterscheiden. Beides ist unbefriedigend.

Der indirekte Gegenvorschlag der SP-Fraktion hat deshalb zwei Stossrichtungen: Erstens müssen bestehen-



de Schlupflöcher bei der Finanzierung von in der Schweiz verbotenem Kriegsmaterial – also von Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen und Streumunition – geschlossen werden. Zweitens braucht es umfassende Transparenzvorschriften für die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Der indirekte Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe knüpft damit direkt an die Bestimmungen in Absatz 3 der Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" an, ersetzt bestehende Verbote aber überwiegend durch Transparenzvorschriften, damit sich Anleger und Anlegerinnen mit ethischen Bedürfnissen entsprechend orientieren können.

Der indirekte Gegenvorschlag hat zum Ziel, das Verbot indirekter Finanzierung verbotener Waffen zu stärken und das Finanzierungsverbot der Initiative durch entsprechende Transparenzvorschriften zu ersetzen. Dafür sehen wir vier gesetzliche Anpassungen vor: im Bundesgesetz über das Kriegsmaterial, im Obligationenrecht, im Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel sowie im Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen.

Tatsache ist: Rund um die Rüstungsexporte und die Befuerung des Rüstungshandels besteht politischer Handlungsbedarf. Ein Gegenvorschlag mit den nötigen gesetzlichen Anpassungen ist ein wirksames Mittel dafür. Das Anliegen, dass ethisch bewusste Anlegerinnen und Anleger wissen möchten, wo sie ihr Geld anlegen, und das Anliegen, dass unser Pensionskassengeld nicht in die Taschen grosser Rüstungskonzerne fliesst, sind in der Schweizer Bevölkerung weitverbreitete Anliegen, die wir ernst nehmen müssen.

Deshalb bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag zu unterstützen und damit die Kommission zu beauftragen, einen indirekten Gegenvorschlag auf der Basis der genannten Eckwerte zu erarbeiten.

Büchel Roland Rino (V, SG): Geschätzte Kollegin Graf-Litscher, Sie haben jetzt mehrmals die Begriffe "ethisch" und "Ethik" verwendet. Betreiben Firmen wie z. B. die thurgauische Ruag oder viele Firmen im St. Galler Rheintal im optischen oder im Dual-Use-Bereich für Sie unethische Geschäfte?

Graf-Litscher Edith (S, TG): Geschätzter Kollege Büchel, ich habe es vorhin klar erwähnt: Es geht darum, dass die Anlegerinnen und Anleger, sowohl institutionelle wie auch individuelle, die Möglichkeit haben sollen, ihr Geld bewusst dort anzulegen, wo sie es möchten.

Fivaz Fabien (G, NE): Les tendances mondiales dans le domaine de l'armement sont inquiétantes. Les budgets de défense augmentent depuis plusieurs années et représentent aujourd'hui plus de 2 pour cent du PIB mondial. La Suisse n'est pas en reste. Le budget militaire augmente, de même que les exportations de matériel de guerre: plus 43 pour cent selon les chiffres publiés la semaine dernière par la Confédération.

L'objectif de l'initiative, c'est d'inverser cette tendance par le désinvestissement dans le secteur de l'armement. Il n'est pas admissible que la Banque nationale fasse des bénéfices en cas de guerre. En janvier, pourtant, elle a gagné plus de 30 millions de francs en quelques heures, lors de l'amorce de conflit entre les Etats-Unis et l'Iran.

L'initiative s'inscrit dans une autre tendance: les Suissesses et les Suisses veulent de plus en plus contrôler ce que les instituts financiers font avec leur argent. Ils ne veulent plus que leur argent serve à financer des industries polluantes, qui détruisent l'environnement et le climat. Ils ne veulent plus que leur argent serve à financer des entreprises irresponsables, qui bafouent les droits humains. Ils ne veulent finalement plus que leur argent serve à financer des producteurs de morts.

De plus en plus, les institutions financières appliquent des critères dits ESG, des critères environnementaux, sociaux et de gouvernance. Ces critères redonnent aux investisseurs une responsabilité vis-à-vis de leur investissement. Ils offrent une transparence essentielle dans notre système financier. D'ailleurs, comme vous avez pu le lire dans "Le Temps" ce matin, l'initiative ne changera rien pour certaines caisses de pension qui appliquent déjà ces critères et ne soutiennent plus du tout l'industrie de la guerre.

Il faut aussi déconstruire ici un lieu commun: les rendements de ces investissements ESG ne sont pas plus faibles, ils ne sont pas plus mauvais que les autres, et la sécurité de ces investissements n'est pas moindre. Au contraire, ces investissements sont bâtis sur un modèle plus soutenable, qui prend en compte les facteurs humains et environnementaux, et ne se basent pas uniquement sur le rendement à court terme.

A noter encore que le taux de cinq pour cent prévu par l'initiative, en ce qui concerne la limite à partir de laquelle les investissements sont prohibés, ne tombe pas du ciel. C'est la limite qui est généralement acceptée dans le cadre de l'application des critères ESG. Et pour répondre au rapporteur, le maintien de ces critères année après année ne pose pas de problème non plus; les institutions financières ou les institutions qui les conseillent le font déjà.

La loi fédérale sur le matériel de guerre règle aujourd'hui les investissements dans le domaine. Elle interdit explicitement les investissements directs dans le matériel de guerre prohibé. Le législateur y a toutefois laissé



une importante lacune: le financement indirect est autorisé lorsqu'il ne contourne pas le financement direct. La porte est ainsi grande ouverte. En 2018, l'ICAN, la Campagne internationale pour l'abolition des armes nucléaires, a recensé des investissements des banques suisses et de la Banque nationale suisse pour presque 9 milliards de francs dans des producteurs d'armement nucléaire. Ce n'est sans doute, en Suisse, que la partie visible de l'iceberg, et ces investissements augmentent d'année en année malgré les engagements pris par la Banque nationale depuis 2014.

Dans le domaine financier, il existe un problème supplémentaire: de plus en plus, les investisseurs font appel à des fonds basés sur des indices ou à d'autres produits d'investissement passifs. Ils sont réputés plus sûrs et plus neutres, mais ces pratiques sont dangereuses. Elles font oublier que

AB 2020 N 301 / BO 2020 N 301

les investisseurs ont une responsabilité et elles permettent à des entreprises de survivre en Bourse alors même qu'elles traversent de grandes difficultés, simplement parce qu'elles existent dans un indice. De nombreuses entreprises actives dans le domaine militaire, y compris des entreprises fabriquant du matériel prohibé, sont prises en compte dans ces fonds. Ce problème serait effectivement réglé par l'initiative.

Les entreprises craignent pour leur chiffre d'affaires et pour les emplois. On a souvent entendu cet argument dans le débat et on l'entendra encore pendant de longs mois. Rassurons-les: les petites et moyennes entreprises sont majoritairement financées par d'autres sources de financement que la Banque nationale suisse ou les caisses de pension. Elles se financent auprès des banques et sont souvent fondées avec des capitaux propres. Mais ce n'est pas tout. L'argent ne disparaît pas, il circule. En asséchant les sources de financement pour un type d'industrie, en l'occurrence par exemple l'armement, on donne des moyens à d'autres de prospérer.

C'est pour toutes ces raisons que je vous prie de soutenir ma minorité qui propose à notre conseil de recommander l'adoption de l'initiative.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Cette initiative a, entre autres particularités, l'intérêt et l'avantage de représenter un texte de plus qui place clairement notre pays en face de ses contradictions. Comment peut-on se réclamer d'une stricte neutralité, être le dépositaire des Conventions de Genève, se targuer d'être la patrie d'Henry Dunant et de la Croix-Rouge, accueillir fièrement sur son sol la Genève internationale, prétendre considérer comme prioritaires la promotion de la paix, l'interdiction de la prolifération des armes de destruction massive, l'aide et la coopération au développement ou encore l'aide humanitaire, et, dans le même temps, exporter des armes vers certaines dictatures peu fréquentables, vers des pays situés dans l'axe de crise qui s'étend de l'Afrique subsaharienne aux confins du Pakistan, ou – c'est ce dont il est question aujourd'hui – accepter le financement des fabricants de matériel de guerre? Comment peut-on hésiter entre accepter que l'argent des Suissesses et des Suisses serve à concevoir, à construire, à exporter des armes de guerre, ou risquer prétendument de pénaliser notre système bancaire, la place financière suisse, nos caisses de pension, la Banque nationale suisse, notre industrie des machines et j'en passe? Comment peut-on hésiter entre argent et morale, profit à tout prix et déontologie, cynisme et humanisme et respect?

Vous le savez, cette problématique fait son chemin dans l'esprit de nombre de nos concitoyennes et concitoyens. Des mots et expressions inconnus hier sont employés fréquemment aujourd'hui: commerce équitable, financement solidaire. Une Suisse plus solidaire, soucieuse de justice sociale et d'égalité, de transparence, de redistribution, de développement solidaire et durable se lève aujourd'hui pour dire non à l'hypocrisie et à la primauté du profit sur toute autre considération.

Le Conseil fédéral dit comprendre les préoccupations des auteurs de l'initiative populaire, mais la Suisse aurait déjà fait beaucoup, dit-il: l'interdiction du financement des armes nucléaires, biologiques ou chimiques, ainsi que des armes à sous-munitions et des mines antipersonnel.

C'est la moindre des choses. Et je vous rappelle que les centres situés à Genève, qui sont un des fleurons de la Suisse en matière de lutte contre la guerre, sont engagés à 300 pour cent sur ces thèmes.

Revenons à la question du financement. Dans notre économie mondialisée, toutes les questions de financement international apparaissent complexes et opaques. Mais aujourd'hui, le peuple suisse veut de la clarté et un droit de regard sur ce que l'on fait avec son argent. Une grande partie de la population ne veut plus que son argent serve à produire des armes.

Je peux tout à fait imaginer que la mise en oeuvre de cette initiative entraînera des problèmes techniques et pratiques, mais il suffira alors au monde de la finance de déployer autant d'efforts pour obtenir la transparence qu'il n'en a fait pour tout opacifier. Nous avons encore toutes et tous en mémoire les pratiques de la titrisation et autres combines qui ont présidé à la création des conditions qui ont débouché sur la crise des subprimes



en 2008.

Il en va surtout de la crédibilité et de l'image de notre pays. La Suisse est une puissance, plus particulièrement une puissance diplomatique qui a fait de la politique des bons offices, de la représentation diplomatique de pays en guerre, de l'installation sur son sol d'organisations internationales, de la mise sur pied de conférences et de pourparlers de paix une marque de fabrique. La Suisse se prévaut d'un label de valeurs éthiques. Alors, faisons le pas. Acceptons cette initiative.

Comme je sais que certaines et certains parmi vous ont des doutes – et c'est un euphémisme –, il reste la proposition de contre-projet indirect que ma collègue Edith Graf-Litscher a développée à l'instant. Un contre-projet indirect pour renforcer le contrôle sur le financement indirect des armes interdites et pour plus de transparence. Pour une Suisse beaucoup plus en phase avec ses valeurs, je vous demande, au nom du groupe socialiste, de soutenir les différentes propositions des minorités.

Schlatter Marionna (G, ZH): Wir beraten heute die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten". Diese nationale Volksinitiative wurde von den Jungen Grünen und der GSoA lanciert und wird von einem breiten Bündnis von vierzig Organisationen und Parteien getragen.

Unser grünes Herz schlägt für den Frieden, die humanitäre Tradition und die Neutralität; Werte, die wir bestimmt mit Ihnen teilen. Heute geht es hier darum, dieser Werthaltung Ausdruck zu geben.

Die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" fordert, dass für die Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten verboten wird. Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Die Fünf-Prozent-Hürde ist eine Schwelle, die viele nachhaltige Anlageprodukte kennen, wenn es um Ausschlusskriterien für bestimmte Unternehmen oder Produkte geht, wie zum Beispiel die ESG-Kriterien "environment", "social" und "governance".

In einem offenen Brief forderten im Frühling 2019 über hundert Grossinvestoren, darunter die CS, die UBS, Kantonalbanken und Pensionskassen, die Indexanbieter auf, Waffenproduzenten aus den grossen Börsenindizes zu entfernen. Die Finanzbranche sei in der Lage, verantwortliches Anlegen entscheidend zu fördern, und dazu sollte gehören, dass Herstellern kontroverser Waffen der Zugang zur Finanzierung erschwert werde: "Wir sind zutiefst überzeugt, dass – in Übereinstimmung mit internationalen Konventionen, Anlagepraktiken sowie der öffentlichen Meinung – der Ausschluss von Herstellern kontroverser Waffen aus aktiven Anlagen Standard sein sollte." Das ist keine Aussage einer grünen Nationalrätin, sondern ein Zitat aus ebendiesem offenen Brief. Die Schweiz wäre nicht alleine. Diverse Länder haben schon legiferiert: Spanien, Frankreich, die Niederlande, Neuseeland, Irland, Belgien. Die Schweiz hat aber eine besondere Verantwortung. Wir haben einen der grössten Finanzplätze der Welt. Rund ein Viertel des gesamten Privatvermögens der Welt wird in der Schweiz verwaltet. Wir wären damit in der Lage, einen Standard zu prägen.

Konsequent fordert die Kriegsgeschäfte-Initiative darum auch das internationale Engagement. Dass es auch ohne diese heiklen Investitionen geht, zeigen diverse Anleger wie z. B. die Alternative Bank oder auch die Pensionskasse der Stadt Zürich.

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Laut dem Bericht "Don't Bank on the Bomb" der mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten NGO International Campaign to Abolish Nuclear Weapons investierten CS, UBS und die Nationalbank zwischen 2017 und 2019 fast 9 Milliarden Franken in Hersteller von Atomwaffen. Dies geschah dank einer Gesetzeslücke, die es Investoren erlaubt, indirekt in Firmen zu investieren, bei denen eine direkte Finanzierung verboten ist.

AB 2020 N 302 / BO 2020 N 302

Unsere Neutralität ächzt unter den Widersprüchen. Wir setzen uns ein für atomare Abrüstung und finanzieren gleichzeitig Firmen, die Atombomben bauen. Wir ächten Massenvernichtungswaffen und finanzieren gleichzeitig deren Herstellung. Da stimmt doch etwas nicht!

Noch einige Worte an meine Kritikerinnen und Kritiker, an all jene, die kritisieren, dass die Investitionsfreiheit eingeschränkt würde: Unsere Freiheit hört da auf, wo sie die Freiheit anderer beeinträchtigt! Niemand lässt sich freiwillig von Massenvernichtungswaffen töten! Und an jene, die sagen, dass wir mit weniger Rendite rechnen müssen: Die Investitionen fallen nicht weg, sondern sie werden neu getätigt. Investitionen in Kriegsmaterialhersteller sind weder besonders lukrativ, noch sind sie risikofrei. Es gibt viele gute Alternativen.

An all jene, die sagen, dass die Initiative wegen ihrer Fünf-Prozent-Hürde schwierig umzusetzen sei oder dass die Initiative zu viel Bürokratie mit sich bringe: Unterstützen Sie die Rückweisung und die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages! Wir sind zur Diskussion bereit – im Gegensatz zu denjenigen, die heute die Initiative und den Gegenvorschlag ablehnen.





Wir leben in Zeiten der Aufrüstung. Das Kriegsgeschäft boomt. Die Schweiz hat letztes Jahr so viel Geld mit Kriegsmaterialexporten verdient wie seit 2011 nicht mehr. Wir leisten unseren Teil zu dieser weltweiten Aufrüstungsspirale.

Wie man so schön sagt: Geld stinkt nicht. Aber Geld macht Politik. Und ich habe es satt, dass mit meinem Geld Umweltzerstörung und Krieg finanziert werden.

Unterstützen Sie die Kriegsgeschäfte-Initiative, und lassen Sie unser Geld eine andere Politik machen – eine Politik, die Frieden schafft.

Porchet Léonore (G, VD): Dans les différentes prises de position au sujet de l'initiative, on entendra beaucoup et régulièrement parler des difficultés de financement présumées des caisses de pension si elle était acceptée. Or, je souhaite vous rappeler que l'initiative est très claire dans ce qu'elle propose de ne pas financer comme matériel de guerre et qu'elle n'est ni handicapante ni restrictive d'une manière délétère pour la place financière suisse.

L'initiative n'exclut pas le financement des armes de sport ou de chasse. Elle ne prend pas non plus en compte le matériel à usage humanitaire. Le but de cette initiative, c'est que notre retraite ne soit jamais – en aucun cas – financée par la mort d'autres civils. Elle vise en fait l'évidence: je cotise pour ma retraite, mais je souhaite savoir, et m'assurer, que ma caisse de pension n'investisse pas dans les armes.

Ce matériel de guerre dont on parle, ce sont par exemple des armes dites ABC, c'est-à-dire des armes atomiques, biologiques ou chimiques. On ne parle pas du fusil à faisan de grand-papa. On parle d'armes atomiques. On parle d'armes qui sont par ailleurs interdites et décriées parce que trop horribles. Certaines des entreprises qui exportent ces engins de mort sont financées par notre argent: celui de la Banque nationale et celui de nos retraites.

Or, nous avons un pouvoir d'action sur cet argent. J'entends en effet régulièrement dire dans notre conseil que nous ne pouvons pas agir, que c'est hors des compétences du conseil, hors des compétences de la Suisse. Eh bien, cette fois, oui, nous avons le pouvoir d'agir et notre pouvoir d'action a des conséquences directes pour la promotion de la paix. C'est aussi fondamental pour préserver notre engagement de neutralité. Car si on se targue d'avoir des retraites saines et des relations extérieures au beau fixe, eh bien elles sont actuellement entachées par notre participation à ce business des bombes à partir de l'importante et puissante place financière de la Suisse.

Des milliards d'investissement sont effectués dans les armes de guerre depuis notre place financière, alors que des milliers des personnes se déplacent pour fuir des conflits armés sans que la Suisse réponde à l'urgence humanitaire à la hauteur de ce qu'elle peut faire. Cherchez l'erreur!

L'erreur est ici, parmi les collègues de ce conseil, qui ne souhaitent pas d'initiative, voire même pas du tout de contre-projet. L'erreur se trouve ici, car il faut rappeler que les indices boursiers sont nombreux, et beaucoup d'entre eux ne sont pas du tout liés au commerce de la guerre. Il existe donc d'autres secteurs de placement, qui par ailleurs sont tout aussi stables et profitables que celui du commerce de guerre, peut-être même plus. Investir avec l'argent de nos retraites ou avec celui de la BNS dans des armes atomiques et biologiques est non seulement une honte d'un point de vue éthique, mais ce n'est aussi pas du tout indispensable.

Je fais un petit rappel au passage: l'industrie des armes ABC est une industrie polluante qui ne répond à aucun critère environnemental. A l'heure où toujours plus de citoyens et de citoyennes demandent une Suisse plus responsable face à l'urgence climatique, il est cohérent d'ajuster également nos placements et de nous diriger vers une finance durable. Ainsi, si ce conseil prend ses responsabilités sur le plan climatique, par exemple la semaine prochaine à l'occasion du débat sur la loi sur le CO₂, nous pourrions également créer de nouveaux espaces d'investissement qui soutiennent une transition responsable et solidaire des modes de production, tout en garantissant des rendements à faire sourire les avocats d'affaires genevois et zurichois qui sont dans notre salle.

C'est étrange de devoir le rappeler en 2020, mais je résume ainsi la position très simple des initiants: investir dans des armes atomiques, chimiques et biologiques est une honte; investir dans les armes de manière générale favorise la guerre; la guerre est une abomination. La Suisse peut faire quelque chose, alors faisons-le! D'autant plus que cela a été évoqué à plusieurs reprises: participer au financement des armes, c'est aussi mettre à mal les efforts diplomatiques et de neutralité de la Suisse. On se targue d'être écolo, on soutient une industrie polluante; on se targue d'être neutre, on finance des entreprises qui mettent sur le marché des armes de guerre; on se targue d'offrir des retraites, alors qu'on le fait sur le dos de la vie de civils. Ce n'est pas la Suisse que je souhaite et défends, c'est une Suisse qui fait honte.

Je vous invite donc à recommander l'acceptation de l'initiative et à répondre à l'appel à la dignité des jeunes Verts suisses et du Groupe pour une Suisse sans armée.



Tuena Mauro (V, ZH): Am 29. November 2009 stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung über ein Verbot von Kriegsmaterialexporten ab. Ich möchte Sie daran erinnern, dass der Ja-Anteil damals bei 31,8 Prozent lag, der Nein-Anteil bei 68,2 Prozent. Kein einziger Stand sagte Ja zu dieser Initiative. Heute höre ich Worte wie, die neue Initiative – selbstverständlich geht sie in die gleiche Richtung – renne offene Türen ein und die Bevölkerung habe faktisch, so Frau Graf-Litscher, Schlange gestanden, damit sie unterschreiben dürfe.

Sie haben natürlich gesehen, dass ein Verbot keine Mehrheiten findet. Jetzt haben Sie sich irgendetwas anderes überlegt, das etwas Ähnliches wie ein Verbot ist, aber dann faktisch ein Verbot von Kriegsmaterialexporten auslösen würde – das wissen Sie selbstverständlich. Mit dieser Initiative schwächen Sie die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, Standbeine unserer Wirtschaft. Diese Initiative hätte massive Auswirkungen auf die Tätigkeiten der Nationalbank, von Stiftungen, Pensionskassen und vor allem, hören Sie mir jetzt gut zu, auf AHV, IV und EO. Für diese Fragen haben Sie keine Lösungen präsentiert.

Selbstverständlich sagt die SVP-Fraktion Nein zu einer Initiative, die schwammig formuliert ist und deren Durchsetzung unsicher ist. Die SVP-Fraktion sagt auch Nein zu irgendwelchen ebenfalls schwammigen Ideen zu Gegenvorschlägen, wie sie vorhin auch von Frau Graf-Litscher aufgezeigt wurden. Sie wissen genau, dass mit dieser Initiative nicht nur die Arbeitsplätze der Firmen, die direkt in diesem Bereich tätig sind, verschwinden werden, sondern dass sie vor allem auch die KMU betrifft, welche die Zulieferer solcher Firmen sind. Diesen Firmen müssen wir Sorge tragen. Sie wissen genau, dass wir in unserem Land strenge und manchmal, wie wir jetzt am Beispiel Pilatus gesehen haben, zu strenge Kontrollen der Kriegsmaterialausfuhr machen. Das Parlament hat hier einschreiten müssen.

Um die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee autonom sicherstellen zu können, muss die Schweiz

AB 2020 N 303 / BO 2020 N 303

über Kompetenzen bei der Herstellung von Kriegsmaterial verfügen. Der Schweizer Markt für Kriegsmaterial alleine ist zu klein, um Firmen am Leben zu erhalten. So müsste Kriegsmaterial vermehrt im Ausland beschafft werden, und damit würde die Schweiz abhängiger und könnte die Neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen nicht mehr souverän wahrnehmen.

Kriegsmaterial ist übrigens ein wichtiger Pfeiler der Technologieentwicklung. Ohne Investitionen in Kriegsmaterial verzichtet die Schweiz in Zukunft auf den Zugang zu Spitzentechnologien. Allein kann die Schweiz die Forschung und Entwicklung für den Eigenbedarf an Kriegsmaterial nicht mehr finanzieren.

Ich möchte Sie bitten, diese Initiative der Schweizer Stimmbevölkerung deutlich zur Ablehnung zu empfehlen. Dasselbe gilt für sämtliche Gegenvorschläge.

Schlatter Marionna (G, ZH): Eine Frage, Herr Tuena: Sie haben gesagt, dass diese Initiative massive Probleme für die AHV und die Pensionskassen bedeuten würde. Können Sie mir beantworten, welcher Prozentanteil der Investitionen in die Kriegsmittelfinanzierung in die AHV fliesst?

Tuena Mauro (V, ZH): Nein, das könnte ich aber in den Unterlagen noch nachsehen, das werde ich Ihnen nachliefern. Aber es ist definitiv so, dass es ein beachtlicher prozentualer Anteil ist, weil ganz genau geschaut werden muss, in welche Firmen wo und was investiert werden soll. Es ist eine sehr schwierige Aufgabe. Das haben wir bei den Anhörungen in der Sicherheitspolitischen Kommission klar gehört.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr
La séance est levée à 13 h 05*

AB 2020 N 304 / BO 2020 N 304



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Flach Beat (GL, AG): Das Geschäft mit Krieg und Tod ist lukrativ. Wenn man ein bisschen in die Medien schaut, sieht man, dass dieses Geschäft auch blüht. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen davon nicht profitieren, davon bin ich zutiefst überzeugt. Wir möchten, dass das Geld, mit dem wir unseren Profit erarbeiten, sauber und auf moralisch und ethisch guten Grundlagen erwirtschaftet wird. Darum haben die Grünliberalen auch eine grosse Sympathie für alle Anliegen, die die Menge an Kriegsmaterial auf der Welt massgeblich verringern wollen.

Die Initiative, Sie haben es gehört, zielt auf die Finanzierung von bzw. auf das Investieren in Unternehmen auf dieser Welt ab, die Kriegsmaterial herstellen. Die Finanzkraft der Schweiz ist – gemessen an der Grösse, der Landesfläche, der Einwohnerzahl usw. – sehr gross. Der Hebel, den die Schweiz hat, ist tatsächlich von erheblicher Länge. Aber: Die Initiative zielt darauf ab, dass keine Investitionen in gewisse Unternehmen mehr erlaubt sein sollen, was die Nationalbank betrifft, die teilweise indirekt investiert, wie auch die Stiftungen der beruflichen Vorsorge. Gemeint sind Unternehmen, die mehr als fünf Prozent des Umsatzes mit der Produktion von Kriegsmaterial oder von sogenannten kontroversen Waffen erzielen. Das ist ein komplett untauglicher Ansatz. Unsere Kontrolle des Kriegsmaterials, der Waffenlieferung, des Einsatzes von Waffen zielt immer darauf ab, dass wir die Produkte anschauen und deren Verwendung, nicht aber das produzierende Unternehmen prüfen. Es gibt nämlich auch Unternehmen, die beispielsweise Drohnen herstellen, die zwar sehr geeignet sind, um in einem Kriegsgebiet Menschenrechte zu verletzen und Unglück und Tod zu säen, aber ebenso gut auch eingesetzt werden können, um in einem Erdbebengebiet Personen zu finden oder um versteckte Minen in einem Acker aufzuspüren, damit niemand durch diese vergessenen Minen verletzt wird oder tödlich verunglückt.

Die Grünliberalen sind deshalb der Meinung, dass wir im Bereich der Transparenz und der Stärkung des Verbots der direkten oder indirekten Investitionen in verbotene Kriegswaffen noch einen Nachholbedarf haben. Wir unterstützen deshalb die Rückweisung des Entwurfes an die Kommission, mit dem Wunsch, diese Bereiche zu verstärken und entsprechende Massnahmen zu ergreifen, wie es Kollegin Graf-Litscher ausgeführt hat. Sonst funktioniert die Initiative auf diese Art und Weise leider nicht. Es ist auch ein Trugschluss zu glauben, man könne die Herstellung oder Verteilung von Kriegsmaterial dadurch verhindern, dass man es verbietet, in diese Firmen zu investieren, d. h., beispielsweise Aktien von diesen Firmen zu kaufen. Kriegsmaterial finanziert sich nicht dadurch. Kriegsmaterial wird dadurch finanziert, dass es verkauft wird.

Was wir tun können, ist, im Bereich der Proliferation entsprechend vorzugehen, damit keine Waffen in die Hände von Terroristen oder von Unrechtsregimes geraten, die Menschenrechte verletzen. Darum sind die Grünliberalen auch Teil der Allianz der Korrektur-Initiative, die den Kriegsmaterialexport in der Schweiz wieder





auf den Level zurückschrauben will, den wir bis 2014 hatten: keine Schweizer Waffenlieferungen in Länder, die systematisch die Menschenrechte verletzen oder sich in einem Bürgerkrieg befinden.

Ich bitte Sie namens der grünliberalen Fraktion, den Rückweisungsantrag ebenfalls zu unterstützen. Handlungsbedarf ist wohl gegeben, aber die Initiative werden wir in dieser Form zur Ablehnung empfehlen.

Pointet François (GL, VD): Cette initiative a pour objectifs de contribuer à rendre le monde plus pacifique et à combattre les déplacements forcés de population. Louable programme me direz-vous. Et qui pourrait, dans cette salle, affirmer qu'il ne partage pas ces objectifs? Personnellement, je les partage avec conviction.

Mais voilà, les moyens proposés ici n'ont aucun effet sur les objectifs; tout au plus ils risquent de mettre nos entreprises en danger. L'impact de notre pays sur le monde du financement des producteurs du matériel de guerre est des plus limité. Croire que si la Banque nationale et nos institutions de prévoyance se retirent de tels financements, cela va arrêter les guerres et les déplacements forcés est d'une naïveté consternante. Ce sont par exemple les actions de la Swisscoy ou le contrôle des exportations de matériel à double usage qui nous font avancer vers ces objectifs.

La mise en pratique de l'initiative, même en passant par-dessus l'indépendance de la Banque nationale, est des plus compliquées. En ce qui concerne la stabilité d'abord, vu la limite de cinq pour cent du chiffre d'affaires dans la production de matériel de guerre, une entreprise peut facilement se trouver alternativement dans la cible de l'initiative puis hors de celle-ci. C'est pratiquement impossible à gérer pour les investisseurs et pour l'entreprise.

Ensuite, en ce qui concerne les entreprises touchées, elles sont nombreuses, en Suisse aussi. En effet beaucoup d'entreprises sont amenées à fournir des pièces qui peuvent se retrouver dans du matériel de guerre. La branche des machines-outils, des équipements électriques et des métaux serait particulièrement touchée.

Finalement, la définition de matériel de guerre est pour le moins délicate, les biens à double usage compliquent la situation, et que dire de l'équipement des polices? Est-ce que les initiants désirent aussi interdire le financement de leur production?

Vous l'aurez compris, les Vert'libéraux ne soutiennent pas cette initiative, vu qu'elle est inapplicable et qu'elle ne permet en aucun cas d'atteindre les buts fixés par les initiants.

Ce texte met tout de même en évidence la préoccupation que l'on ressent dans la population, à savoir que la Banque nationale et nos institutions de prévoyance professionnelle devraient investir de manière plus responsable, y compris dans le domaine du financement des armes de guerre. L'interdiction de financer du matériel de guerre prohibé, qu'il soit atomique, biologique, ou chimique, ou qu'il s'agisse de sous-munitions, etc., est déjà en vigueur, mais on peut regretter le manque d'ambition dans l'interdiction du financement indirect.

C'est pourquoi les Vert'libéraux soutiennent la minorité Graf-Litscher, qui demande qu'on propose un contre-projet indirect à l'initiative, pour étendre l'interdiction au financement indirect des armes interdites et augmenter la transparence.

AB 2020 N 305 / BO 2020 N 305

Riniker Maja (RL, AG): Gerne spreche ich im Namen der FDP-Liberalen Fraktion zu Ihnen. Ich nehme den Entscheid vorweg: Wir lehnen diese Initiative einstimmig ab. Sie beinhaltet diverse kritische Elemente.

Vor allem wehren wir uns entschieden dagegen, dass wir uns in die Geschäftsbelange der Schweizerischen Nationalbank einmischen. Die FDP bekennt sich klar zur Unabhängigkeit der Nationalbank, wir haben stets Vorstösse bekämpft, die sie infrage stellen wollten. Wir wollen nicht ins operative Geschäft der Nationalbank eingreifen oder dafür Tür und Tor öffnen. Die Nationalbank würde sonst zum Spielball der Politik werden. Wie lehnen dies ab, zumal die Nationalbank in der Kommission glaubhaft darlegen konnte, dass sie strenge Investitionskriterien befolgt und sich auch des Themas der Kriterien der Corporate Social Responsibility annimmt und dass sie darüber reflektiert, wo sie sich in diesem wichtigen Thema befindet.

Es gibt weitere Punkte, die uns dazu bringen, diese Initiative abzulehnen. Wir haben uns in der Kommission intensiv damit befasst und verschiedene Seiten angehört, darunter auch Experten des Schweizer Vereins für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen. Diese haben uns aufgezeigt, dass es zwei zentrale Punkte gibt, die es schwierig machen, diese Initiative umzusetzen.

1. Die Dual-Use-Güter: In der Praxis dürfte es kaum möglich sein, dezidierte und spezifisch konzipierte Güter von Dual-Use-Gütern zu unterscheiden, die nicht als Kriegsmaterial gelten. Ich werde nachher einige Beispiele nennen.

2. Die Umsatzgrenze: Die Umsatzgrenze von fünf Prozent wurde willkürlich gewählt und ist für institutionelle Anleger in der Praxis kaum überprüfbar.





Ich führe noch weiter aus, warum wir von der FDP-Liberalen Fraktion diese Initiative zur Ablehnung empfehlen. Die Durchsetzung dieses Verbots würde zu einem massiven Ausbau der Kontrollbürokratie führen. Zudem dürfen die Folgen auf operativer Ebene bei der Nationalbank, bei Pensionskassen und bei der AHV nicht unterschätzt werden. Die KMU sind das Rückgrat unseres Wohlstandes. Sie stellen Arbeitsplätze sicher und würden unter dieser Initiative stark leiden. Ich darf an dieser Stelle drei konkrete Beispiele nennen:

- Rewag, ein Präzisionsmechanik-Hersteller, dessen Produkte unter anderem in den professionellen, uns allen bekannten Nespresso-Maschinen verbaut werden, stellt auch Teile für Flugzeuge her.
- Franke, ein Aargauer Unternehmen, stellt Küchen und Bäder her. Es ist ein Unternehmen, welches auch Spezialbeschichtungen herstellt, unter anderem für Güter der Wehrtechnik.
- Glas Trösch produziert Fenster, darunter auch solche für Flugzeugcockpits.

Je nach Auftragslage und Jahr variiert bei diesen Schweizer Arbeitgebern und Unternehmen der Umsatzanteil des Bereichs Wehrtechnik. Ob er die Fünf-Prozent-Schwelle erreicht, wird Ende Jahr beurteilt.

Investitionen in diese KMU wie auch in die Rüstungsunternehmen in der Schweiz sind zur Wahrung unserer Unabhängigkeit und einer minimalen Autonomie unserer Schweiz wichtig. Würden wir diese Investitionen nicht mehr tätigen, würden auch die Investitionen in die Zulieferbetriebe fehlen. Wir sind überzeugt, dass diese enorm wichtig sind. Was wir hingegen begrüßen, sind die Kriterien der Environment Social Governance in Investmentanalysen und Entscheidungsfindungsprozessen. Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass diese noch nicht bei allen angehörten Kreisen gleichermassen angewendet werden. Hier besteht bestimmt Handlungsbedarf.

Erlauben Sie mir im Zusammenhang mit den Exporten noch folgenden Hinweis: Das SECO hat soeben die Zahlen zu den Ausfuhren von Kriegsmaterial zwischen 1983 und 2019 publiziert. Der Anteil der Kriegsmaterialexporte am Gesamtexportvolumen der Schweiz betrug 2019 ganze 0,23 Prozent. 2018 waren es 0,17 Prozent. Der höchste Anteil in den letzten vierzig Jahren lässt sich im Jahr 1987 mit 0,86 Prozent finden.

Ich fasse zusammen: Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist für uns zentral. Wir greifen hier nicht in die Geschäftspraktiken ein. Wir unterstützen keine willkürlich gewählte Umsatzschwelle, ab welcher ein Unternehmen unter die Kategorie "Kriegsmaterialproduzent" fällt. Bitte empfehlen Sie zusammen mit meiner Fraktion diese Initiative zur Ablehnung.

Abzulehnen ist ausserdem die Minderheit Graf-Litscher, nach der die Vorlage an die Kommission zurückgewiesen werden soll, um einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Wir haben in der Kommission bereits einen möglichen indirekten Gegenvorschlag geprüft und für untauglich befunden. In diesem Sinne bitte ich Sie, immer der Mehrheit zu folgen.

de Quattro Jacqueline (RL, VD): Le groupe libéral-radical recommande à l'unanimité le rejet de l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre". Pourquoi? Parce qu'elle contient des éléments hautement problématiques, notamment l'intervention politique dans les affaires de la Banque nationale suisse, ainsi que le seuil de cinq pour cent du chiffre d'affaires pour définir les producteurs de matériel de guerre.

Le PLR a toujours reconnu l'indépendance de notre Banque nationale et s'est opposé aux interventions politiques. Cette initiative engendrerait de nouvelles ingérences politiques, avec le risque que cela devienne un instrument politique à l'avenir, ce qu'il refuse clairement.

L'initiative prévoit aussi d'établir une définition très stricte des producteurs de matériel de guerre. Ainsi, toute entreprise dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre est concernée. Cette initiative toucherait de nombreuses PME suisses. Non seulement le seuil de cinq pour cent instaurerait une définition arbitraire, mais il engendrerait aussi une situation ingérable en pratique. De nombreux biens civils peuvent également être utilisés dans le secteur militaire, dans certaines circonstances – nous le savons bien. Pour un investisseur, il est en pratique impossible de savoir ce qui relève ou non de la production de matériel de guerre, d'autant plus que la proportion des ventes de matériel qui pourrait être considéré comme du matériel de guerre peut évidemment changer chaque année.

Il est fort à craindre que l'initiative restreigne sévèrement le travail des investisseurs institutionnels, mais aussi que des investissements dans les PME suisses soient soudain retirés du marché par prudence de la part des investisseurs – ma collègue vous a donné plusieurs exemples d'entreprises qui seraient touchées.

Cette initiative est avant tout une source d'incertitude supplémentaire pour la place économique suisse, sans qu'elle nous permette pour autant de nous rapprocher de l'objectif réel et noble d'un monde plus pacifique. Les investisseurs institutionnels appliquent déjà des critères stricts en ce qui concerne les aspects environnementaux, sociaux et de gouvernance. L'objectif d'un monde plus pacifique doit bien entendu être poursuivi. Toutefois, nous savons aussi que cet objectif ne peut pas être atteint par une interdiction de financement limitée



uniquement à la Suisse.

L'engagement de la Suisse au niveau international pour promouvoir la paix dans le monde est, lui, beaucoup plus efficace. Il existe aujourd'hui déjà une interdiction de financement pour les armes atomiques, biologiques et chimiques, ainsi que pour les armes à sous-munitions et les mines antipersonnel. Selon les articles 8b et 8c de la loi fédérale sur le matériel de guerre, il est interdit de financer directement ou indirectement le développement, la fabrication ou l'acquisition de matériels de guerre prohibés.

La loi en vigueur est stricte, stricte quant au financement et quant à l'exportation de matériel de guerre, ce que le groupe libéral-radical soutient. L'initiative que nous traitons aujourd'hui va par contre beaucoup plus loin que la loi actuelle, sans permettre d'atteindre le but idéal d'un monde pacifique.

Pour toutes ces raisons, le groupe libéral-radical vous prie de recommander le rejet de l'initiative, ainsi que de ne pas suivre la minorité Graf-Litscher, qui demande le renvoi du projet relatif à l'initiative populaire à la commission avec pour mandat d'élaborer un contre-projet indirect à l'initiative.

AB 2020 N 306 / BO 2020 N 306

Candinas Martin (M-CEB, GR): Die Ziele dieser Initiative sind – wie dies übrigens bei den meisten Initiativen der Fall ist – zu begrüßen. Auch die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP will Fluchtursachen bekämpfen, will den Frieden fördern, will die Neutralität schützen und will eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik. Die Schweiz engagiert sich bereits heute stark dafür und soll dieses Engagement auch in Zukunft fortsetzen.

Die Initianten tun jedoch so, als hätten wir heute eine völlig ungenügende Gesetzesregelung im Umgang mit der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Dabei kennt die Schweiz ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Antipersonenminen. Dieses Verbot hat sich bewährt. Die neuen Einschränkungen, welche die vorliegende Initiative verlangt, gehen uns zu weit. Sie sind unklar, bürokratisch, willkürlich, einschränkend und wirtschaftsfeindlich.

Wieso? Die Volksinitiative verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank sowie Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt wird. Wann ist man ein Kriegsmaterialproduzent? Und was heisst "Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"? Als Kriegsmaterialproduzenten definiert die vorgesehene Verfassungsbestimmung Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Erstens ist diese Schwelle von fünf Prozent völlig willkürlich gewählt. Die Initianten können nicht erklären, wieso gerade fünf Prozent und nicht beispielsweise null oder zehn Prozent. Zweitens ist eine Schwelle von fünf Prozent des Jahresumsatzes in der Praxis kaum umsetzbar. Der Anteil an Kriegsmaterial wird in dieser Form heute nicht offengelegt und ist wahrscheinlich nur schwer oder kaum überprüfbar. Auch kann der Anteil von Jahr zu Jahr schwanken. Mit einer solchen Schwelle schaffen wir Rechtsunsicherheit.

Zur Finanzierung: Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten gemäss der Volksinitiative die Gewährung von Krediten und Darlehen sowie Beteiligungen an Kriegsmaterialproduzenten, z. B. durch den Erwerb von Wertschriften oder den Erwerb von Finanzprodukten. Diese Vorgabe schränkt die Investitionsmöglichkeiten ein. Sie birgt Zusatzrisiken und bringt viel Bürokratie für Schweizer Banken und unsere Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie.

Weiter verlangt die Initiative, dass sich der Bund auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzt, dass für Banken und Versicherungen ebenfalls gleiche Bedingungen gelten. Ein solches Finanzierungsverbot auf internationaler Ebene ist nicht realistisch. Weder im Rahmen der Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien besteht der Wille für entsprechende Bestrebungen, und eine Umsetzung eines solchen Verbots durch andere Staaten mit einer grossen Industrie ist sehr unwahrscheinlich. Aus diesem Grund bliebe das globale Angebot an Rüstungsgütern auch nach einer Annahme der Initiative unverändert. Eine Annahme der Initiative bliebe in der Folge wirkungslos und würde weder zu einer friedlicheren Welt noch zu weniger Fluchtursachen führen. Trotzdem müsste die Schweiz die wirtschaftlichen Konsequenzen tragen.

Unsere Kommission hat auch Anhörungen durchgeführt. Nicht einmal der Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen hat sich für die Initiative ausgesprochen. Auch dies will etwas heissen.

Die Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP erwartet von der Schweizerischen Nationalbank sowie von den Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge, dass sie eine auf ethische Grundsätze bedachte Anlagestrategie verfolgen. Wir werden das auch in Zukunft kritisch beobachten. Im Moment sehen wir jedoch keinen Handlungsbedarf.

Die Mitte-Fraktion – die EVP-Vertreter ausgenommen – hat einstimmig entschieden, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und die Rückweisung an die Kommission abzulehnen.



Rechsteiner Thomas (M-CEB, AI): Viele Menschen unterwerfen sich willig einer Mode oder einem Trend, denn sie wissen, dass die Verpackung wechseln muss, wenn der Inhalt interessant bleiben soll. Genau das ist im vorliegenden Geschäft der Fall: Die Volksinitiative hüllt ein Finanzierungsverbot für Kriegsmaterialproduzenten in ein neues Kleid, das auf den ersten Blick attraktiv erscheint. Der Inhalt hingegen ist aus Sicht der Mitte-Fraktion CVP-EVP-BDP, aber auch aus Sicht der Eidgenossenschaft, der Wirtschaft und unserer eigenen Armee, gelinde gesagt, gefährlich. Dies ist vor allem wirtschaftlich und sicherheitspolitisch der Fall.

Die KMU sind das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Diese wären von der Initiative massiv betroffen. Viele KMU, welche nur in einer kleinen Sparte potenziell als Zulieferer zur Rüstungsindustrie tätig sind, müssten diese Kunden aufgeben, um z. B. in kollektiven Anlagegefässen und Fonds weiterhin gelistet zu sein. Diese KMU würden bei Annahme der Initiative auch gezwungen, Geschäftsstellen oder Produktionsstätten, die in der Mehrheit für zivile Güter genutzt werden, zu verlagern. Diese KMU würden geschwächt. Dabei handelt es sich auch um Firmen wie die Fisba AG in St. Gallen oder Franke, bekannt aus Küche und Bad.

Auch für Pensionskassenverantwortliche sowie für die Verantwortlichen des AHV-Fonds, Compenswiss, hätte dies einschneidende Konsequenzen. Diese stehen im Spannungsfeld, die Gelder unter den Aspekten der Sicherheit, eines genügenden Ertrags, der Diversifikation der Risiken und einer genügenden Liquidität anzulegen. Je nach Anlagestrategie hätte die Initiative also eine ungenügende Streuung der Anlagen mit einem stark erhöhten Anlagerisiko zur Folge, oder die Anlagen wären aufgrund eines zusätzlichen Verwaltungsaufwands mit sehr hohen Kosten verbunden. Beides würde sich negativ auf die Anlagevermögen auswirken, namentlich auf die Vorsorgegelder der Pensionskassen oder das Vermögen des AHV-Ausgleichsfonds, und das träfe nicht nur die KMU, sondern auch alle Versicherten der AHV sowie der Pensionskassen.

Die Unabhängigkeit der Nationalbank durch Investitionseinschränkungen via Volksinitiative anzugreifen, öffnet Tür und Tor für sachfremde Anliegen und gefährdet den Grundauftrag der Nationalbank, die Geldpolitik im Interesse des Landes und dabei die Preisstabilität zu gewährleisten. Eine einschneidende Einschränkung im Sinne der Initiative ist deshalb der falsche Weg, denn die Verantwortlichen von Pensionskassen, Compenswiss und Nationalbank setzen sich eigenverantwortlich mit den strategischen Fragestellungen der Anlagen auseinander. Der Entscheid bezüglich Umsetzung liegt beim obersten Organ dieser Institutionen. Diese Organe können auch abgewählt werden, wenn sie nicht nach ethischen Grundsätzen investieren.

Zur Sicherheitspolitik: Die Initiative hat auch einen Einfluss auf die Schweizer Armee. Die Souveränität und die Neutralität der Schweiz verlangen, dass die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee möglichst autonom sichergestellt wird. Entsprechend muss auch die Schweiz über die entsprechenden Kompetenzen verfügen. Es wäre sehr bedenklich, wenn wir die Gelder der AHV, der Pensionskassen wie auch der Nationalbank nicht in Schweizer Firmen investieren dürften, welche dazu beitragen, einen Verfassungsauftrag zu erfüllen. Ich erinnere an Artikel 58 der Bundesverfassung: "Die Schweiz hat eine Armee."

Zusammenfassend: Die Vertreter von CVP und BDP lehnen die Initiative wie auch die Rückweisung an die Kommission einstimmig ab, denn die Leidtragenden wären die Schweizer KMU als Zulieferer. Die Umsetzbarkeit der Initiative ist kaum gegeben, ihre Umsetzung wäre äusserst aufwendig, und sie schwächt die Planungssicherheit der Schweizer Armee.

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): Waren Sie selber schon einmal in der Lage, bei einer Firma oder einer Stiftung über die Anlagestrategie zu diskutieren? Ich bin überzeugt, dass jeder Vorstand gerade in der heutigen Zeit solche Diskussionen mit viel Sorgfalt führt und sich Gedanken macht, wo und wie viel man investieren will.

Das Ziel dieser Initiative sind Vorgaben und Restriktionen für die Investitionen, an erster Stelle bei der Nationalbank, dann bei Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge. Wir von der CVP haben uns, wie viele andere hier im Rat, immer für die Unabhängigkeit der Nationalbank

AB 2020 N 307 / BO 2020 N 307

ausgesprochen. Dies wollen wir hier nicht ändern. Es ist nicht nachvollziehbar, dass in der Verfassung Vorschriften für Anlagen gemacht werden und somit der Handlungsspielraum der Geschäftsleitungen und Vorstände eingeschränkt wird. Ganz besonders geht es nicht, dass sich die Nationalbank mit einer solchen Verfassungsänderung plötzlich mit Einschränkungen in ihren Anlagen und ihrem Finanzmanagement befassen muss, also nicht mehr unabhängig ist.

Konkret werden Investitionen in Firmen verboten, die zu mehr als fünf Prozent Kriegsmaterial produzieren. Was besonders stossend ist: Da wird nicht auf verbotene Waffen hingewiesen, sondern es sind alle Güter des Kriegsmaterials davon betroffen – also auch Gewehre und Panzer für unsere Armee oder Material, das die Schweizer Armee schlussendlich braucht. Es betrifft beispielsweise auch eine Firma, die Flugzeuge für die



zivile Luftfahrt und daneben allenfalls auch noch Kampfflugzeuge produziert. Hier sind fünf Prozent überhaupt nicht realistisch, auch nicht begründet, sondern einfach eine Zahl, die man willkürlich aus der Luft gegriffen hat und die nun einen Massstab setzen soll.

Die Schweizer Rüstungsindustrie ist auf Gelder und Investitionen angewiesen und auch darauf, dass sie auf dem Schweizer Finanzmarkt präsent sein kann. Und nicht zu vergessen: Auch die Zulieferfirmen, das heisst unsere KMU, sind schlussendlich von solchen Einschränkungen betroffen.

Ich bitte Sie, diese Volksinitiative, die für unsere Nationalbank und die Institutionen nur kontraproduktiv ist, zur Ablehnung zu empfehlen. Einen Gegenvorschlag empfehle ich ebenfalls zur Ablehnung. Ich bitte Sie aber auch, jeden und jede von Ihnen, bei Ihren Anlagen die Verantwortung wahrzunehmen und selber einen guten und richtigen Weg für Investitionen zu suchen. Dies kann jeder freiwillig tun, ohne gesetzliche Vorlage und ohne Verfassungsartikel.

Ryser Franziska (G, SG): 500 000 Menschen sterben jedes Jahr in bewaffneten Konflikten. Ganze Landstriche und Ökosysteme werden dabei nachhaltig zerstört. Millionen von Menschen verlieren ihr Zuhause: Sie müssen vor Krieg, Verfolgung und Armut fliehen. Das sind die Folgen der Kriege und bewaffneten Konflikte auf dieser Welt. Das sind die Folgen von Gewalt, von Waffeneinsatz und Vernichtung. Wer ist dafür verantwortlich? Sie und ich wahrscheinlich nicht, aber wir tragen eine Mitverantwortung, denn mit unserem Geld können diese Tötungsmaschinen überhaupt erst produziert und finanziert werden.

Nationalbank, Pensionskassen und Stiftungen investieren jährlich direkt Milliarden von Franken in Rüstungskonzerne, indem sie diesen Firmen Kredite oder Darlehen gewähren, indem sie aktiv Wertschriften dieser Firmen kaufen, oder indirekt, indem sie Finanzprodukte erwerben, in denen solche Wertschriften enthalten sind. Damit soll jetzt Schluss sein! Deshalb haben die Jungen Grünen und die GSoA diese Initiative lanciert.

Die Schweiz hat einen der grössten Finanzplätze: Ein Viertel des weltweit grenzüberschreitenden Vermögens wird in der Schweiz verwaltet. Wir sprechen hier von Milliarden, die in Firmen wie Lockheed Martin oder BAE Systems investiert werden. Die Initiative verlangt, dass der Nationalbank, den Pensionskassen und den Stiftungen solche Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten untersagt werden.

Der Bundesrat argumentiert, dass die Vorsorgeeinrichtungen bei einer Annahme der Initiative stark eingeschränkt würden und nur noch in wenige Anlageprodukte oder in Einzeltitel investieren könnten. Doch bereits heute werden ethische Standards bei der Auswahl von Finanzprodukten angewendet. So verzichtet die Nationalbank z. B. auf Investitionen in Unternehmen, deren Produkte oder Produktionsverfahren in grober Weise gegen ethische Prinzipien verstossen, mit anderen Worten: Unternehmen, die die grundlegenden Menschenrechte massiv verletzen oder die in die Produktion international geächteter Waffen involviert sind. Diese Instrumente bestehen also bereits, ohne dass die Flexibilität der Nationalbank dadurch eingeschränkt würde, ohne dass ihre Neutralität darunter leiden würde.

Die Initiative fordert nur, dass diese Kriterien auf alle Kriegsmaterialien ausgeweitet werden, denn es macht keinen Unterschied, ob eine Waffe international geächtet ist oder nicht: Sie hat den gleichen Zweck, sie tötet Menschen, verbreitet Trauer und Leid. Es geht bei dieser Initiative nicht um ein Verbot von Waffenexporten oder darum, Waffen generell zu verbieten. Es geht lediglich darum, dass das internationale Kriegsgeschäft nicht mit unseren Pensionskassengeldern und Spareinlagen finanziert werden soll.

Die Schweiz setzt sich seit Jahrzehnten für eine aktive Friedenspolitik ein. Führen wir dieses Engagement konsequent weiter – nicht nur, indem wir Friedensverhandlungen auf dem diplomatischen Weg unterstützen oder internationale Abkommen gegen Waffenexporte in Kriegsgebiete unterzeichnen, sondern indem wir handeln, indem wir unseren Spielraum nutzen und die Kriegsgeschäfte von Schweizer Finanzplatzakteuren unterbinden.

Die Auswirkungen der Kriege und bewaffneten Konflikte sieht man jeden Tag, wenn man die Nachrichten liest oder wenn man mit Menschen spricht, die aus Kriegsgebieten in die Schweiz geflohen sind. Was sie erlebt haben, kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Aber wir können dafür sorgen, dass diese Konflikte in Zukunft nicht mit Waffen ausgetragen werden, deren Produktion wir mitfinanziert haben.

Stimmen wir daher dieser Initiative zu, damit kein Schweizer Geld mehr für Tod und Elend eingesetzt wird, damit kein Schweizer Geld mehr die Neutralität der Schweiz abschwächt und damit kein Schweizer Geld mehr für die Kriege dieser Welt ausgegeben wird!

Friedl Claudia (S, SG): Die Nationalbank und die Pensionskassen investierten mehrere Milliarden Franken in Rüstungskonzerne und in ihre Zulieferkonzerne. Mich hat das schockiert, als ich davon erfuhr, denn die Unterstützung von geächteten Waffen ist heute bereits verboten. Die heutige Gesetzgebung hat aber bei der indirekten Finanzierung viele Schlupflöcher, sodass die Geschäfte sehr intransparent werden. So muss fest-



gestellt werden, dass die Nationalbank und die Pensionskassen indirekt auch in Atomwaffen- und Antipersonenminen-Produzenten investieren. Wem von Ihnen war das bewusst? Da braucht es eine Korrektur!

Im Nationalrat haben wir letztes Jahr beschlossen, dass der Bundesrat den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen soll. Wir wollen, dass Atomwaffen abgebaut werden und irgendwann der Vergangenheit angehören. Da ist das Verhalten unserer institutionellen Anleger und der Nationalbank absolut kontraproduktiv, wenn sie indirekt in die Herstellung neuer Atomwaffen oder sonstiger geächteter Waffen investieren. Das darf nun wirklich nicht sein!

Die Nationalbank beispielsweise kommt immer mit dem gleichen Argument: Sie würde Geldpolitik betreiben und keine inhaltliche Politik; die Politik müsse die Gesetze machen. Ganz genau! Dann machen wir sie jetzt! Jetzt haben wir diese Möglichkeit: Mit der Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" können wir der Nationalbank, den Pensionskassen und den Vorsorgesystemen verbieten, in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren. Damit können wir erreichen, dass dieses tödliche Geschäft nicht mehr mit unserem Geld unterstützt wird.

Der Bundesrat argumentiert in seiner Botschaft zur Initiative, diese würde den Vorsorgeeinrichtungen und der Nationalbank schaden. Er argumentiert auch mit dem Finanzplatz Schweiz, ganz nach dem Motto: zuerst das Geld, dann die Moral. Doch die Schweiz ist der Sitz des Roten Kreuzes, der UNO und vieler Organisationen, welche sich für den Frieden einsetzen. Wir müssen endlich eine kohärente Politik im Sinne der Menschlichkeit betreiben.

Deshalb unterstütze ich die Initiative und vor allem auch die Rückweisung an die Kommission zur Formulierung eines indirekten Gegenvorschlages. Mit diesem können die Lücken in der indirekten und direkten Finanzierung von Kriegsmaterial geschlossen werden. Er sorgt auch für mehr Transparenz bei den Geldanlagen. Das ist dringend nötig. Wem also die Initiative zu weit geht, der hat hier die Möglichkeit, über den Gegenvorschlag etwas zu tun. Wird dieser Gegenvorschlag nicht angenommen, unterstütze ich ganz klar die Initiative, denn der Handlungsbedarf liegt ganz klar auf dem Tisch.

AB 2020 N 308 / BO 2020 N 308

Crottaz Brigitte (S, VD): En préambule, je rappelle que la Suisse a inscrit dans sa législation en 2013 une interdiction de financer les armes nucléaires, biologiques ou chimiques, ainsi que les armes à sous-munitions et les mines antipersonnel. Cette interdiction est toutefois lacunaire, et l'initiative populaire dont nous parlons aujourd'hui souligne la responsabilité de chacun sur le plan éthique.

L'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre" vise à modifier la Constitution en y inscrivant qu'il est interdit pour la Banque nationale suisse, les fondations, les institutions de prévoyance publique et de prévoyance professionnelle de financer des entreprises dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre. La règle de cinq pour cent est déjà un standard utilisé par les institutions désireuses de suivre les critères éthiques ESG, à savoir des investissements qui prennent en compte les critères environnementaux, sociaux et de gouvernance.

Dans notre pays, plusieurs entreprises, petites ou plus grandes, produisent tout ou partie d'objets considérés comme du matériel de guerre et sont parfois financées partiellement par des fonds publics. La population doit avoir le droit de dire si elle est d'accord ou non que son argent soit investi dans des armes qui se retrouvent parfois dans des zones de conflit.

La commission s'est prononcée majoritairement contre cette initiative sous prétexte, comme toujours, qu'elle porterait atteinte à l'économie. L'autre argument est que la Suisse doit disposer de compétences dans la production de matériel de guerre et que le marché suisse est trop petit pour maintenir les entreprises en vie. Dommage, en effet, nous n'utilisons pas assez de matériel de guerre dans notre pays, il faudrait donc impérativement, pour que la Suisse soit autonome en cas de conflit armé – situation peu probable –, livrer à différents pays, souvent en guerre, du matériel produit en Suisse. Cela permet en effet de faire tourner l'économie suisse, et tant pis si cela crée des dommages dans d'autres pays du monde.

Les opposants argumentent par ailleurs qu'une interdiction de financer les producteurs de matériel de guerre en Suisse n'aurait aucun impact sur l'offre et la demande de matériel de guerre dans le monde, vu l'influence restreinte de notre pays. Voilà une façon de se donner bonne conscience en estimant que l'influence de notre pays est restreinte dans le marché du matériel de guerre mondial et qu'il n'y a donc pas de raison de s'en priver. Toutefois, la hausse des ventes de matériel de guerre à l'étranger de 43 pour cent en 2019 va à l'encontre de cette déclaration.

Demain, nous discuterons du rapport de politique extérieure 2019 de la Suisse ainsi que de la Stratégie de politique extérieure 2020–2023, dont le premier objectif est la paix et la sécurité dans le monde. Voilà donc



deux discours diamétralement opposés. On investit des sommes considérables pour la promotion de la paix dans le monde et on nourrit l'économie locale en finançant sa production de matériel de guerre.

Comment la Suisse, dont on verra lors de l'examen du rapport de politique extérieure qu'elle se félicite de ses bons offices, peut-elle continuer à se présenter comme médiatrice dans des conflits où une partie des armes provient de son territoire? Comment la Suisse peut-elle rester crédible dans son rôle de bons offices si elle continue à financer les producteurs de matériel de guerre et à en exporter? Est-on vraiment dans une logique de promotion de la paix?

La Suisse ne peut pas non plus se présenter comme un modèle de réussite économique si cette réussite repose en partie sur le financement de fabricants de matériel de guerre et sur la vente d'armes de guerre à des pays qui, pour certains, ne respectent pas les droits de l'homme.

Une minorité souhaite renforcer l'interdiction du financement indirect des armes interdites au moyen d'un contre-projet indirect et accroître la transparence pour les investisseurs responsables grâce à des dispositions ad hoc.

Le groupe socialiste soutient fermement ce contre-projet ainsi que l'initiative populaire. Je vous remercie d'en faire autant pour donner une image cohérente de notre politique de promotion de la paix.

Glättli Balthasar (G, ZH): Ich erinnere mich: Als ich jung war, gab es – ich weiss nicht, wie lange – einen Werbespruch der Zürcher Kantonalbank, der hiess: "Hier muss Ihr Geld arbeiten!" Wir alle sind mit der zweiten Säule Zwangssparerinnen und Zwangssparer. Ich will nicht, dass es in unseren Gesetzen weiterhin heisst: "Hier darf Ihr Geld, das Sie einzahlen müssen, töten!" Wer in Kriegsgeschäfte investieren will, soll das privat tun und nicht die ganze Bevölkerung dazu zwingen.

Darum sage ich Ja zur Initiative.

Dandrès Christian (S, GE): Permettez-moi de rappeler tout d'abord trois évidences. Les entreprises qui fabriquent des armes ne le font pas pro bono, ce ne sont pas des institutions philanthropiques. Ces armes, elles sont considérées comme des marchandises et elles ont pour objectif de réaliser un bénéfice et des rendements sur les capitaux investis. Or – deuxième évidence –, pour réaliser ce profit, il faut que ces armes puissent être vendues. Donc – troisième évidence – les producteurs et les marchands d'armes jouent un rôle sur le nombre de conflits armés et sur l'ampleur des destructions qu'ils entraînent. Bien entendu, je ne prétends pas ici que les entreprises sont la cause des conflits armés. Dans le message du Conseil fédéral, les origines des conflits sont mises en avant: les inégalités sociales; la tyrannie de certains régimes; les discriminations, notamment religieuses.

Permettez-moi de citer l'exemple de la guerre en Syrie, qui est particulièrement éclairant. Tout d'abord, on a vu se produire une révolution sociale contre un régime brutal qui a instauré une dictature depuis 1963. Rapidement, on a constaté une militarisation du conflit après que les forces gouvernementales ont tiré à balles réelles sur des manifestants, et le vaste mouvement populaire était à deux doigts de faire tomber le régime au moment où la Russie est intervenue à la demande de la famille Assad, en 2015, et a engagé des moyens militaires extrêmement importants qui ont renversé, évidemment, le rapport de force. Ce dernier point est important pour une raison simple: le fait que des armes aient pu servir lors d'opérations de combat est un argument décisif pour que ces armes puissent être vendues. Si vous lisez les études qui ont été faites, notamment en France, vous verrez effectivement que l'armée française a des armes qui ont servi et que, dès lors, les entreprises qui les ont produites bénéficient d'un avantage concurrentiel et ont plus de facilité à pouvoir les écouler.

Un constat s'impose sur la base de l'expérience syrienne, à savoir qu'écouler des armes et soutenir le complexe militaro-industriel, cela va de pair avec une politique néo-impérialiste. Acheter du matériel de guerre, c'est s'inscrire dans un choix géopolitique, cela signifie se mettre sous la protection ou se ranger dans le camp d'une puissance mondiale ou d'une puissance régionale ou, en tout cas, entrer dans un jeu d'influence international. On a des situations où certains Etats mènent des guerres de substitution. Cela a été le cas en Syrie, toujours, où l'Iran a en quelque sorte mandaté le Hezbollah pour intervenir comme appui au régime d'Assad. L'initiative offre un avantage énorme en cela qu'elle veut rompre avec cette logique belliciste qui sous-tend le développement du secteur économique et politique de l'armement. C'est une initiative d'une grande importance que, naturellement, le Parti socialiste va soutenir puisqu'il en est à l'origine, fidèle à une tradition de pacifisme et d'internationalisme – et vous me permettrez de citer la mémoire de Robert Grimm, éminent membre du Parti socialiste suisse et organisateur de la conférence de Zimmerwald, en 1915, qui a été un véritable espoir en pleine guerre mondiale.

Permettez-moi de revenir sur quelques aspects du message du Conseil fédéral avec tout d'abord un regret.



Il se dégage de ce message une odeur de realpolitik très mercantiliste et c'est regrettable. C'est porter un coup à la tradition humanitaire de notre pays. Je relève aussi que le Conseil fédéral dit que les rentes seraient menacées, de même que l'emploi.

Sur l'emploi, la question fondamentale est de savoir si l'argent des salariés doit financer des armes qui serviront à tuer, à mutiler ou à blesser d'autres salariés ailleurs dans le monde. A l'évidence, pour le Parti socialiste, la réponse est non. Cet

AB 2020 N 309 / BO 2020 N 309

argent doit servir à répondre aux besoins sociaux – je pense en particulier aux logements dont la plupart des villes ont cruellement besoin – et à la question de la transition énergétique. L'industrie des machines peut parfaitement répondre à ce besoin, sa finalité n'étant pas de construire des armes.

Sur la question des coûts de gestion et de la diversification des investissements des institutions de prévoyance professionnelle, je me permets de faire une remarque: on aurait aimé que le Conseil fédéral fait preuve d'autant de sollicitude lorsqu'il s'est agi de traiter de la quote-part minimum LPP qui permet aujourd'hui aux assureurs privés, qui couvrent plus de la moitié des salariés de Suisse, de récupérer près de 600 millions de francs par année. Je ne crois pas que le Conseil fédéral s'en soit ému.

Il faut constater qu'il y a aujourd'hui des alternatives pour que l'argent des salariés ne soit pas investi dans des armes. On a parlé tout à l'heure – et je n'y reviendrai pas – de l'Association suisse pour des investissements responsables et je voudrais simplement préciser que la Caisse de pensions de la Migros, notamment, est rattachée à ce système et qu'elle offre des prestations excellentes. Il n'y a donc pas d'antinomie entre la qualité des prestations et les propositions qui sont formulées dans le cadre de l'initiative.

Plus fondamentalement, et pour conclure, je crois que les Suissesses et les Suisses ont le droit de décider du cadre fondamental dans lequel les rapports sociaux doivent s'exercer dans ce pays, y compris lorsqu'il s'agit de l'activité financière, et que le cadre constitutionnel et conventionnel doit s'appliquer à toutes et tous. Le législateur ne peut pas donner plus d'autonomie à la Banque nationale ou aux fondations de prévoyance qu'il n'en a lui-même.

C'est la raison pour laquelle il est fondamental de soutenir cette initiative.

Walliser Bruno (V, ZH): Diese Volksinitiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit – ja genau: weltweit – von der Schweiz aus verbieten. Sie verlangt, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Unternehmen untersagt wird, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Zu meiner Vorrednerin, Frau Nationalrätin Friedl: In geächtete Kriegsmaterialien und in Atomwaffen investiert die Nationalbank sicher nicht, genauso wenig wie die Einrichtungen der staatlichen und der beruflichen Vorsorge.

Diese Volksinitiative betrifft Schweizer Unternehmen, an die Sie bestimmt nie gedacht hätten: zum Beispiel die Glas Trösch AG, die unter anderem Fenster für Gebäude, aber auch für Flugzeugcockpits herstellt. Sie betrifft die WZW-Optic AG, ein weltweit führendes Unternehmen in der Optikbranche, das beispielsweise Linsen für Medizintechnik produziert, aber auch Linsen für Drohnen. Als letztes Beispiel nenne ich die Rewag Feinmechanik AG, eine Herstellerin von Präzisionsmechanik aus Waldkirch, St. Gallen, deren Produkte unter anderem in Nespresso-Kaffeemaschinen verbaut werden; Rewag stellt aber auch Teile für Flugzeuge her.

Je nach Auftragslage und Jahr variiert bei diesen Schweizer Unternehmungen, die sehr viele Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, der Anteil am Umsatz im Bereich der Wehrtechnik. Wie wollen Sie für diese Fälle die Fünf-Prozent-Hürde umsetzen? Weiter ist zu bedenken, dass nicht nur die vermeintlichen Hersteller von Wehrtechnik betroffen sind, sondern es indirekt auch deren Zulieferer treffen kann. Investitionen in diese KMU, aber auch in die Rüstungsunternehmen in der Schweiz, sind zur Wahrung der Unabhängigkeit und einer minimalen Autonomie der Schweiz sehr wichtig.

Diese Volksinitiative ist eine Gefahr für unsere Sicherheit. Um die Einsatzbereitschaft der Systeme der Schweizer Armee autonom sicherstellen zu können, muss die Schweiz über Kompetenzen bei der Herstellung von Kriegsmaterial verfügen. Muss Kriegsmaterial vermehrt im Ausland beschafft werden, wird die Schweiz abhängiger und kann die Neutralität nicht mehr souverän wahrnehmen. Ausserdem macht diese Initiative die Welt nicht sicherer, nein, sie schadet einzig und allein der Schweiz, den Schweizer Arbeitsplätzen, den Schweizer Unternehmen, wofür sich die ausländische Konkurrenz bedankt.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen und auf eine Rückweisung zu verzichten.



Weichelt-Picard Manuela (G, ZG): Kürzlich hat US-Präsident Donald Trump ein starkes Argument für die Volksinitiative der GSoA und der Jungen Grünen geliefert: Er hat das von seinem Vorgänger Barack Obama verhängte Verbot, Landminen einzusetzen, wieder aufgehoben – ja: aufgehoben! Allein letztes Jahr sind 7000 Menschen ums Leben gekommen, weil eine Tretmine unter ihnen detoniert ist. Die Mehrheit der Opfer sind Zivilistinnen und Zivilisten, darunter viele Kinder. 7000 Menschen! Das ist etwa, wie wenn von einer Minute auf die andere die Bevölkerung von Bex, Bottmingen, Bremgarten im Aargau, Bubikon, Capriasca, Diepoldsau, Haute-Sorne oder Herzogenbuchsee ums Leben käme.

Zurück zu den USA: Mit der Aufhebung des Verbots von Landminen darf die US-Armee die höchst gefährlichen und besonders heimtückischen Waffen weltweit wieder einsetzen. Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat kritisiert, dass die Zulassung von Landminen "den internationalen Bemühungen, eine minenfreie Welt zu erreichen, zuwiderläuft".

Die Schweiz gehörte zu den ersten Staaten, welche den Ottawa-Vertrag unterzeichneten. Dieser Vertrag will erreichen, dass bis 2025 weltweit keine Antipersonenminen mehr eingesetzt werden. Wenn die Schweiz konsequent ist, verbietet sie jegliche, auch indirekte Finanzierung solcher Waffen. Das macht sie, indem sie der Volksinitiative der GSoA und der Jungen Grünen "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" zustimmt. Diese Initiative bietet die Chance, Menschenleben zu retten. Sie bietet auch die Chance, die Neutralität zu bekräftigen – dies ist nach der Crypto-Affäre besonders nötig.

Die Finanzierung von Waffen bedeutet eine indirekte Beteiligung an den Kriegen, in denen diese Waffen eingesetzt werden. Ist es nicht der Kern der Neutralität, dass wir uns nicht an Kriegen beteiligen, weder direkt noch indirekt? Danke für Ihre Unterstützung.

Marti Samira (S, BL): 2017: Die Schweizerische Nationalbank investiert 177 Millionen Franken in die Firma Raytheon. Raytheon produziert Bomben, die im Jemen-Krieg gegen Zivilisten und Zivilistinnen eingesetzt werden.

2018: Die UBS investiert 3,4 Milliarden Franken in die Firma Boeing und knapp 1 Milliarde in die Firma Lockheed Martin. Die von diesen Unternehmungen produzierten Kampffjets werden durch Saudi-Arabien und durch die Vereinigten Arabischen Emirate ebenfalls im Jemen-Krieg eingesetzt.

Januar 2020: Die ganze Welt schaut angespannt in den Iran. Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran droht zu eskalieren, die Frage stellt sich: Mündet die Situation in offenen Krieg? Man meint, nur die Despoten dieser Welt könnten von dieser Situation profitieren – aber nein, die Schweizerische Nationalbank machte alleine in der ersten Woche dieses Jahres 30 Millionen Franken Gewinn!

Die Schweiz besetzt weltweit den neunten Platz, wenn es darum geht, in Atomwaffen zu investieren. Allein im Jahr 2018 haben Schweizer Banken gemeinsam mit der Nationalbank 9 Milliarden Franken in Atomwaffenproduzenten investiert. Allein 6,3 Milliarden kamen von der UBS.

Diese Geschäftspraktiken finden viele Schweizerinnen und Schweizer stossend. Darum ist im Sommer 2018 auch diese Initiative zustande gekommen. Die "Handelszeitung" formulierte es in einem Leitartikel sehr treffend: "Es wäre mehr als peinlich, wenn der Präsident der Nationalbank, der unablässig auf seine Unabhängigkeit pocht, vom Volk zu einer Änderung seiner Anlagestrategie gezwungen würde. Viel gescheiter wäre es, er würde sie bereits heute anpassen. Freiwillig." Freiwillig gemacht haben das bereits die Pensionskassen Zürich, Basel-Stadt und Bern. Damit dies auch schweizweit passiert, braucht es offenbar ein Ja zu dieser Initiative. Drei Gründe möchte ich dazu hervorheben:

1. Im Kriegsmaterialgesetz gibt es bereits das Verbot, in verbotenes Kriegsmaterial, wie zum Beispiel Atomwaffen, zu

AB 2020 N 310 / BO 2020 N 310

investieren. Nur funktioniert dieses Gesetz nicht. Es ist faktisch nicht einmal das Papier wert, auf dem es geschrieben steht. Die Initiative schliesst dieses Schlupfloch und verhindert Investitionen in verbotenes Kriegsmaterial ein für alle Mal.

2. Diese Initiative hilft mit, Fluchtursachen zu bekämpfen. Viele Kriege dieser Welt sind nur möglich, weil eben grosse Waffenkonzerne, auch aus dem Westen, an autokratische Staaten wie die Türkei oder Saudi-Arabien Waffen liefern. Unsere Banken, unsere Versicherungen, unsere Pensionskassen und auch unsere Nationalbank verdienen dabei mit. Wenn ein grosser Finanzplatz wie die Schweiz dem einen Riegel vorschiebt – immerhin ein Viertel der weltweiten Vermögen werden hier verwaltet –, dann hat das Signalwirkung.

3. Diese Initiative ist vernünftig und moderat. Es geht nur darum, dass die roten Linien bei den Investitionen strikter gezogen werden, wie es zum Beispiel auch einer der weltweit grössten Fonds bereits heute macht: Der norwegische Staatsfonds mit einem Anlagevolumen von 900 Milliarden investiert nicht in geächtetes Kriegs-





material.

Ein Experte des ultraliberalen Vermögens-Zentrums meint: Ja, wer nachhaltig investiert, muss keine Abstriche bei der Rendite machen, im Gegenteil. Was also spricht gegen diese Initiative ausser Ideologie? Schliesslich geht es darum, unsere humanitäre Tradition wiederzubeleben und einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt zu leisten, auch wenn es ein kleiner ist. Es ist schliesslich unser Volksvermögen, das hier zu Milliarden in Rüstungskonzerne investiert wird. Damit muss Schluss sein. Geben Sie sich einen Ruck, und stimmen Sie der Initiative zu.

Feri Yvonne (S, AG): Kinder müssen gewisse Regeln einhalten, um sich zu schützen. "Wenn ich etwas Verdächtiges sehe, darf ich nicht hingehen. Es explodiert, und dann muss ich sterben, oder ich bin verwundet. Manchmal bin ich auf der Strasse, wenn geschossen wird. Dann renne ich in den nächsten Hauseingang, um mich zu verstecken. Auch wenn ich versteckt bin, habe ich sehr grosse Angst. Ich will keinen Krieg. Hoffentlich gibt es bald Frieden in meinem Dorf."

Das sind die Worte eines elfjährigen Mädchens, das in einem Kriegsgebiet aufwächst. Jedes zehnte Kind befindet sich wie dieses Mädchen in einem Kriegs- oder Konfliktgebiet. Die insgesamt 420 Millionen betroffenen Kinder leben in ständiger Angst, leiden Hunger, verlieren nahe Angehörige durch Waffengewalt, können nicht in die Schule gehen, werden als Kindersoldaten eingesetzt. Für sie bestehen Kinderrechte nur auf dem Papier. Wir alle machen uns mitverantwortlich für das Elend dieser Kinder, indem die Kriegsindustrie mit dem Kapital unserer Altersvorsorge mitfinanziert wird.

Gemäss Botschaft des Bundesrates wäre der Mehraufwand zu gross, der für die Schweizerische Nationalbank, für Stiftungen, für Pensionskassen und für Compenswiss entstünde, um solche Kriegsinvestitionen auszuschliessen. Die Schweiz tue mit ihrer Friedensförderung und Menschenrechtspolitik bereits viel, um die Ursachen von bewaffneten Konflikten zu bekämpfen. Viel ist gut, aber bei Kriegen braucht es mehr, ohne Rücksicht auf einen zusätzlichen Aufwand. Mit einem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten kann die Schweiz international vorangehen und ein Umdenken einläuten. Das braucht zwar Mut und Selbstbewusstsein, entspricht aber voll und ganz der humanitären Tradition unseres Landes. Setzen wir gemeinsam ein starkes internationales Zeichen und sorgen wir dafür, dass kein Geld mehr über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt.

Meine Fraktion schlug Mitte Januar 2020 vor, die Inhalte der Volksinitiative, über die wir heute diskutieren, in einem indirekten Gegenvorschlag weiterzuentwickeln. Die Zielsetzungen eines solchen Gegenvorschlages sind für uns klar. Einerseits sollen bestehende Schlupflöcher bei der Finanzierung von in der Schweiz verbotenen Kriegsmaterial geschlossen werden. Andererseits sollen umfassende Transparenzvorschriften für die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten erlassen werden.

Es ist schade, dass sich unsere vorberatende Kommission mit 15 zu 10 Stimmen gegen die Ausarbeitung eines solchen Gegenvorschlages ausgesprochen hat. Doch der Zug ist noch nicht abgefahren. Wir können heute der Minderheit Graf-Litscher folgen und unsere Sicherheitspolitische Kommission beauftragen, eine Kommissionsinitiative auszuarbeiten. Denken wir vor unserer Entscheidung nochmals an die Not und das Elend von Kindern und auch Erwachsenen in Kriegsgebieten, und nehmen wir dann in der Abstimmung unsere Verantwortung gegenüber diesen Menschen wahr, indem wir uns heute deutlich gegen die finanzielle Beteiligung am Geschäft mit Kriegen aussprechen!

In diesem Sinne rufe ich Sie auf, für die beiden Minderheitsanträge zu stimmen.

Klopfenstein Brogginì Delphine (G, GE): L'interdiction de financer les armes nucléaires, les armes biologiques, les armes chimiques ou les mines antipersonnel est évidemment essentielle, mais cela ne suffit pas. Et même si son influence est restreinte, la Suisse peut donner un signal; elle peut servir de modèle; elle peut montrer l'exemple. C'est précisément ce que défend l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", directement adressée à la place financière suisse.

Nous le savons très bien, cette place financière joue un rôle certain en Suisse, tant sur la question climatique, alors qu'elle investit massivement dans les énergies fossiles, que sur la question des guerres dans le monde entier, quand elle accepte de financer des producteurs de matériel de guerre.

Le Secrétariat d'Etat à l'économie notait d'ailleurs très récemment, pas plus tard qu'aujourd'hui, en s'appuyant sur un rapport publié début mars, que les ventes de matériel de guerre à l'étranger avaient augmenté de 43 pour cent. Les pays concernés sont le Danemark, l'Allemagne, mais aussi le Bangladesh. Comment comprendre, aujourd'hui, cette Suisse qui est prête à financer des conflits et, en parallèle, à soutenir activement le réseau diplomatique?

Aujourd'hui, l'Afghanistan, le Yémen, le Soudan du Sud, la République centrafricaine, la République démocra-



tique du Congo, la Syrie, l'Irak, le Mali, le Nigeria ou encore la Somalie sont en guerre. Des guerres qui font des morts, des ravages dans la société et dont les premières victimes sont souvent des enfants. Un récent rapport de l'ONG Save the Children précisait qu'en 2017, 18 pour cent de tous les enfants du monde – c'est-à-dire près de 420 millions d'enfants – vivaient dans des zones touchées par des conflits, soit presque 1 enfant sur 5, qui souffre de la faim, du manque d'hygiène ou d'accès aux soins de santé, autant de conséquences directes de la guerre.

La Suisse, évidemment, ne doit pas être partenaire de la guerre, au contraire. Elle doit jouer un rôle clé pour la paix dans le monde. Pour les Verts, le financement de matériel de guerre n'est pas digne d'un pays neutre qui dit oeuvrer pour la paix. La Suisse doit exporter son aide et des solutions pacifistes et, évidemment, la Suisse ne doit pas exporter la guerre.

Les Verts ne veulent être ni témoins, ni complices. Ils refusent, sous la pression de retombées négatives qui affecteraient dans une mesure excessive l'activité de la Banque nationale suisse, mais aussi celle des fondations, des caisses de pension et des fonds de compensation, de menacer des populations entières et, par là même, de favoriser la violation des droits humains.

Les fonds de compensation annonçaient d'ailleurs dernièrement que cette initiative était raisonnable. Je pense qu'ici et aujourd'hui, la place financière doit entendre ce mot: cette initiative est raisonnable. La place financière peut s'associer à ces propos, elle pourrait le faire. Elle peut investir ailleurs. Elle peut jouer un rôle clé dans les investissements durables et dans l'aide humanitaire.

Marchesi Piero (V, TI): Il principale obiettivo dichiarato dai promotori dell'iniziativa è quello di vietare il finanziamento dei produttori di materiale bellico da parte della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e degli istituti della previdenza statale e professionale. Ma cosa fa già oggi la Svizzera in questo senso? La Svizzera sostiene misure di promozione della pace e della neutralità e si impegna in favore di condizioni di sicurezza e di politica estera credibili e coerenti. Questi sono

AB 2020 N 311 / BO 2020 N 311

gli obiettivi del nostro paese – e la Svizzera li persegue con coerenza.

Come accade spesso, dietro gli accattivanti titoli delle iniziative, si nasconde un testo, come in questo caso, che in caso di approvazione dell'iniziativa avrebbe conseguenze molto pericolose. Alcuni esempi: il termine "produttori di materiale bellico" è molto generico. Applicare la proibizione a tutto il settore equivarrebbe ad impedire qualsiasi attività legata al settore, e le conseguenze per i posti di lavoro nel paese sarebbero devastanti. Per i fondi di investimento delle casse pensioni verrebbe a mancare una branche importante di investimento nei loro portafogli. A questo riguardo è utile ricordare che queste entità negli anni si sono adattate a rigidi criteri etici negli investimenti. Un ulteriore irrigidimento sarebbe oltre che inutile anche controproducente allo scopo di queste entità.

Se l'iniziativa venisse approvata, le varie casse pensioni, la cassa AVS eccetera, avrebbero una chiara limitazione degli investimenti, e gli obiettivi che sono anche spesso fissati dal legislatore verrebbero difficilmente garantiti. I cittadini, a giusta ragione, si lamentano dei bassi rendimenti delle casse pensione. Evitiamo dunque di peggiorare ulteriormente questa situazione.

Anche per le nostre banche questa iniziativa sarebbe un problema, perché provocherebbe un indebolimento dell'attrattività della nostra piazza finanziaria in seguito a minori investimenti possibili.

Un altro aspetto, forse il peggiore considerando le esperienze passate, è che se l'iniziativa venisse approvata, la Svizzera sarebbe una delle poche entità ad adottare questa proibizione. Ancora una volta la Svizzera fungerebbe da prima della classe. Potremmo poi vantarci di essere i più bravi, magari darci anche qualche pacca sulle spalle, ma alla fine ci accorgeremmo che gli altri Stati fanno l'esatto contrario. Il volontario e prematuro smantellamento del segreto bancario, che ha causato la perdita di moltissimi posti di lavoro per i cittadini svizzeri, dovrebbe ricordarci cosa non bisogna fare.

Questa iniziativa è pericolosa perché mette a rischio molti posti di lavoro e l'esistenza di altrettante aziende svizzere. Provocherebbe inoltre un generale indebolimento della piazza finanziaria. Il tutto senza ottenere risultati tangibili in quanto gli standard adottati dal nostro paese in materia sono già adeguati.

Un ultimo punto politico: questa iniziativa è un ulteriore attacco al nostro esercito, anche se in modo indiretto. Ma l'obiettivo di buona parte dei promotori è sempre quello: una Svizzera senza esercito!

Per questi motivi vi invito a bocciare l'iniziativa. Questo anche per evitare, ancora una volta, di farci del male con le nostre stesse mani.

Binder-Keller Marianne (M-CEB, AG): 1997 stimmte das Schweizervolk mit über 77 Prozent gegen ein Verbot





von Kriegsmaterialexporten, 2007 mit knapp über 68 Prozent gegen eine beinahe identische Vorlage von Rot-Grün. Auf dem Tisch liegt nun die neueste Initiative aus der Küche der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee – notabene jener Gruppe, welche, der Name ist Programm, die Armee abschaffen will. Weil sie das im Ausland nicht tun kann, muss die eigene Armee erhalten. Sie will ausgerechnet die Abschaffung einer Armee, die sich dem Konzept der bewaffneten Neutralität verpflichtet hatte: Wir greifen niemanden an, verteidigen das Land aber bei einem Angriff – eigentlich ein bestechendes Friedenskonzept. Würde es weltweit angewandt, könnten alle selbst ernannten Auferstandenen des grossen Ghandi einpacken. Die beiden Initiativen zur Abschaffung der Armee wurden denn auch mit 64 Prozent respektive 78 Prozent abgelehnt.

Man verzeihe mir den kleinen Exkurs, aber den Absender der Initiative zu benennen, dient der Einordnung des aktuellsten Vorhabens, das meines Erachtens wiederum direkt oder indirekt auf die eigene Armee und die eigenen Interessen zielt: auf unsere Schutzinteressen, unsere Arbeitsplätze, beispielsweise in der Ruag, auf die Zulieferer der Wehrtechnikindustrie, unsere KMU, unsere Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie und nicht zuletzt auf unsere Vorsorgeinteressen.

Dass diese Initiative Schwachpunkte hat, wurde ja sogar von linken Kreisen moniert. Finanzanlagen bei jeglichen Rüstungsproduzenten zu verbieten, heisst, sie auch bei denjenigen zu verbieten, die Waffen produzieren, die der inneren Sicherheit dienen. Das betrifft Waffen für die Polizeikorps, Waffen, die der internationalen Sicherheit dienen, Waffen für internationale Schutztruppen, Waffen für defensive Konzepte, wie wiederum unsere eigene Armee eines ist. Es heisst auch, Finanzanlagen bei Mischkonzernen zu verbieten.

Bei einer Annahme kommt unsere inländische Wehrtechnik unter Druck, beispielsweise die Ruag und deren Zulieferfirmen. Soll sie denn vom Ausland finanziert werden? Wollen wir es tatsächlich fördern, dass unsere Wehrtechnikindustrie im Krisenfall vom Ausland abhängig ist? Das Anliegen der Initianten, weltweit mehr Frieden und mehr Sicherheit zu schaffen und Fluchtursachen zu bekämpfen, ist ein ernsthaftes, ein wichtiges Anliegen. Ich meine, wir teilen es alle. Ebenso ernsthaft ist es, dies, wie erwähnt, beispielsweise durch eine Armee zu tun, welche rein defensiv ausgerichtet ist, oder durch ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen, für Streuminen und Antipersonenminen und durch ein strenges Kontrollsystem.

Diese Initiative als Schweizer Alleingang hat jedoch keinen Einfluss auf die globale Nachfrage nach Kriegsmaterial. Das radikale Anliegen steht weder bei den Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien zur Debatte. Die Initiative ist vielmehr ein Angriff auf unser Eigentum, auf unsere Vorsorgewerke, auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationalbank. Private Vorsorgepolitik landet so auf der Spielwiese der Politik. Was folgt? Keine Finanzierung mehr von Tabak, Alkohol, Casinos – was auch immer zukünftig gerade auf der Liste der politisch unkorrekten Güter steht.

Ich bitte Sie, diese Initiative und diesen Schweizer Alleingang abzulehnen. Sich international gegen Waffen einzusetzen, ist nicht verboten; damit aber gegen die Sozialwerke im eigenen Land zu zielen, ist keine gute Idee.

Meyer Mattea (S, ZH): Syrien, Jemen, Afghanistan: 70 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Wir sehen die aktuelle Situation an der türkisch-griechischen und an der türkisch-syrischen Grenze. Immer heisst es dann, wir könnten nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, wir könnten nicht mehr tun, als vor Ort ein bisschen humanitäre Hilfe leisten. Wir brüsten uns mit Entwicklungszusammenarbeit – dabei könnten und sollten wir so viel mehr tun! Wir können mit dieser Entwicklungszerstörungspolitik aufhören, und wir können endlich damit beginnen, Ursachen für Flucht ernsthaft zu bekämpfen. Die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" setzt genau hier an und leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Erstens verbietet diese Initiative der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen und Pensionskassen die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. 2019 hat alleine die Schweizerische Nationalbank über 2 Milliarden Franken in US-amerikanische Waffenproduzenten investiert. Dabei floss auch Geld in Unternehmen wie Boeing oder Honeywell International, die an der Produktion von atomaren Waffen beteiligt sind. Schweizer Banken, die Nationalbank, Kantonalbanken, Pensionskassen unterstützen mit ihren Investitionen die Produktion von geächteten Waffen wie Atomwaffen, Streumunition, Streubomben, Minen. Genau hier setzt die Initiative an: Schweizer Geld soll nicht länger zur Unterstützung von Kriegen eingesetzt werden – Schweizer Geld, unser Volksvermögen aus Pensionskassen und aus der Schweizerischen Nationalbank! Wir finanzieren ohne unser Wissen und vor allem auch ohne unsere Einwilligung indirekt Kriegsgeschäfte mit.

Zweitens verlangt die Initiative, dass sich der Bund auf internationaler Ebene und auch auf nationaler Ebene dafür einsetzt, dass auch Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen einhalten müssen, denn der Schweizer Finanzplatz, wir wissen das, spielt eine zentrale Rolle bei der Finanzierung von solchen Drecksgeschäften. Alleine Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro Einwohnerin und Einwohner fast 800 US-Dollar in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen. Die entsprechenden Zahlen



AB 2020 N 312 / BO 2020 N 312

für Deutschland oder auch für Österreich sind um ein Vielfaches kleiner.

Dieser Vergleich zeigt das unglaublich hohe Ausmass an Kriegsgeschäften in der Schweiz. Und bei diesen Zahlen, die ich jetzt erwähnt habe, sind die Investitionen der Nationalbank oder der Pensionskassen gar noch nicht dabei. Kurz: Die Initiative verbietet, dass wir uns am Elend von Menschen auf dieser Welt bereichern, denn die Leidtragende dieser Politik und dieser Investitionen ist immer die Zivilbevölkerung in Konfliktregionen. Ich kann Argumente wie "Wenn wir es nicht machen, machen es andere" oder "Wir können das gar nicht richtig umsetzen" nicht mehr hören! Es gibt bereits Länder, z. B. die skandinavischen Staaten, die gezeigt haben, dass es geht, wenn der politische Wille da ist.

Die Schweiz kann und muss Verantwortung wahrnehmen und einen Beitrag für eine friedlichere Welt, für eine friedlichere Zukunft leisten. Wir können heute mit dieser Volksinitiative dafür sorgen, dass weniger Menschen auf dieser Welt leiden und dass weniger Menschen aus ihrer Heimat vertrieben werden und fliehen müssen. Die Menschen in Jemen, in Syrien und in zukünftigen Konfliktregionen werden es uns danken.

Clivaz Christophe (G, VS): Notre argent, via nos caisses de pension, finance aujourd'hui la production de bombes et d'armes chimiques qui sont utilisées dans différents pays autour du globe. Il ne faut pas nous voiler la face: la réalité, c'est que notre argent tue! En tant que ressortissant d'un pays qui revendique sa tradition humanitaire, je n'en suis pas vraiment fier.

C'est pour remédier à cette situation que l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre" vise deux choses: premièrement, l'interdiction pour la Banque nationale suisse ainsi que les institutions de prévoyance de financer les entreprises dont plus de cinq pour cent du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre; deuxièmement, la mise en place de normes similaires sur les investissements des banques et des assurances aux niveaux national et international.

Les Verts s'engagent depuis leur création pour la paix et le désarmement dans le monde. Ils ont soutenu ces dernières décennies les initiatives populaires visant cet objectif, et il en va de même cette fois-ci.

A chaque fois qu'une initiative s'oppose à l'exportation ou à la production de matériel de guerre, c'est toujours la même rengaine, les mêmes arguments que l'on entend de la part des opposants. Cette initiative n'échappe pas à la règle: la Suisse serait trop petite pour faire bouger les choses au niveau international; ce serait trop compliqué au niveau administratif; nos retraites seraient en danger, car nos caisses de pension ne pourraient plus investir comme elles le souhaitent; les emplois seraient menacés dans l'industrie et la finance.

Dans le cas de l'initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", ces arguments ne tiennent tout simplement pas la route. Ils sont là uniquement pour faire peur à la population, qui témoigne de la sympathie pour l'initiative. Ils sont révélateurs de la vision des opposants, qui une fois encore privilégient les aspects économiques et financiers aux aspects éthiques et de responsabilité sociale.

En interdisant le financement de l'industrie de l'armement, l'initiative vise à contribuer à ce que la Suisse ne participe pas de manière indirecte aux conflits actuels et à prévenir des guerres futures. Cela peut paraître une goutte d'eau dans l'océan, mais ce n'est pas le cas: je vous rappelle que la Suisse est une des plus importantes places financières mondiales et joue ainsi un rôle décisif. Les instituts financiers suisses comme la Banque nationale ou les grandes banques investissent des milliards chaque année dans ce commerce mortifère. La Suisse doit montrer l'exemple et entraîner dans son sillage d'autres pays.

Cette initiative vise aussi à ce que nous soyons cohérents avec le principe de neutralité, pierre angulaire de notre politique extérieure. Aujourd'hui, la Suisse joue un double jeu: d'un côté, elle se veut championne et promotrice de la paix dans le monde; de l'autre, elle vend des armes. Où est la cohérence?

Afin que la Suisse ait une politique à la fois cohérente et éthique en matière de sécurité, je vous invite à suivre la minorité Fivaz Fabien, qui propose de recommander le soutien à l'initiative et, à défaut, la minorité Graf-Litscher, qui vise un renvoi à la commission afin qu'un contre-projet indirect soit élaboré.

Suter Gabriela (S, AG): Es ist leider eine Tatsache: Schweizer Geld befeuert die Kriegsmaterialproduktion. Als einer der wichtigsten Finanzplätze weltweit fördert die Schweiz so Kriege. Die Schweizerische Nationalbank, Schweizer Pensionskassen und Schweizer Banken investieren in Kriegsmaterialproduzenten auf der ganzen Welt. Ich frage Sie: Finden Sie es ethisch wirklich vertretbar, mit Investitionen in Unternehmen, die Waffen produzieren, Geschäfte zu machen? Ich meine, wer die Menschenrechte hochhält, kann das nicht gutheissen. Mit Kriegen, die Elend und Leid für Millionen von Menschen bedeuten, macht man doch keine Geschäfte; mit Erträgen aus Anlagen aus Kriegsgeschäften finanziert man doch nicht die Altersvorsorge! Es ist geschmacklos, und es ist ein veritabler Skandal, dass das nicht längst verboten ist. Mit Waffen, produziert mit Schweizer



Geld, befeuern wir Bürgerkriege. Während Millionen Menschen auf die Flucht vor Krieg und Elend gezwungen werden, läuft das Geschäft mit dem Tod auf Hochtouren. Jährlich wird Kriegsmaterial im Wert von 400 Milliarden Dollar verkauft – das muss gestoppt werden!

Sie merken, ich bin aus ethischen Gründen dagegen, in Rüstungsfirmen zu investieren. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere soziale Verantwortung wahrnehmen müssen und dass wir diese Art von Anlagestrategie, diese Geschäfte mit dem Tod stoppen müssen. Bei dieser Sache ökonomisch zu argumentieren, widerspricht eigentlich jeder Ethik, denn Waffen werden hauptsächlich produziert, um zu töten. Denen, die trotzdem ökonomisch argumentieren, sei gesagt: Kriegsgeschäfte sind nicht rentabler als andere Investitionen. Wer seine soziale und ökologische Verantwortung wahrnimmt und nachhaltig investiert, muss keine Abstriche bei der Rendite machen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Initiative zur Annahme zu empfehlen. Leisten Sie damit einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

Rüegger Monika (V, OW): Die Schweiz hat mit dem Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen, Streumunition und Personenminen bereits heute die nötigen Richtlinien definiert. Das ist richtig und wichtig. Unser Land ist heute definitiv nicht der grosse Produzent von Kriegsmaterial; wir sind, weltweit gesehen, unbedeutend. Bedeutend wird es hingegen für Firmen, wenn sie mit einem Anteil ihrer Produktion als Zulieferer für Rüstungsbetriebe auftreten. Gemeint sind die vielen mittelgrossen und kleinen Schweizer Betriebe, zum Beispiel Maschinen-, Elektro- und Metallbauunternehmen. Wenn diese nur schon fünf Prozent ihres Umsatzes mit solchen Zulieferteilen für die vermeintliche Rüstungsindustrie erwirtschaften, wird ihnen der Zugang zu Darlehen und Krediten von staatlichen Einrichtungen versperrt. Damit werden einheimische Arbeitsplätze verantwortungslos und leichtsinnig aufs Spiel gesetzt.

Die vorliegende Initiative wird – das wissen Sie alle ganz genau – selbstverständlich keinen Rückgang der weltweiten Produktion von Kriegsmaterial zur Folge haben. Hingegen würde sie unserem Industrie- und Produktionsstandort Schweiz massiv Schaden zufügen und Arbeitsplätze gefährden oder gar vernichten.

Damit wir uns richtig verstehen: Eine Firma, die zu 95 Prozent in der Produktion von Seilbahnen, im Liftbau, im Flugzeugbau, im Motorenbau, in der Glasproduktion oder in der Gebäudetechnik tätig ist, könnte künftig keine Finanzierung von Pensionskassen, von Stiftungen oder von der Schweizerischen Nationalbank kriegen, wenn sie einen Fünf-Prozent-Anteil ihres Umsatzes im Bereich der Rüstungszulieferung erwirtschaftet. Solch ein Gesetz wäre der Garant für die Zerstörung qualifizierter Arbeitsplätze.

Die Initiative ist daher entschieden abzulehnen.

AB 2020 N 313 / BO 2020 N 313

Christ Katja (GL, BS): Die Volksinitiative greift ein wirklich wichtiges Thema auf, ist aber in der konkreten Ausformulierung unklar und schafft damit Rechtsunsicherheiten. Die Volksinitiative verbietet jegliche Finanzanlagen bei jeglichen Rüstungsproduzenten. Ein weitverbreitetes Anliegen ist damit nicht zu Ende gedacht. Wir würden allen den Geldhahn zudrehen, auch den Fabrikanten von Pistolen für kantonale Polizeikörper oder von Ausrüstungsgütern für Armeen, die rein defensiv ausgerichtet sind und niemanden bedrohen. Wie soll mit Zulieferfirmen umgegangen werden? Sollen z. B. Firmen, die Werkmaterial herstellen, das zur Herstellung von Flugzeugen verwendet wird, auch von der Finanzierung ausgeschlossen werden?

Zudem macht die sehr breit gefasste Definition von Kriegsmaterialproduzenten aus vielen Schweizer KMU und Schweizer Zulieferunternehmen Rüstungsproduzenten. Sie sind es faktisch aber nicht! Betroffen wären viele mittelgrosse Firmen und KMU, welche als Zulieferbetriebe im In- und Ausland agieren und Einzelteile und Baugruppen produzieren. Die allermeisten Unternehmen realisieren eine Vielzahl von Produkten und Dienstleistungen und veröffentlichen in der Regel keine detaillierten Informationen über die Anteile ihrer Umsatzquellen.

Das Einhalten der Vorschrift wäre zudem dynamisch zu beurteilen, denn es ist sehr wahrscheinlich, dass einige Unternehmen in einem Jahr die Fünf-Prozent-Umsatzschwelle erreichen und in einem anderen Jahr nicht. Die Einschätzung, ob ein Unternehmen mehr als fünf Prozent seines Umsatzes mit Kriegsmaterial erzielt, ist auch abhängig von der Wahl des entsprechenden Datenanbieters. Wer auf Nummer sicher gehen wollte, müsste tendenziell alle Unternehmen ausschliessen, die auch mit nur geringer Wahrscheinlichkeit unter die Definition fallen, um damit das Risiko von Rechtsverstössen minimal zu halten. Eine Rest an Rechtsunsicherheit bliebe dennoch.

Eine Annahme der Initiative führt meines Erachtens nicht nur zu Rechtsunsicherheit, sondern auch zu praktischen Problemen, die trotz grossem Aufwand nicht einfach zu lösen wären. Ausserdem dürfte die Volksinitiative



wirkungslos bleiben; sie zielt nämlich auf ein weltweites Finanzierungsverbot für Investitionen in die Rüstungsindustrie. Mit einem isolierten Finanzierungsverbot in der Schweiz wird dieses Ziel aber nicht erreicht.

Der Bundesrat lehnt nun die Initiative ab, will aber auch keinen Gegenvorschlag ausarbeiten. Das finde ich falsch! In der Bevölkerung gibt es ein Bedürfnis nach ethischen Finanzanlagen. Anleger wollen ihr Geld nicht mehr in Unternehmen anlegen, die kontroverse oder gar verbotene Waffen oder anderes Kriegsmaterial herstellen. Dieses Anliegen ist sehr populär und wird nicht einfach vom Tisch sein, wenn wir die Volksinitiative nicht zur Annahme empfehlen.

Verschiedenste Finanzintermediäre haben auch bereits auf diese Bedürfnisse reagiert und bieten entsprechende Finanzinstrumente an. Wir sollten diese Bedürfnisse ernst nehmen und einen Gegenvorschlag ermöglichen, der das Finanzierungsverbot durch entsprechende Transparenzvorschriften ersetzt. Zudem soll das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen gesetzlich gestärkt werden, und Schlupflöcher im heutigen Gesetz sollten geschlossen werden. Die Finanzierung von in der Schweiz verbotenem Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologischen und chemischen Waffen, Antipersonenminen oder Streubomben soll gesetzlich unterbunden werden. Ein Gegenvorschlag hat zudem den Vorteil, dass die Änderungen schneller wirksam werden als bei der Initiative.

Pult Jon (S, GR): Artikel 54 unserer Bundesverfassung legt die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz fest: "Der Bund setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit der Schweiz und für ihre Wohlfahrt; er trägt namentlich bei zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen." Die Volksinitiative, die wir heute besprechen, bietet die Chance, einen wirksamen indirekten Gegenvorschlag zu entwickeln, der die genannten Grundsätze in unserer Bundesverfassung stärkt. Damit können wir als Parlament unsere Verantwortung als Gesetzgeber wahrnehmen.

Nun, wie sollen wir glaubhaft unabhängig oder neutral sein, wenn Milliarden von Schweizerfranken letztlich in Kriege und Konflikte fliessen? Wie sollen wir ernsthaft zur Linderung von Not und Armut in der Welt beitragen, wenn wir beispielsweise mit unserer Nationalbank oder mit unseren Vorsorgegeldern die Waffen für gewaltsame Konflikte mitfinanzieren, die wiederum Auslöser des Elends in der Welt sind? Wie sollen wir das friedliche Zusammenleben der Völker fördern, wenn unser Finanzplatz ein wichtiger Akteur bei der Finanzierung von Kriegsmaterial ist? Wie sollen wir mit unseren guten Diensten diplomatische Lösungen für Konflikte anstreben, wenn gleichzeitig unser Geld diese Konflikte anheizt?

Was wir heute tun, ist inkonsistent. Beim vorliegenden Geschäft geht es also wirklich um die Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik und um die Glaubwürdigkeit unseres Selbstverständnisses als neutraler und friedensfördernder Staat. Die Rolle der Schweiz als neutrale Vermittlerin ist Kern unserer Aussenpolitik. Die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untergräbt die diesbezügliche Glaubwürdigkeit, insbesondere wenn man bedenkt, dass unser finanzielles Gewicht viel grösser ist als unsere geopolitische Bedeutung. Gerade in Zeiten, in denen der Crypto-Skandal unsere internationale Glaubwürdigkeit und unser aussenpolitisches Selbstverständnis erschüttert, können wir mit einem Verbot oder zumindest mit einer griffigen Regulierung und Einschränkung der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten viel Glaubwürdigkeit gewinnen, viel Glaubwürdigkeit für eine unabhängige Schweiz im Dienst des Friedens.

Bitte unterstützen Sie den Rückweisungsantrag. Er bietet uns die Chance, eine gute gesetzliche Lösung zu finden. Ich glaube, dass die Bevölkerung das von uns erwartet. Sollten wir diese Chance verpassen, bleibt die Initiative als einzige Chance für Fortschritte in diesem Bereich. Stimmen Sie dem Rückweisungsantrag zu, denn es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Aussenpolitik, um die Glaubwürdigkeit unseres Selbstverständnisses als neutraler und friedensfördernder Staat.

Hess Erich (V, BE): Eigentlich wollte ich nur kurz hierherkommen oder gar nicht. Aber aufgrund der aktuellen Lage trete ich trotzdem schnell ans Rednerpult.

Weshalb ist es gefährlich, wenn wir nicht mehr in Kriegsmaterial investieren dürfen? Was und wen treffen wir am meisten? Am meisten treffen wir einheimische Schweizer Kriegsmaterialproduzenten! Die ausländischen Kriegsmaterialproduzenten werden sich auch sonst finanzieren, und die Kriege auf dieser Welt werden auch sonst irgendwie weitergehen, auch ohne Hilfe der Schweiz. Es wird dann wahrscheinlich jemand anderes daran Geld verdienen.

Aber das Gefährliche daran ist: Es wird schlussendlich keine Produktion in der Schweiz mehr geben. Was passiert dann in einem Krisenfall? Werden wir noch irgendwie Kriegsmaterial aus dem Ausland in die Schweiz importieren können, wenn wir jetzt schon Probleme haben? In einer noch relativ kleinen Krise, in der Corona-Krise, haben wir jetzt schon das Problem, dass wir kein Material aus dem Ausland mehr erhalten. Momentan



sind drei Sendungen von unseren Nachbarländern blockiert – Material, das eigentlich schon Schweizer Eigentümern gehört, aber für welches ein Exportverbot verhängt worden ist. Es ist eine Sendung aus Deutschland mit Schutzmasken, und es sind eine Sendung mit Handschuhen und eine Sendung mit Desinfektionsmittel aus Italien, bei denen die betreffenden Staaten plötzlich einfach sagen, es dürfe nicht mehr aus Italien bzw. aus Deutschland exportiert werden. Wollen wir wirklich unabhängig sein? Dann müssen wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass wir eine Produktion in der Schweiz haben und dass wir das Wichtigste selber produzieren können. Sonst sind wir nicht mehr unabhängig und vor allem in Krisensituationen sehr angreifbar. Ich bitte Sie deshalb, die Initiative ganz klar zur Ablehnung zu empfehlen.

AB 2020 N 314 / BO 2020 N 314

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Zurzeit toben etwa fünfzig Kriege und Konflikte; von den meisten hören wir medial nicht einmal etwas. Zurzeit hören wir von Syrien, von der Türkei, von den Kurden und Kurdinnen. Pro Jahr, die Zahl ist seit einigen Jahren in etwa konstant, sterben aufgrund von Kriegen etwa 100 000 Menschen. Diese Zahlen können Sie sich beschaffen. Über 70 Millionen Menschen sind auf der Flucht, viele wegen Kriegen. Krieg heisst: Waffen, Zerstörung, sehr viel Leid.

Die Schweiz rühmt sich ihrer Neutralität, bietet gute Dienste an für Friedensgespräche, und gleichzeitig heizt sie Konflikte an. Das ist mehr als scheinheilig. Wir tun alles, damit das Coronavirus keine Toten produziert. Wir tolerieren aber und heizen es gar an, dass jährlich 100 000 Menschen durch Waffen sterben: auf der einen Seite mit der Rüstungsproduktion, an der wir beteiligt sind – wir verkaufen sogar in Konfliktregionen –, auf der anderen Seite mit unseren Investitionen in Waffen; darunter sind auch, anders als ein Kollege vorhin gesagt hat, Atomwaffen, auch das können Sie nachschauen.

Weltweit werden jährlich 370 Milliarden Franken in Kriegsmaterial investiert. Die Schweiz gehört zu den wichtigsten Finanzmärkten, und die Rüstungsindustrie braucht Kredite. Die Schweiz bietet sich an, diese Kredite zu geben – die Banken, die Pensionskassen, aber eben auch die Schweizerische Nationalbank. Die Pensionskassen investieren pro Jahr zwischen 4 und 12 Milliarden in Kriegsmaterial – und zwar in direktes Kriegsmaterial, da geht es nicht um die Geschichten von Zulieferungen, und auch die Nationalbank investiert hier, und zwar 800 Millionen jährlich.

Das ist extrem stossend und hat nichts mit Neutralität und mit der Unabhängigkeit einer Bank zu tun, im Gegenteil: Das ist sehr parteiisch. Es geht überhaupt nicht, dass unser Volksvermögen in die Tötungsmaschinerie investiert wird. Denn Waffen sind kein normales Produkt, sie werden mit dem erklärten Ziel produziert, Menschen zu töten – und zwar mit immer besseren Waffen, damit man möglichst viele Menschen möglichst effizient, geradezu flächendeckend umbringen kann, und dies möglichst vom Pult aus, damit man sich die Hände nicht schmutzig machen muss. Kriegsmaterialproduzenten bereichern sich an der Tötung von Menschen, das ist wider jedes ethische Gefühl und wider die Neutralität. Die Aufheizung von Konflikten hat nichts mit Glaubwürdigkeit zu tun, im Gegenteil: Der Ausstieg aus der Finanzierung ist zwingend, wollen wir glaubwürdig werden.

Es ist auch gar nicht so schwierig, wie behauptet wurde. Die Pensionskasse der Stadt Zürich macht es vor: Es geht. Wir müssen umstellen, das ist wahr: hin zu einer Klimagerechtigkeit, weg von Energiefressern und Ressourcenfressern, zu denen auch die Waffenindustrie gehört. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist kein Argument. Es gibt beste Studien, die zeigen, dass mit dem Geld für einen Rüstungsarbeitsplatz sieben zivile Arbeitsplätze generiert werden können. Der Umbau in andere Anlagen ist nötig, ist zwingend, damit wir in Zukunft gescheite Anlagen tätigen und keine zerstörerischen.

Deshalb: Sagen Sie Ja zu dieser Initiative.

Seiler Graf Priska (S, ZH): Man kann nicht so tun, als ob Waffen ein Produkt wie jedes andere wären. Sie werden primär hergestellt, um Menschen zu töten. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie offensiv oder sogenannte defensiv sind. Zudem wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land nicht verstanden, dass ausgerechnet die neutrale Schweiz, berühmt für ihre humanitäre Tradition und guten Dienste, sich an Kriegsgeschäften bereichert – und dies nicht einmal zu knapp. Schweizer Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod.

Dass die Bevölkerung auf diesen untragbaren Widerspruch sensibel und kritisch reagiert, zeigte auch die Unterschriftensammlung für eine andere Initiative auf dem Gebiet der Kriegsmaterialexporte, die sogenannte Korrektur-Initiative. Die 100 000 benötigten Unterschriften kamen innert kürzester Zeit zusammen, obwohl der Bundesrat aufgrund des riesigen öffentlichen Drucks eingeknickt war und die Ordnungsänderung zur Lockerung der Ausfuhrbestimmungen in Bürgerkriegsregionen eiligst zurückgezogen hatte.



Das zeigt, dass das Anliegen nicht nur auf die politische Linke oder die BDP beschränkt bleibt, sondern breite Teile der Bevölkerung bewegt. Auch die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" trifft den Nerv all derjenigen Menschen, denen es ethisch und moralisch nicht egal ist, wie wir unser Geld verdienen und wie ihr Vermögen angelegt wird. Das Anliegen der Initiative kann aber noch präziser formuliert und ausgebaut werden, darum setze ich mich klar für einen Gegenvorschlag ein. Die SP-Delegation hat in der SiK-N versucht, den anderen Kommissionsmitgliedern einen solchen Gegenvorschlag schmackhaft zu machen, leider ohne Erfolg. Ich hoffe nun auf das Plenum hier.

Unser Gegenvorschlag verfolgt zwei wichtige Anliegen: Erstens soll das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen gestärkt werden, und zweitens sollen die Transparenzvorschriften gegenüber den Anlegerinnen und Anlegern erhöht werden. Das Anliegen, dass ethisch bewusste Anlegerinnen und Anleger wissen sollen, wo genau sie ihr Geld anlegen, und dass namentlich unser Pensionskassengeld nicht in die Taschen grosser Rüstungskonzerne fliesst, ist inzwischen sehr populär und verbreitet. Das zeigt auch der Bundesrat in seiner Botschaft auf. Es gibt inzwischen viele Banken, Pensionskassen und Anlagefonds, die bewusst darauf verzichten, Geld in Unternehmen zu investieren, welche kontroverse Waffen oder auch generell Waffen und weitere Rüstungsgüter herstellen.

Die Realität gibt ihnen Recht. Ich erinnere hier nur kurz an die Handgranatenfunde aus Schweizer Produktion im Jemen, in Syrien und in Libyen. Schweizer Handgranaten in den Händen von IS-Terroristen – der Reputationsschaden für unser Land ist riesig! Auch die Kritik des IKRK war ungewöhnlich deutlich. Es braucht jetzt dringend ein politisches Signal, das Wirkung zeigt. Ein griffig formulierter Gegenvorschlag ist ein Mittel dafür. Falls ein Gegenvorschlag aber hier keine Mehrheit finden sollte, ist es für mich auch völlig klar, dass wir die Initiative ohne Wenn und Aber unterstützen, weil das Anliegen wirklich berechtigt ist. Es geht hier nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit des humanitären Engagements der Schweiz und um unsere Vorbildwirkung und Verantwortung.

Kamerzin Sidney (M-CEB, VS): Cette initiative rate sa cible et fait peser diverses menaces sur l'économie suisse, sur les établissements bancaires et financiers, sur nos entreprises, sur la neutralité, sur la sécurité et sur l'armée. C'est un texte qui vise tout: non seulement les établissements bancaires et financiers comme la Banque nationale suisse, les fondations et les caisses de pension professionnelles, mais aussi la prévoyance sociale. En effet, il ne serait plus possible d'investir, de financer, de prêter, de faire un crédit à une entité qui aurait cinq pour cent d'activités liées directement ou indirectement à l'armement, à la production de matériel de guerre. C'est une restriction extrêmement importante pour les investissements, pour le crédit, pour notre place financière. Cela créerait une véritable distorsion par rapport à d'autres entreprises qui conserveraient cette liberté de manoeuvre.

Il s'agit aujourd'hui de protéger la place financière suisse et de ne pas créer de telles discriminations. C'est une menace bien sûr sur la sécurité sociale, sur la prévoyance professionnelle, puisque les rendements dépendent des marchés financiers. Créer de telles distorsions, cela va réduire les rendements et au final, ce sont les employés, les ouvriers et les assurés qui vont subir les manquements et les pertes sur les marchés financiers et sur les marchés des investissements.

Cette initiative est totalement disproportionnée et fait également peser une menace sur notre économie et sur nos entreprises, notamment nos PME. En effet, le cercle des entreprises visées est très large: pensez à une entreprise qui fabriquerait de la tôle, de l'assemblage, des roues pour un véhicule qui serait utilisé par une force armée – un véhicule blindé, par exemple – et qui n'aurait que 5 ou 6 pour cent de son activité liés directement ou indirectement à la production de matériel militaire: cette entreprise ne pourrait plus, tout simplement, obtenir de crédit. C'est étouffer notre économie; c'est étouffer nos PME. Je vous rappelle que l'industrie MEM

AB 2020 N 315 / BO 2020 N 315

représente 320 000 emplois en Suisse; 13 000 entreprises et PME seraient touchées directement par cette initiative.

C'est également une menace pour la sécurité, parce que l'entreprise RUAG aujourd'hui fonctionne avec des fonds propres, mais si un jour elle devait dans des circonstances difficiles emprunter, ce ne serait plus possible. Il faudrait trouver des moyens d'emprunter à l'étranger, et le premier partenaire de l'armée suisse devrait donc obtenir des crédits à l'étranger pour financer son propre matériel. C'est l'armée elle-même qui serait remise en question. C'est une perte d'autonomie pour la Suisse, et c'est là le véritable danger pour la neutralité.

En plus d'être une menace, cette initiative est inutile pour les raisons suivantes: d'une part, la Suisse dispose déjà d'une loi fédérale sur le matériel de guerre, qui interdit les armes à sous-munitions, les armes de destruction massive ainsi que les armes atomiques, bactériologiques et chimiques. D'autre part, plutôt que de



s'attaquer au matériel d'armement, il faut plutôt s'attaquer aux véritables causes des conflits: les différences socioéconomiques et les dictatures. Sur ce plan, la Suisse est très active au niveau international.

Merci donc de ne pas menacer notre économie, notre place financière, notre industrie, notre prévoyance sociale et notre prévoyance professionnelle. Merci de recommander de rejeter clairement ce texte nuisible, inefficace et inutile!

Roth Franziska (S, SO): 104 902 Unterschriften in einem Jahr: Ich wage zu behaupten, heute hätten wir das Doppelte, angesichts der traurigen Lage vor den Toren Europas aufgrund der grässlichen Kriege, die Menschen zur Flucht zwingen. Kommt hinzu, dass auf Lesbos auf ankommende Boote gefeuert wird. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative ist der Nerv der Bevölkerung getroffen.

Wenn bereits in der Sammelphase einer Initiative Akteure des Finanzplatzes ihre Anlagereglemente im Bereich der Kriegsmaterialinvestitionen verschärfen, dann scheinen die Zahnhälse dort freizuliegen. Ein Blick in die Gesetze gibt auch Aufschluss über das Zucken im Gesicht der Finanzakteure und darüber, warum ihnen wohl das Lächeln so schwerfällt:

Die Schweiz hat als eines von wenigen Ländern ein Verbot der Finanzierung von Atomwaffen. Dieser Umstand ist zu begrüßen und zu würdigen. Doch bei einer genaueren Analyse der gesetzlichen Bestimmungen entpuppen sich die Bestimmungen im Kriegsmaterialgesetz als zahnloser Papiertiger. Der Geltungsbereich der Bestimmungen weist schwerwiegende Lücken auf, die vom Finanzwesen mit seinen anpassungsfähigen Strukturen eifrig genutzt werden. Daher ist es sehr unwahrscheinlich, dass eine direkte oder indirekte Finanzierung von Atomwaffen je strafrechtlich verfolgt oder geahndet würde. Da nützt es auch nichts, dass der Bundesrat darauf setzt, dass einzelne Finanzdienstleister zur Verminderung des Reputationsrisikos auf Investitionen in Unternehmen verzichten, die Atomwaffen herstellen.

Dass die Finanzwelt ohne die disziplinierende Wirkung von effektiven Bestimmungen von sich aus darauf verzichtet, Anlageprodukte von Atomwaffenproduzenten anzubieten, darf stark bezweifelt werden. Diverse Berichte zeigen auf, dass Schweizer Finanzunternehmen immer noch substanzielle Investitionen in atomare Massenvernichtungswaffen vermitteln, und dies, obschon Artikel 8c des Kriegsmaterialgesetzes, "Verbot der indirekten Finanzierung", genau dies verhindern will. Am 7. Juli 2017 wurde der Atomwaffenverbotsvertrag verabschiedet – ein historischer Durchbruch! Das Schweizer Parlament hat 2018 die Motion Sommaruga Carlo 17.4241 angenommen, die den Bundesrat beauftragt, den Vertrag sofort zu unterzeichnen. Es ist gegenüber dem Parlament deshalb respektlos, wenn Schweizer Finanzinstitute weiterhin Anlagen in Firmen vermitteln, die Atomwaffen herstellen.

Die Initiative ist klar formuliert. Warum eine Umsatzhürde von fünf Prozent? Weil diese Hürde dem internationalen Standard bei nachhaltigen Indexfonds entspricht, welcher unter anderem Waffenfirmen ausschliesst. Können sich das die Pensionskassen leisten? Das wurde auch heute gefragt. Ja! Grosse Pensionskassen können sich die Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" ohne Probleme leisten. Eventuell erzielen sie nach der Umsetzung sogar bessere Renditen. Kleinere und mittlere Pensionskassen müssen ihre passiv angelegten Investitionen einmal umdisponieren – von einem herkömmlichen in einen nachhaltigen Indexfonds. Solche nachhaltigen Indexfonds existieren bereits: Sie schliessen Waffenfirmen gemäss der Fünf-Prozent-Regelung aus und werden von Banken von A wie Alternative Bank bis U wie UBS angeboten. Wer also noch meint, dass dies – wie man das heute auch hören konnte – alter Inhalt in neuer Verpackung sei, gerät bei mir unter Verdacht, selber keinen Plan zu haben.

Wir hatten einen Plan: Es wurde ein griffiger Gegenvorschlag ausgearbeitet. In der Kommission wurde eine vertiefte Diskussion dazu aber abgelehnt. Das ist in meinen Augen Arbeitsverweigerung, und das gilt es zu korrigieren, insbesondere von denen, die meinen, es gebe keine Alternativen.

Darum bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

de la Reussille Denis (G, NE): En préambule, permettez-moi de dire quelques mots sur les exportations de matériel de guerre. Les entreprises suisses ont exporté pour 728 millions de francs de matériel de guerre vers 71 pays l'an dernier, soit une hausse de 43 pour cent par rapport à 2018. Même si le SECO s'en réjouit, nous disons très clairement qu'il s'agit d'un commerce douteux, voire honteux. Nous savons bien qu'au niveau planétaire, la part de la Suisse dans ce commerce immoral est plus que minime. Il n'en reste pas moins que notre pays contribue à causer le malheur de millions de civils à travers le monde.

Si l'on nous rétorque que la majorité de ces exportations se font à destination de pays européens, nous n'oublions pas que plusieurs de ces pays sont engagés, dans le cadre de l'Otan, dans des guerres d'agression en Irak, en Syrie et, dans le passé, en ex-Yougoslavie. Ces mêmes pays d'où sont issus une grande partie des réfugiés qui, désespérés, tentent de trouver refuge dans nos pays, dans les pays qui produisent les bombes



qui tombent sur leurs têtes et celles de leurs familles. Et nous n'oublions pas non plus que notre pays exporte – malheureusement! – de l'armement vers des pays comme l'Arabie saoudite, qui depuis des années maintenant sème la terreur et la désolation, notamment au Yémen.

Concernant le financement des producteurs de matériel de guerre, le Conseil fédéral argumente, pour s'opposer à l'initiative, que "les institutions de la prévoyance publique et professionnelle, à savoir les caisses de pension et les fonds de compensation AVS/AI/APG devraient renoncer à leur stratégie d'investissement dans des fonds bien diversifiés, qui repose déjà partiellement sur des principes éthiques". Or, il s'agit là de principes qui ne sont que très très peu, très partiellement éthique. Mais probablement que, une fois de plus, le Conseil fédéral, la droite de ce Parlement et nous, n'avons pas la même conception du mot "éthique".

Il y a dans notre pays des centaines de milliers de citoyens et de citoyennes qui ne sont pas d'accord que l'on investisse l'argent économisé pour leurs retraites dans des commerces plus que douteux. Que leurs motivations soient dictées par des raisons morales, par respect pour la dignité humaine ou encore par la sauvegarde de l'environnement, elles font honneur à l'humanité.

Le Parti suisse du travail – Parti ouvrier et populaire, que je représente, s'est engagé dans la récolte des signatures pour contribuer à faire aboutir cette initiative du GSsA et des Jeunes Verts, et nous nous engagerons pour qu'elle passe avec succès devant le peuple.

Quant aux institutions de prévoyance publique et professionnelle, si elles cherchent des stratégies d'investissement bien diversifiées, il existe de nombreuses possibilités dans des domaines très variés et bénéfiques tant à l'être humain qu'à l'environnement.

Cette initiative s'inscrit aussi dans un mouvement global vers davantage de transparence, notamment au niveau financier. Il est à relever avec satisfaction que la caisse de pension de la ville de Zurich, mais aussi celle de la ville de Lucerne excluent de leurs portefeuilles d'investissement les producteurs d'armes de guerre. Et c'est aussi le cas de la caisse

AB 2020 N 316 / BO 2020 N 316

de pension de la Confédération, Publica. Cette initiative est donc tout à fait applicable sans remettre en cause la santé financière des caisses de pension et institutions financières.

En termes de cohérence politique, nous sommes persuadés que notre pays ne peut pas promouvoir la paix et, en même temps, financer des producteurs d'armes de guerre. C'est donc avec conviction que nous soutenons cette initiative.

Munz Martina (S, SH): An der türkisch-griechischen Grenze spielen sich grausame Szenen ab. Menschen am Rande der Verzweiflung drängen nach Europa, sie suchen Schutz und Sicherheit. 70 Millionen Flüchtlinge fliehen weltweit vor Zerstörung, Krieg und Tod. Und wir? Wir schauen zu. Wir sagen, dass es schon immer Krieg auf der Welt gegeben hat, schon immer Leid und Gräueltaten. Gleichzeitig loben wir die humanitäre Tradition der Schweiz sowie unsere Neutralität und erklären, dass wir als Land immer bereit waren, uns für echte Vertriebene einzusetzen. Wir machen uns damit etwas vor.

Die Realität sieht anders aus. Die Schweiz hat zwar den Anspruch, neutral zu sein, und dennoch werden jedes Jahr Milliarden Franken ins Kriegsgeschäft investiert. Unsere Pensionskassengelder und unser Volksvermögen, das bei der Nationalbank lagert, werden in Rüstungskonzerne gesteckt. Die Pensionskassen legen zwischen 4 und 12 Milliarden Franken bei Kriegsmaterialproduzenten an, und die Nationalbank investierte im dritten Quartal 2018 über 2,2 Milliarden Franken allein in die Atomwaffenproduktion.

Damit wird mit unserem Geld die internationale Rüstungsindustrie massiv unterstützt und alimentiert. Das ist sicher nicht neutral. Denn damit schlägt sich die Schweiz auf die Seite jener, die Waffen produzieren, damit handeln und weltweit von Krieg und Konflikten profitieren. Diese Unternehmen fahren mit jeder umgekommenen Frau, jedem verletzten Mann und jedem toten Kind Gewinne ein. Denn Waffen sind gemacht, um zu töten und zu zerstören.

Viele Menschen in der Schweiz wollen nicht, dass Blut an unserem Wohlstand klebt. Sie wollen nicht, dass ihr Vermögen bei der Nationalbank dafür eingesetzt wird, kriegerisches Treiben zu unterstützen. Sie wollen nicht, dass ihr Pensionskassenkapital durch Investitionen in Leid und Grauen anwächst. Im Gegenteil, viele Menschen in der Schweiz wollen, dass unser Land zum Frieden auf der Welt beiträgt. Sie wollen ethische Finanzanlagen und haben deshalb die Kriegsgeschäfte-Initiative unterschrieben.

Es ist schwach und beschämend, dass der Bundesrat die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Wir müssen endlich Verantwortung tragen. Die Bevölkerung fordert Transparenz. Wir haben das Recht zu erfahren, in welche Fonds die Pensionskassen und die Nationalbank investieren. Viele Pensionskassen setzen sogar selber vermehrt auf ethisch vertretbare, nachhaltige Anlagen, weil diese vielversprechender, innovativer



und zukunftsorientierter sind. Das muss unterstützt und gefördert werden.

Das Parlament ist in der Pflicht, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten, der die Anliegen der Initiative und der Bevölkerung aufnimmt und Transparenz- und Sorgfaltspflichten für Unternehmen und für den Schweizer Finanzplatz einführt. Nur so werden die Anleger sensibilisiert und tragen dem Willen vieler Menschen in der Schweiz Rechnung. Deshalb bitte ich Sie, dem Rückweisungsantrag der Minderheit Graf-Litscher zuzustimmen. Wir wollen, dass die Kommission einen indirekten Gegenvorschlag präsentiert, der sowohl ein Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen einführt wie auch die Transparenz für verantwortungsbewusste Anleger erhöht.

Ich bitte Sie, stimmen Sie dem Rückweisungsantrag zu, und stimmen Sie der Initiative zu.

Addor Jean-Luc (V, VS): Dans matériel de guerre, il y a la guerre; il y a les guerres, celles qui, c'est vrai, font des morts et des blessés. Mais il y a aussi une autre guerre, celle des mots. Et dans cette guerre, il faut bien le dire, les initiants sont assez forts pour avancer à couvert.

Quand nous parlons de matériel de guerre, de quoi s'agit-il? Parlons-nous seulement de canons? Un peu, oui, mais de moins en moins. Ce dont il s'agit aujourd'hui, de plus en plus, c'est de systèmes technologiques, notamment de systèmes informatiques complexes dont les applications sont très diverses et souvent seulement marginalement liées au domaine de la sécurité. Car dans le domaine des technologies, surtout des technologies de pointe, il y a bien souvent très peu de frontières, voire il n'y en a plus tellement, entre les applications civiles et militaires. Une technologie peut être conçue à des fins exclusivement civiles et éveiller ultérieurement seulement un intérêt de la part du domaine de la sécurité.

Ma première conclusion, c'est que ceux qui seront touchés par cette initiative, ce ne seront pas les marchands de canons, mais surtout nombre d'entreprises actives dans toutes sortes de domaines de haute technologie. Seront donc touchées ces entreprises, et leur personnel, que d'aucuns, pourtant, ici, prétendent défendre.

Les initiants ont retenu la leçon. Après l'échec devant le peuple, en septembre 2007, d'une première initiative qui demandait frontalement l'interdiction d'exporter du matériel de guerre, voici qu'ils reviennent à la charge par un autre biais: cette fois-ci, ils s'attaquent au financement des entreprises actives dans le domaine de la sécurité. Ils n'ont pas réussi à les interdire d'exportation; qu'à cela ne tienne, ils essaient aujourd'hui de leur couper les vivres! C'est plus finaud, si j'ose dire. Mais le résultat, s'ils réussissent, sera le même: ce sera la fin des exportations et, à terme, la mort ou la délocalisation pour des fleurons de notre économie, surtout des fleurons de la technologie de pointe, là où nous avons encore les moyens en Suisse d'être forts.

Passons sur l'arbitraire complet, pour ne pas dire l'absurdité, de ce seuil de cinq pour cent à partir duquel une entreprise qui a le malheur – si j'ose dire – d'avoir des produits utilisés dans le domaine de la sécurité, se verra figurer sur une liste noire, qui risque de marquer son arrêt de mort.

Essayons de considérer aussi le discrédit, pour ne pas dire la suspicion que nous risquons de jeter sur tous ces fleurons de notre économie qui, par ailleurs, sont actifs presque exclusivement dans le domaine civil. Est-ce ainsi que nous pouvons espérer les encourager à investir dans la recherche, dans les technologies du futur? est-ce ainsi que nous pouvons les encourager à embaucher, simplement parce qu'un jour un produit au départ civil pourrait trouver une application dans le domaine de la sécurité?

Non, ce régime injuste de sanctions n'est dans l'intérêt ni de notre économie, ni des milliers de travailleurs concernés, ni de notre sécurité. Il n'aura qu'un effet, un seul: favoriser nos concurrents étrangers, sans arrêter ni éviter aucune guerre. Car la guerre n'est pas dans les armes, elle n'est pas non plus dans l'argent, elle est malheureusement dans l'homme.

Voilà pourquoi je dirai non à cette initiative, qui avance à couvert et qui est contraire à l'intérêt du pays, tout comme bien sûr à un contre-projet, qui ne pourrait avoir d'autre effet que de rendre la pilule juste un peu moins amère.

Molina Fabian (S, ZH): Wir behandeln heute, anders als von den Kommissionssprechern dargestellt, eine sehr einfache Frage: Wollen wir einen Finanzplatz, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, nämlich darauf, unseren Wohlstand zu mehren, indem er in Unternehmen investiert und indem er Kredite vergibt, die einen gemeinwirtschaftlichen Wert schaffen, oder wollen wir in unserem Land ein Casino betreiben, das spekuliert und sich am Elend dieser Welt bereichert? Diese Frage hat die SP bereits 1984 mit der Banken-Initiative aufgeworfen, und sie ist angesichts von Steuerflucht, Klimakrise, Krieg und Gewalt auf dieser Welt und Menschenrechtsverletzungen aktuell wie nie.

Ich und die Minderheit Ihrer Kommission glauben, dass die Schweiz eine Verantwortung in der Welt und für die Welt hat, eine Verantwortung, dafür zu sorgen, dass wir mit unseren Gesetzen und unserem Geschäftsmodell einen Beitrag zur nachhaltigen, friedlichen Entwicklung leisten, statt diese zu sabotieren. Diese Initiative ist ein



kleiner, aber wichtiger Schritt in diese Richtung. Sie will nur bei einem Teil der Finanzakteure dafür sorgen, dass sie nicht mehr in Kriegsmaterial investieren. Für ein neutrales Land mit einer humanitären Tradition, wie es die Schweiz ist, ist es nicht

AB 2020 N 317 / BO 2020 N 317

nachvollziehbar, dass es sein Geld mit Krieg verdient. Die Zeit der Schweizer Söldner ist vorbei, auch die der Finanzsöldner sollte es sein – das fordert diese Initiative, nicht mehr und nicht weniger.

Wenn die Kommissionmehrheit und der Bundesrat behaupten, wir hätten hier kein Problem, dann ist das absurd. Finanzakteure in der Schweiz stecken heute schätzungsweise einen zweistelligen Milliardenbetrag in Rüstungskonzerne – und das pro Jahr. Und sie tun das auch, wenn diese international geächtete Waffen, wie Atomwaffen, produzieren. Das ist nicht nur verantwortungslos, das steht auch im Widerspruch zu den fundamentalen Interessen unseres Landes. Wir haben ein Interesse an einer sicheren, an einer friedlichen und an einer stabilen Welt und nicht an einer Welt, die immer mehr aufrüstet.

Der Schweizer Finanzplatz ist gross. Darauf sind viele mit Fug und Recht stolz. Aber entsprechend ist auch unsere Verantwortung gross. So ist es nichts als sinnvoll, wenn wir heute für die Schweiz einen Schritt in Richtung mehr Verantwortung in der Welt tun und diese Initiative zur Annahme empfehlen oder – das ist das, worum ich Sie zuerst bitte – das Geschäft an die Kommission zurückweisen, damit wir hier einen anständigen und griffigen Gegenvorschlag erarbeiten können. Sie haben heute die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass wir kein Schweizer Geld mehr für die Waffen dieser Welt ausgeben.

Arslan Sibel (G, BS): Über 70 Millionen Menschen sind heute auf der Flucht, die höchste Anzahl seit dem Zweiten Weltkrieg. Allein in der Türkei leben rund vier Millionen Geflüchtete, mehrheitlich aus Syrien vertrieben. In Griechenland stecken 40 000 Menschen unter katastrophalen Bedingungen in einer Sackgasse des Elends fest. Der Bundesrat und die EU priorisieren vor allem den Schutz der Aussengrenzen. In der derzeitigen Notlage in Griechenland soll hauptsächlich mehr in die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache, Frontex, investiert werden, mehr in Mittel für Personal und anderweitige Auslagen.

Dabei drängt sich uns die Frage der Fluchtursachen auf. Wenn wir hier kurz innehalten und uns den Mechanismus vor Augen führen, sehen wir die völkerrechtswidrigen Kriege, welche unter anderem durch den Schweizer Finanzplatz mit Unsummen finanziert werden. Die dadurch entstandene Migration führt zu einer geradezu panischen Abschottungsstrategie in Europa. Diese verletzt wiederum auf besorgniserregende Weise die Grundrechte der Menschen auf der Flucht.

Von dieser traurigen Situation profitieren kann die tödlichste Branche der Welt. Die Rüstungsindustrie ist mit mindestens 370 Milliarden US-Dollar ein gewaltiges Business. Destruktive Investitionen sollten keine Option sein. Viele der Kriegsmaterialproduzenten verkaufen zudem Produkte an den Grenzschutz. Das Geschäft ist also auf zynische Weise diversifiziert. Während die eingesetzten Waffen Millionen von Menschen in die Flucht treiben, kommen andere Produkte der Kriegsmaterialproduzenten im Grenzschutz zum Einsatz, wo sie die Vertriebenen erneut erniedrigen und ihnen ein friedliches Leben verunmöglichen.

Die Schweizerische Nationalbank investierte im Jahr 2016 über 800 Millionen Dollar allein in amerikanische Atomwaffenproduzenten. Die beiden Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS waren im Jahr 2015 mit weit über 6 Milliarden Franken an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt. Unsere Pensionskassen investieren zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in die Kriegsmaterialindustrie.

Diese Initiative soll schädlich für den Schweizer Finanzplatz sein? Eher sind die massiven Investitionen in die Rüstungsindustrie schädlich für den Ruf des schweizerischen Finanzplatzes. Insbesondere die Gelder der Pensionskassen sollten Nutzen stiften und keine Kriege finanzieren. "Wenn wir es nicht machen, machen es andere", ist und wird immer ein feiges Argument und eine schwache Rechtfertigung sein.

Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind Grundwerte unseres Landes. Wenn aber Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für welche die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, sollten die Alarmglocken läuten. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige und neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig. So vermittelt die Schweiz beispielsweise als einziges Land weltweit zwischen Saudi-Arabien und dem Iran. Diese Bemühungen stehen der Finanzierung von Kriegsmaterial diametral entgegen. Die Schweiz soll in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik auf ihre Stärken fokussieren und ihre Politik nicht durch widersprüchliche Kriegsförderung torpedieren.

Die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" enthält daher ein selbstverständliches Anliegen. Es ist ein Mittel, das Fluchtursachen bekämpft, dem Finanzplatz Schweiz eine Vorbildfunktion zukommen lässt und dem Ruf einer neutralen Schweiz tatsächlich gerecht wird.

Bitte stimmen Sie für die Initiative.





Büchel Roland Rino (V, SG): Es gibt Tage, da fühlt man sich am Boden zerstört: Die Lieblingsmannschaft hat verloren, die Angebetete hat einem einen Korb gegeben, und es ist klar, dass sie nicht die Künftige sein wird. Heute ist ein solcher Tag. Wenn man beispielsweise den Argumenten von Frau Arslan oder Herrn Molina genau zuhört, muss einem ja bewusst werden, dass man, wenn man die Position der Gegenseite vertritt, zur ethisch-moralischen Unterschicht gehört. Offenbar bin ich ein Teil davon.

Wer die Argumente der Befürworter unreflektiert aufnimmt, könnte meinen, die ultimative Lösung zur moralischen Rettung der Welt sei gefunden. Ich empfehle die Initiative trotzdem zur Ablehnung, und zwar weil man sich den Inhalt schon etwas genauer anschauen muss. Die Initiative sieht Massnahmen vor, welche massiv negative Auswirkungen auf die Tätigkeit der Nationalbank sowie von Stiftungen und Pensionskassen hätten. Auch die AHV wäre massiv betroffen. Rund 1700 Schweizer Pensionskassen verwalten ein Anlagevermögen von rund 820 Milliarden Franken, die AHV/IV/EO ein solches von 34 Milliarden. Wir dürfen doch nicht ohne Druck zu deren und zu unser aller Lasten handeln und grossen Schaden anrichten.

Eigentlich könnte ich mein Votum hier beenden. Das Erwähnte ist schon mehr als genug, um hier und heute klar Nein zu sagen. Wenn wir aber etwas weiter denken, stellen wir fest, dass die Auswirkungen noch weit gravierender sind: Die Idee stellt nämlich den Finanzplatz Schweiz infrage, und sie schwächt den Schweizer Industriestandort, insbesondere die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie, aber auch Unternehmen, welche optische Geräte herstellen. Hiesigen KMU würde der Zugang zu Krediten massiv erschwert, wenn sie Teil einer Zulieferkette für Rüstungsbetriebe im In- oder Ausland sind. Wir reden hier von etwa 320 000 Angestellten, mehr als 13 000 Betrieben und über 7 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Wenn ich einigen Votanten zuhöre, dann muss ich feststellen, dass es offenbar weitere Industriezweige gibt, welche von den Fans der Initiative in die Schmutzedecke gestellt werden. Tabak, Energie, Nahrungsmittel sind ein paar Branchen, welche im Fokus der "Guten" sind.

Doch zurück zu den hier direkt Attackierten. Die Maschinen-, Elektro- und Metallunternehmen sind gerade in meiner Heimatregion, dem St. Galler Rheintal, sehr stark verwurzelt. Nicht umsonst hat sich der Begriff "Hightech Valley" etabliert. Es ist diese Industrie, welche zusammen mit den fleissigen und bescheidenen Bewohnern zu einem Wirtschaftsmotor sondergleichen geworden ist, welcher der einst mausarmen Region zu Wohlstand verholfen hat.

Was aber fordert die Volksinitiative konkret? Sie hat hehre Ansprüche, denn sie will nicht nur die Vorsorge, sondern auch Regionen wie das Rheintal nachhaltig schädigen, ja sie will noch weit mehr: Sie will sogar die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten! Als Mittel zu diesem Zweck soll es der Schweizerischen Nationalbank, den Stiftungen sowie den Einrichtungen der staatlichen und der beruflichen Vorsorge verboten werden, Unternehmen zu finanzieren – mittels Darlehen, mittels Aktienkauf usw. –, wenn diese mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Rüstungsgütern erwirtschaften. Sie haben es einige Male gehört: Es ist nicht so einfach, das zu definieren und festzustellen. Aber die Initiative will noch mehr: Der

AB 2020 N 318 / BO 2020 N 318

Bund muss sich bei einer Annahme auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen die gleichen Bedingungen gelten. Was für ein Eingriff in die Wirtschaft!

Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass sich die Initianten für Frieden auf dieser unfriedlichen Welt einsetzen wollen. Das ist eine hehre Aufgabe. Es ist darum auch gut, dass sich unser Land schon heute in vielerlei Hinsicht dafür einsetzt: Es ist jetzt schon verboten, atomare, biologische oder chemische Waffen zu finanzieren. Dasselbe gilt auch für Streumunition und Antipersonenminen. All das ist richtig.

Es wäre aber falsch – und es ist auch nicht realistisch –, ein weltweites Verbot für die Finanzierung der Rüstungsindustrie einführen zu wollen. Wie und wo soll das denn durchgesetzt werden, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen? Seien wir doch ehrlich: Nicht einmal dort besteht der Wille für ein derartiges Vorhaben; in anderen internationalen Organisationen auch nicht. Ein Finanzierungsverbot in der Schweiz würde also wirkungslos verpuffen. Uns fehlt dazu schlicht der Einfluss in der Welt.

Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und sich im Abstimmungskampf zu engagieren, damit der Stimmbevölkerung aufgezeigt werden kann, wie utopisch und gefährlich die Vorstellungen der Initianten sind.

Hurni Baptiste (S, NE): Dans son magnifique ouvrage "L'Espoir", qui nous conte le combat des républicains dans la guerre d'Espagne, Malraux écrivait avec raison qu'"on ne fait pas de la politique avec de la morale, mais qu'on n'en fait pas davantage sans". Oui, la politique ne peut pas n'être qu'une suite de décisions techniques plus ou moins précises. Ces dispositions doivent être structurées par un squelette d'éthique et de morale. La question que nous pose l'initiative est claire, comme sa réponse à ce sujet doit l'être: doit-on continuer



de souffrir que nos institutions de prévoyance, nos fondations et notre Banque nationale investissent dans l'industrie d'armement? Pour les initiants comme pour nous, la réponse est claire et nette: non!

Non, les montants confiés aux institutions de prévoyance et l'argent de la Banque nationale ne doivent pas contribuer à développer un secteur dont le but est de vendre des armes qui ne sont plus depuis longtemps les hallebardes d'apparat des gardes pontificaux mais de véritables armes de guerre. Non, ces montants ne doivent pas à servir à soutenir des entreprises qui procurent ces armes à des gouvernements qui ne respectent pas les droits humains. Non, l'industrie d'armement n'est pas un marché comme un autre et dans lequel on peut investir directement ou indirectement sans autre forme de procès, fût-ce pour alimenter le montant des rentes.

C'est d'autant plus vrai que l'industrie d'armement en Suisse vend toujours plus d'armes – plus 43 pour cent en 2019 par rapport à 2018 selon les derniers chiffres – et pas uniquement à des partenaires qui s'engagent pour la protection de la paix, loin s'en faut. Ainsi, si le principal client de l'industrie d'armement suisse demeure l'Europe, les ventes à d'autres pays ont augmenté, comme le Bahreïn, l'Arabie saoudite, le Pakistan et le Bangladesh, ce pays arrivant même en bonne position dans le classement de nos partenaires.

Ces pays abritent des régimes qui violent régulièrement les droits de l'homme. Sur son site Internet, le Département fédéral des affaires étrangères, par exemple, explique que le Bangladesh est en proie à la violence, qu'il existe des tensions latentes entre les communautés ethniques et religieuses et que ces tensions peuvent dégénérer sans préavis en affrontements violents et localisés, avec extension possible. Or l'industrie d'armement suisse a vendu pour 55 millions de francs d'armes à ce pays en 2019.

La politique ne peut pas être faite que de morale, certes, mais en matière de financement de l'industrie d'armement, la Suisse devrait en faire un peu plus, surtout, comme dans le cas d'espèce, si les mesures proposées sont supportables même en regard des analyses des spécialistes. En effet, pour définir ce qu'est une entreprise d'armement, un seuil de cinq pour cent du chiffre d'affaires, que le Conseil fédéral qualifie d'extrêmement bas, a été fixé et constitue un indicateur souvent utilisé dans les critères éthiques ESG – pour environnement, société, gouvernance. Les spécialistes de caisses de pension récemment interrogés par la presse estiment que l'initiative ne rendrait pas la vie des spécialistes en placements impossible.

A tout le moins, on aurait pu espérer que la commission, pour l'image de la Suisse et pour sa réputation internationale, propose un contre-projet, mais il n'en est rien.

La Suisse, dépositaire des Conventions de Genève, doit changer ses pratiques en matière de financement des armes et se rappeler que ces conventions, justement, à leur naissance, constituaient un formidable espoir d'introduire un peu de morale, même dans les conflits armés.

Mäder Jörg (GL, ZH): Die Welt ist kleiner geworden. Es sind aber nicht nur Mobilität und globalisierte Warenketten, die dazu beitragen, sondern vor allem auch das Internet und die sozialen Medien. Dank ihnen passiert nichts mehr irgendwo auf der Welt, sondern alles passiert an konkreten Orten – an konkreten Orten, die per Internet den Weg in unsere Wohnzimmer finden.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Unsere Bevölkerung realisiert immer mehr, dass alles, was wir machen, Auswirkungen hat, und dass diese Auswirkungen eben nicht irgendwo auf der Welt, sondern an konkreten Orten echte Menschen betreffen. Unsere Bevölkerung ist immer mehr gewillt, das zu tun, was nötig ist: hinzuschauen und verantwortungsbewusst zu handeln. Klar: Viele schauen lieber weg und wollen weitermachen wie bisher. Aber diese selektive Wahrnehmung funktioniert nur für kurze Zeit, und das Erwachen ist nicht angenehm.

Die Produktion respektive die Finanzierung von Waffen ist eines der Themen, bei denen unsere Bevölkerung je länger desto mehr nicht nur die Gewinnspanne und die Zahl der in der Schweiz Beschäftigten kennen will. Das zeigt sich am Zustandekommen dieser Initiative, aber auch am Zustandekommen der Korrektur-Initiative. Jetzt wird argumentiert – durchaus zu Recht –, dass diese Initiative so nicht umgesetzt werden könne. Und jetzt? Es ist eine Volksinitiative, kein Geschäft des Bundesrates. Bei bundesrätlichen Vorlagen erwarte ich, dass die Verwaltung sie so ausarbeitet, dass man sie – wenn man denn will – eins zu eins in Kraft setzen kann. Initiativen kommen aus der Bevölkerung und somit durchaus auch von politischen und juristischen Laien. Sie lancieren mit viel Engagement, Herzblut und Überzeugungskraft ein Thema. Sie haben aber weder das Wissen noch die Erfahrung, wie man das Thema perfekt in unsere Gesetzgebung einbettet. Das ist unser Job, dafür wurden wir gewählt.

Mit Initiativen setzt die Bevölkerung Themen. Es ist unser Job, uns dieser Themen anzunehmen. Daher plädiere ich klar für die Rückweisung des Geschäfts an die Kommission, damit diese Arbeit getan wird. Natürlich weiss ich, dass eine zustande gekommene Initiative noch keine Mehrheit hat, aber es ist ein klares Signal, dass dieses Thema die Bevölkerung bewegt. Als jemand, der selber schon über zweitausend Unterschriften gesammelt hat, weiss ich, dass die meisten, die unterschreiben, nicht an einer Eins-zu-eins-Umsetzung interessiert



sind, sondern daran, dass sich Bern aktiv mit dem Thema beschäftigt.

In diesem Sinne ist es unser Job, genau auszuloten, was wie machbar ist. Transparenz ist dabei eines der zentralen Anliegen, das in einer globalisierten Welt, in der es eben kein "irgendwo" mehr gibt, von eminenter Bedeutung ist. Aber zu viele hier im Saal betrachten dieses Thema und die Anliegen immer noch mit der Erfahrung der letzten dreissig Jahre. Viel Spass! Wenn Sie als Firma dieses Konzept heutzutage noch fahren, werden Sie verlieren. Wenn Sie hier als Politiker dieses Konzept noch fahren, werden Sie verlieren. Wer weitsichtig und vorausschauend politisiert, ist bereit, den Wandel zu antizipieren, auch wenn es unangenehm ist.

Und falls Sie das Gefühl haben, dass die Zahl der Initiativen zunimmt, und Sie das stört, so gibt es eine einfache Gegenmassnahme: Wir nehmen diese Themen als Volksvertreter proaktiv auf, bevor sie uns von der Bevölkerung aufs Auge gedrückt werden. Okay, wir könnten auch die

AB 2020 N 319 / BO 2020 N 319

demokratischen Rechte unserer Bevölkerung einschränken, aber das ist nicht mein Stil; nein danke. Ich persönlich begrüsse die neuen Möglichkeiten, die das Internet unserer Bevölkerung bietet. Dank diesen kann sie uns viel enger begleiten und uns einfacher Aufträge geben. Ja, sie darf uns Aufträge geben. Schliesslich ist die Bevölkerung unser Chef. Sie zahlt auch unsere Vergütungen.

Nehmen wir unseren Auftrag ernst, nehmen wir die Bevölkerung ernst, nehmen wir das Thema Waffen und Kriege ernst, und nehmen wir den Antrag auf Rückweisung an!

Quadri Lorenzo (V, TI): L'iniziativa popolare federale "per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico", che è stata depositata nel 2018 con 105 000 firme, quindi non con un grandissimo margine, viene da cerchie di sinistra vicine anche al Gruppo per una Svizzera senza esercito. Questo naturalmente indica, diciamo, da che parte pende la proposta: alla fine è il concetto stesso dell'esistenza degli eserciti che viene messo in discussione. L'intento viene poi ammantato da belle parole sulla pace nel mondo che, certo, è un obiettivo lodevole ma a cui l'iniziativa non porterebbe nessun contributo concreto.

Oggi noi non siamo in guerra, però l'emergenza Coronavirus, appena al di fuori dei nostri confini, in Lombardia, ci mostra degli scenari che sono molto simili a quelli che si vedono in caso di conflitto armato, nel senso che gli ospedali non hanno sufficienti posti ed infrastrutture per curare tutti i pazienti, al punto che occorre scegliere chi curare e chi no in base alle speranze di vita. E il sistema sanitario della Lombardia non è da terzo mondo, anzi, è uno dei migliori d'Europa. Ripeto, questo succede a pochi chilometri da noi, ed avanti così, anche la Svizzera potrebbe trovarsi in una situazione simile – se non si fa nulla è solo una questione di tempo e anche di poco tempo.

Anche sempre più medici dicono che per limitare il contagio da Coronavirus occorre chiudere le frontiere con l'Italia. Bisogna quindi lasciar entrare solo quei frontalieri che sono necessari al funzionamento del sistema sanitario ticinese e gli altri restano fuori. Se però si volesse attuare questo provvedimento, che personalmente reputo necessario, allora bisognerà ricorrere anche all'esercito – e qui torniamo al punto: serve un esercito che sia pronto, istruito ed adeguato. Questo esempio, che purtroppo è di stretta attualità, dimostra dunque che l'esercito e anche tutto quello che ci ruota attorno non sono giocattoli per guerrafondai ma sono necessità concrete di ogni paese. Non serve un conflitto armato per giustificare un esercito.

Già solo questo motivo è sufficiente per votare no a questa iniziativa. Si tratta di un'iniziativa che col pretesto di opporsi al finanziamento del materiale bellico – e questo è un concetto facile da fare passare nell'opinione pubblica – vuole in realtà attaccare gli eserciti in generale.

Entrando più nello specifico dell'iniziativa, essa chiede di vietare alla Banca nazionale svizzera, alle fondazioni e agli istituti della previdenza statale e professionale di finanziare i produttori di materiale bellico e prevede che la Confederazione si adoperi a livello nazionale ed internazionale affinché alle banche ed alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe.

Le nozioni di produttori di materiale bellico e di tipi di finanziamento che propone di vietare sono però definiti in maniera così larga che l'attuazione comporterebbe elevate restrizioni e conseguenze finanziarie negative. Gli istituti della previdenza statale e professionale, quindi le casse di pensione e Compenswiss, dovrebbero rinunciare alla loro strategia di investimento in fondi ben diversificati, che già comunque tiene in considerazione principi etici. Quindi, questo vuol dire che l'iniziativa alla fine andrebbe a nuocere alle rendite dell'AVS ed a quelle pensionistiche – ecco, non mi pare un grande affare.

La Svizzera è già molto attiva nella promozione della pace. Dunque, irritano anche queste iniziative di sinistra miranti a far credere che non si faccia mai abbastanza. La Svizzera sul piano internazionale fa già fin troppo. Sarebbe semmai ora che cominciasse a concentrare gli sforzi e le risorse sulle esigenze dei propri cittadini.



L'iniziativa porterebbe dei contraccolpi economici anche all'AVS e alle casse pensioni, senza portare a risultati concreti, perché nessun paese e nessuna organizzazione sovranazionale seguono criteri come quelli che vengono proposti. La Svizzera si troverebbe ancora una volta a fare la prima della classe, e tutto ciò a proprio danno. Io penso che sia ora di finirla con questo "Swiss finish", e non solo in campo di materiale bellico ma in tutti gli ambiti, dal clima alla piazza finanziaria.

Invito quindi a raccomandare di respingere questa iniziativa.

Studer Lilian (M-CEB, AG): Wollen wir eine glaubwürdige Sicherheits- und Aussenpolitik? Was verstehen wir unter "Neutralität der Schweiz"? Leisten wir einen konsequenten Beitrag zu einer friedlichen Welt? Das sind Fragen, die wir uns – ob wir wollen oder nicht – aufgrund der heute zu behandelnden Initiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" stellen müssen.

Wenn wir uns die Haltung des Bundesrates und der Mehrheit der vorberatenden Kommission vor Augen führen, dann ist, zusammengefasst, Folgendes herauszulesen: Die Initiative sei wirkungslos, nicht umsetzbar, schädlich und nicht zielführend. Auf meine eingangs genannten Fragen erhält man keine wirkliche Antwort. Dies stimmt uns als EVP nachdenklich. Uns scheint, dass diese Art der Behandlung von US-Präsident Trump beeinflusst worden ist: "Switzerland first", lautet die Devise.

Das viele Gute, das die Schweiz global und insbesondere friedensfördernd leistet, stellen wir als EVP keineswegs in Abrede; im Gegenteil, dafür sind wir enorm dankbar. Umso wichtiger finden wir es aber auch, konsequent zu bleiben, und konsequent ist man mit einer blossen Empfehlung zur Ablehnung dieser Initiative nicht.

Der wirtschaftliche und finanzielle Druck ist offensichtlich grösser. Auch bei einem Mitspracherecht über die Investitionen der Schweizerischen Nationalbank, der beruflichen und staatlichen Vorsorgeeinrichtungen oder der Schweizer Finanz- und Werkplatzinstitutionen möchte man sich zurückhalten. Die Investitionen in Rüstungskonzerne bilden einen hohen Anteil der Gesamtinvestitionen, das wissen wir, das kann man nicht in Abrede stellen. Wir meinen, dass solche Investitionen verständlich und richtig sind, wenn sie für den Ausbau der eigenen Landesverteidigung, die uns ein Anliegen ist, getätigt werden. Zur Glaubwürdigkeit gehört für uns aber auch, das Geld ethisch korrekt zu investieren und bei Kriegsmaterialproduktion und -ausfuhr verantwortlich zu handeln.

Zur Schlussfolgerung: Das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen ist auszubauen und zu stärken. Die Transparenz muss erhöht werden. Somit unterstützen wir Ratsmitglieder der EVP die Minderheit, die durch eine Rückweisung an die Kommission einen indirekten Gegenvorschlag ausarbeiten will. Sollte der Rat die Rückweisung nicht beschliessen, werden wir die Initiative zur Annahme empfehlen. Schlussendlich sind wir davon überzeugt, dass sich unser Anliegen bei einer Annahme der Initiative in der Ausführungsgesetzgebung sinnvoll umsetzen lässt.

Strupler Manuel (V, TG): Kein Schweizer Geld für Kriege in dieser Welt! Dies versprechen uns die Initianten. Das tönt eigentlich gut. Es heisst auch: kein Geld für eine Industrie, welche mit ihren Produkten auch Frieden auf der Welt sichert. Das sagen sie aber nicht. Der ganz grosse Teil der Waffen wird nicht dazu benötigt, Sicherheit und Stabilität zu destruieren, sondern zu garantieren und die eigene Bevölkerung in aller Herren Länder zu schützen. Es wird also mit ihnen nicht aktiv Krieg geführt.

Wollen die Initianten wirklich nicht, dass die UNO-Blauhelme, z. B. unsere Kfor-Truppen in Kosovo, weiterhin gutes Material für den eigenen Schutz und denjenigen der Bevölkerung vor Ort zur Verfügung haben? Also, ich bin froh, dass unsere Leute bei ihren humanitären Einsätzen geschützt werden und gutes Material zur Verfügung haben. Oder wurde Europa vor 75 Jahren nicht auch militärisch befriedet und von einem Tyrannen befreit? Dies wäre alles ohne Kriegsmaterial – leider! – nicht möglich gewesen.

AB 2020 N 320 / BO 2020 N 320

Zudem möchte ich ganz klar darauf hinweisen, dass viel Spitzentechnologie von Firmen entwickelt und produziert wird, welche in beiden Bereichen, nämlich im zivilen und im militärischen Bereich, aktiv sind. Für viele dieser Firmen lässt sich das eine vom anderen kaum trennen. Gemäss Initianten wäre aber hier eine Finanzierung nicht mehr möglich. Dass die Firmen darauf verzichten würden, Kriegsmaterial oder Teile davon herzustellen, würde bedeuten, auf einen grossen Teil der Spitzentechnologie und auch der Entwicklung in der Schweiz zu verzichten. Wollen wir das wirklich?

Zudem betrifft die Initiative nicht einfach die Kriegsmaterialhersteller, nein, sie betrifft auch viele kleine Zulieferer. So hat zum Beispiel die Firma Mowag in Kreuzlingen über tausend grössere und kleinere Lieferanten. Die Initiative trifft also unsere KMU, die wir alle immer hoch loben, und deren Arbeitsplätze, also genau das



Rückgrat unserer Schweiz. Müssten nämlich die Firmen wegen der neuen Finanzierungsregeln den militärischen Bereich aufgeben, könnte das bei vielen dieser Zulieferer zu Existenzproblemen führen. Wenn dann Arbeitsplätze verloren gehen, werden genau jene Kreise, welche diese Initiative unterstützen, dann laut rufen und die Unternehmen in die Pflicht nehmen wollen.

Wie möchten Sie zudem den Umsatzanteil von fünf Prozent prüfen? Gerade bei kleinen Firmen ist dieser sehr schwankend. Das heisst, man müsste jedes Jahr neu abklären, ob man in eine Firma investieren darf oder nicht. So wäre es in der Schweiz nicht mehr möglich, die eigene Industrie genügend zu finanzieren.

Die Initiative wäre auch sehr schwer durchsetzbar, und ihre Umsetzung wäre schwierig kontrollierbar. Sie würde, wie schon erwähnt, die KMU in der Schweiz unnötig schwächen. Noch schlimmer, und das finde ich ganz bedenklich: Sie würde uns vom Ausland und seiner Technologie noch abhängiger machen. Wohin diese Abhängigkeit führen kann, merken wir zurzeit mit dem Coronavirus, wo uns Deutschland eigentlich für uns bestimmte Schutzausrüstung nicht mehr liefern möchte.

Stehen wir also zu einer starken inländischen Rüstungs- und Sicherheitsindustrie! Denn diese Bereiche gibt es nur zusammen. Damit stehen wir auch für eine unabhängige und einsatzbereite Schweizer Polizei und Schweizer Armee mit einer guten und modernen Ausrüstung ein, wie sie jetzt auch wieder zur Bekämpfung des Coronavirus parteiübergreifend gefordert werden. Dazu brauchen wir aber die Spitzentechnologie, die Produktion und die Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz.

Werfen wir also diesen Bereichen mit der Initiative nicht zusätzliche Knebel zwischen die Beine, und empfehlen wir sie zur Ablehnung, wie auch der Gegenvorschlag klar abzulehnen ist.

*Die Beratung dieses Geschäftes wird unterbrochen
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 17.45 Uhr
La séance est levée à 17 h 45*

AB 2020 N 321 / BO 2020 N 321



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Fortsetzung – Suite

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le but de l'initiative est clair: interdire le financement des producteurs de matériel de guerre dans le monde. Qu'y a-t-il de prévu pour remplir cette mission?

Cette initiative prévoit une interdiction de financement pour la Banque nationale suisse, les fondations, les institutions de prévoyance publiques et professionnelles. De plus, la Confédération doit s'engager sur les plans national et international en faveur de conditions analogues applicables aux banques et aux assurances.

Si on prend l'aspect du financement, cela va de l'octroi de prêts à la détention d'actions, de fonds, en passant par des investissements dans des produits financiers structurés contenant des actions de producteurs de matériel de guerre. C'est extrêmement important d'être très précis. J'estime qu'il est nécessaire de vraiment rappeler le cadre avant que vous preniez votre décision.

Concernant les producteurs de matériel de guerre, ce sont les entreprises qui effectuent plus de cinq pour cent de leur chiffre d'affaires annuel avec la production de matériel de guerre.

Quelle appréciation faut-il faire de cette initiative? Concernant l'interdiction de financement, elle existe déjà. Je rappelle tout d'abord que dans notre législation actuelle, il y a une interdiction aux articles 8b et 8c de la loi sur le matériel de guerre. L'article 8b mentionne: "Il est interdit de financer directement le développement, la fabrication ou l'acquisition de matériels de guerre prohibés." Sous "matériels de guerre", il faut comprendre les armes biologiques, chimiques, nucléaires, les mines antipersonnel et les armes à sous-munitions.

Dans ce contexte, j'aimerais souligner que les affirmations du rapport "Don't Bank on the Bomb" ne permettent pas de tirer la conclusion que l'interdiction de financement prévue aux articles 8b et 8c de la loi sur le matériel de guerre ne fonctionne pas. Le rapport présente tout investissement dans un conglomérat, par exemple Boeing, Airbus, comme un investissement dans la production d'armes nucléaires.

Le rapport ne tient pas compte du fait que les entreprises en question fabriquent également des produits civils, par exemple des avions commerciaux dans ce cas précis, à grande échelle.

Pour cette raison, il est faux d'arguer que l'interdiction de financement qui existe actuellement dans la loi sur le matériel de guerre est trop faible. L'interdiction de financement existante n'a précisément pas pour but d'interdire sans discernement tout investissement dans un conglomérat tel Airbus. En cas d'acceptation de l'initiative, cela signifierait que la branche civile de ces sociétés ne serait plus financée depuis la Suisse. Le Conseil fédéral et le Parlement ont déjà discuté de cet aspect de la question, la dernière fois en 2016, dans le cadre du traitement de la motion 14.3253. Là aussi, à l'époque, il a été décidé de s'en tenir à la solution existante, parce que l'interdiction de financement dans la loi sur le matériel de guerre atteint son but.

Deuxièmement, l'initiative serait nuisible. La Banque nationale suisse, les fondations, les caisses de pension et les fonds de compensation AVS/AI/APG devraient garantir qu'ils n'investissent pas dans des fonds comportant





des participations dans des entreprises produisant du matériel de guerre. Il faut prendre en compte le fait que, à part les producteurs de matériel de guerre typiques, comme Lockheed Martin, Thales ou Ruag, il existe aussi des entreprises qui sont moins connues pour la production de matériel de guerre, comme Airbus, Rolls-Royce, ainsi que des PME suisses comme Mecaplex AG, Schaublin SA ou Mb-Microtec AG, pour n'en citer que quelques-unes.

En France, par exemple, il y a plus de 4000 entreprises qui font partie de la chaîne de valeur de biens militaires, parmi lesquelles des petites et moyennes entreprises. En Suisse, deux grandes entreprises d'armement comptent déjà presque 3000 sous-traitants, qui ne sont pratiquement jamais perçus par le public comme des producteurs de matériel de guerre.

En outre, il y a probablement beaucoup d'autres PME qui sont concernées par l'initiative en raison du seuil de cinq pour cent du chiffre d'affaires.

Comme un portefeuille de placements d'ampleur mondiale peut comprendre des parts de plusieurs milliers de sociétés, il ne serait guère possible d'identifier tous les producteurs de matériel de guerre en engageant des moyens raisonnables. Cette situation serait associée à un risque considérablement accru en matière de placements. Les caisses et fonds de pension visés devraient abandonner leur stratégie actuelle de placement dans des fonds indiciels bien diversifiés et bon marché.

De plus, la charge administrative serait nettement plus élevée et cela ferait exploser les coûts. Les fonds de pension devraient investir dans des titres individuels. Or, il est extrêmement coûteux d'identifier les producteurs de matériel de guerre, mais c'est seulement par ce biais que les producteurs pourraient être exclus de manière conséquente. Et c'est extrêmement difficile, puisque la valeur seuil de cinq pour cent spécifiée par les initiants est dynamique. Qu'est-ce que cela signifie en pratique? En pratique, cela signifie qu'une petite ou moyenne entreprise qui reçoit une commande de l'industrie d'armement devient un producteur de matériel de guerre. Mais elle ne le sera peut-être plus l'année suivante.

Un manque de possibilité de diversifier les placements a pour conséquences des risques, des charges supplémentaires pour la prévoyance publique et professionnelle, laquelle – vous le savez – est déjà confrontée à d'énormes défis liés à la démographie ainsi qu'au niveau des taux d'intérêt.

Venons-en maintenant aux conséquences négatives pour le marché financier suisse. La capacité d'investir passivement dans des fonds doit être maintenue. Ils sont bon marché – je l'ai déjà dit –, ils offrent de bonnes valeurs de rendement, et, de plus, le risque de placement est ainsi largement diversifié. La Banque nationale suisse, les fondations et les caisses de pension profitent de la réglementation actuelle, et l'initiative rendrait plus coûteux et plus difficile les investissements.

L'ensemble de la place financière suisse est également concernée par cette initiative. Même si l'initiative prévoit une mise en oeuvre flexible, l'objectif d'appliquer l'interdiction demeure. Les placements dans des fonds et des produits structurés font cependant partie du coeur de métier des banques

AB 2020 N 322 / BO 2020 N 322

et des compagnies d'assurances. L'initiative demande au Conseil fédéral de formuler des conditions analogues pour les banques, ce qui pourrait les obliger à adapter leurs activités, ou à délocaliser leurs activités d'investissement à l'étranger.

Concernant les conséquences pour l'industrie suisse, elles seraient aussi négatives. En raison de la très faible limite de cinq pour cent pour la classification en tant que producteur de matériel de guerre, de nombreuses entreprises seraient également touchées en cas d'acceptation de l'initiative, par exemple celles qui ne produisent ou ne transforment que des pièces ou des assemblages individuels de matériel de guerre. Ces dernières fournissent souvent des entreprises d'armement connues comme RUAG, Rheinmetall ou Mowag, par exemple.

Selon la faïtière Swissmem, l'entreprise Mowag à Kreuzlingen, une entreprise d'armement qui produit des véhicules militaires, a une collaboration avec plus de 1900 fournisseurs et sous-traitants suisses. Dans ce contexte, et compte tenu du fait que les chaînes de valeur modernes sont extrêmement diversifiées, un nombre important d'entreprises de l'industrie MEM, et surtout des PME, est susceptible d'être touché par l'application de l'initiative.

En plus, il existe également un nombre important d'entreprises, que vous connaissez, du domaine civil, comme Glas Trösch, respectivement Mecaplex – je l'ai déjà mentionnée –, Constellium ou Franke, qui produisent également des éléments classifiés comme matériel de guerre. Ce sont par exemple des vitres ou des pièces de moteur pour des avions militaires. Ces entreprises pourraient aussi être exclues du financement par les banques suisses, puisque l'initiative charge le Conseil fédéral de formuler des conditions analogues pour tout le secteur financier. Cela aurait donc pour conséquence qu'elles devraient se procurer leur financement à des conditions moins avantageuses à l'étranger, ce qui aggraverait encore les difficultés et les problèmes du



secteur. L'interdiction – cela a été dit par plusieurs d'entre vous – aurait donc aussi des conséquences sur notre politique de sécurité.

Concernant l'indépendance de la Banque nationale suisse, là aussi plusieurs d'entre vous ont mis en garde sur le sujet. Il faut rappeler que la politique de placement de notre Banque nationale est placée sous le signe de la primauté de la politique monétaire. Les placements en actions contribuent au maintien de la valeur réelle des réserves de change; ils sont conçus dans une perspective à long terme et comme étant aussi neutres que possible.

La restriction des placements visée par l'initiative pourrait aussi constituer un précédent qui serait susceptible d'amener d'autres restrictions de financement dans d'autres secteurs; songez à l'énergie, à l'eau, aux denrées alimentaires par exemple. Par conséquent, le monde des placements serait de plus en plus limité, et c'est extrêmement délicat d'un point de vue de diversification, car avec un risque de placements limités ou restreints, vous augmentez le risque. Encore plus important: en interdisant ce type de financement, vous touchez quand même à l'indépendance de la Banque nationale suisse.

Quels seraient les effets de l'initiative? Non seulement tous les effets négatifs que je viens de vous citer sont importants et susceptibles par eux-mêmes d'inciter au rejet de cette initiative, mais les effets concrets de l'initiative seraient également nuls. Interdire de financer les producteurs de matériel de guerre à l'échelle internationale n'est tout simplement pas réaliste. La volonté d'un tel projet ne s'est manifestée ni aux Nations Unies, ni au sein des autres instances internationales. Si vous prenez certains pays, comme la Suède, ou des pays voisins, comme l'Allemagne ou la France, qui ont aussi des secteurs d'armement importants, aucun de ces Etats ne s'est avancé sur cette question. Par ailleurs, imposer une interdiction de financer en Suisse n'aurait aucun impact sur l'offre et la demande de matériel de guerre dans le monde, vu l'influence extrêmement restreinte de notre pays.

En conclusion, les objectifs de l'initiative sont déjà ceux de la Suisse, notamment la promotion de la paix, la lutte contre les causes des migrations forcées, etc. Pour cela, notre pays s'engage déjà dans la promotion de la paix par le biais de notre politique de médiation, de notre politique de bons offices. Il y a des contrôles extrêmement stricts à l'exportation, ce qui signifie que les conflits ne sont au moins pas menés avec des armes suisses. L'initiative, pour les points principaux suivants, doit être rejetée.

Premièrement, l'interdiction de financement – j'ai développé ce point au début de mon intervention –, est un objectif qui est déjà rempli. Toute personne qui promeut délibérément un programme d'armement nucléaire, biologique, chimique ainsi que des mines antipersonnel et des armes à sous-munitions avec des investissements directs est punie.

Deuxièmement, la Suisse devrait supporter des conséquences économiques négatives: j'ai parlé de la prévoyance publique, des caisses de pension, de la Banque nationale, mais aussi de l'industrie et de la place financière. Or, je viens de vous le dire, les effets positifs concrets seraient nuls.

Permettez-moi, avant de terminer, de donner quelques réponses globales à différentes questions qui sont ressorties de la discussion d'hier. On peut se demander quelles sont les différences par rapport à l'interdiction de financement déjà existante. L'interdiction existante, elle se trouve aux articles 8b et 8c de la loi fédérale sur le matériel de guerre. Je le répète, c'est important, puisqu'il y a une nuance: la loi interdit de financer "le développement, la fabrication ou l'acquisition de matériels de guerre prohibés" en Suisse. Sont visées les armes ABC – atomiques, biologiques et chimiques –, les mines antipersonnel et les armes à sous-munitions. La loi interdit aussi bien le financement direct que le financement indirect du développement, de la fabrication et de l'acquisition de ces armes. Quand on parle de financement direct, il s'agit de l'octroi direct de crédits, de prêts, de dons et d'avantages financiers comparables, afin de payer ou d'avancer des frais et dépenses. Le financement indirect est aussi interdit actuellement s'il vise à contourner l'interdiction du financement direct. Qu'entend-on par "financement indirect"? On entend la participation dans des sociétés qui développent, produisent ou acquièrent du matériel de guerre interdit, ainsi que l'achat d'obligations ou de produits de placement émis par ces sociétés.

La présente initiative vise deux choses: interdire le financement direct et indirect de façon égale. Mais elle englobe également le matériel de guerre non interdit, ce qu'on appelle les armes conventionnelles. C'est-à-dire qu'elle vise aussi les producteurs légaux de matériel de guerre. De ce fait, le champ d'application propre à l'initiative est beaucoup plus vaste que l'interdiction existante, d'où ses conséquences beaucoup plus importantes.

A titre d'information, le SECO s'est basé sur l'édition 2015 du rapport intitulé "Don't Bank on the Bomb: A Global Report on the Financing of Nuclear Weapons Producers" pour examiner la mise en oeuvre de l'interdiction de financement. Il a ainsi contrôlé toutes les banques et toutes les succursales bancaires suisses citées dans le rapport, sur la base d'un programme élaboré avec l'aide d'experts indépendants. Le contrôle s'est terminé en



2018 et il a révélé que toutes les banques auditées disposent de règles de conformité efficaces, qui contribuent à garantir le respect des interdictions de financement telles qu'elles sont prévues aux articles 8b et 8c de la loi fédérale sur le matériel de guerre. Les infractions aux interdictions de financement citées dans ces articles de loi – il faut le rappeler – sont passibles d'une peine privative de liberté ou d'une peine pécuniaire, conformément à l'article 35b de la loi sur le matériel de guerre. Aucune procédure pénale n'a été enregistrée jusqu'ici en relation avec cet article de loi.

La deuxième question qu'on peut se poser, et que certains se sont posée, est que si de nombreux fonds de pension excluent déjà l'armement, la mise en oeuvre ne devrait-elle pas être possible après tout? C'est juste, Mesdames et Messieurs, de nombreux fonds de pension n'investissent plus, aujourd'hui, dans les producteurs de matériel de guerre prohibé, comme les armes à sous-munitions ou les mines antipersonnel. Mais ces producteurs peuvent être facilement identifiés et exclus, car il existe de nombreux fournisseurs qui tiennent des listes précises de ce type d'entreprises. Cependant, il

AB 2020 N 323 / BO 2020 N 323

n'est pas possible d'identifier tous les producteurs de matériel de guerre, car il n'existe pas de telle liste. A cause du seuil de cinq pour cent prévu par l'initiative, de telles listes sont pratiquement infaisables.

Un point important: ces exclusions sont volontaires et sont décidées par les entreprises elles-mêmes. Une interdiction constitutionnelle constituerait tout de même une atteinte majeure à la liberté financière. On voit que, souvent, du côté des initiants, on fait un amalgame entre les investissements dans du matériel de guerre prohibé et non prohibé.

Hier, le cas du fonds d'Etat norvégien a été cité. Ce fonds a déterminé une liste de 170 entreprises interdites de financement. Dans ce cas, c'est beaucoup plus simple: une liste a été établie, indiquant ce qui est interdit. C'est totalement différent d'un seuil de cinq pour cent ayant pour conséquence qu'une petite PME, par exemple pendant l'année 2020, parce qu'elle a fourni une pièce de rechange, est déterminée comme productrice de matériel de guerre, mais plus l'année d'après. C'est pratiquement impossible de faire les contrôles.

Pour toutes ces raisons, le Conseil fédéral vous invite à recommander le rejet de l'initiative sans y opposer de contre-projet.

Schlatter Marionna (G, ZH): Geschätzter Herr Bundesrat, ich habe eine Frage. Sie haben gesagt, das heutige Kriegsmaterialgesetz funktioniere, es gebe keine direkten oder indirekten Investitionen in Kriegsmaterial. Meine Frage ist: Können Sie hier garantieren, dass heute von der Nationalbank, von den Vorsorgeinstitutionen und den Pensionskassen keinerlei Geld in verbotene Waffen wie Atombomben oder Antipersonenminen investiert wird?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Merci pour la question, Madame Schlatter. Je l'ai dit clairement dans la dernière partie de mon intervention, les listes des fournisseurs de matériel interdit – mines antipersonnel, armes à sous-munitions – existent et sont connues. L'analyse qui a été faite par le SECO montre bien que tout le secteur financier – et je pars du principe que c'est la même chose pour la Banque nationale – respecte ces listes, puisque, aujourd'hui, l'article 35 de la loi fédérale sur le matériel de guerre punit le fait que de telles entreprises contournent ces interdictions. A ce jour, il n'y a aucune procédure en cours.

Fivaz Fabien (G, NE): Monsieur le conseiller fédéral, je vous remercie pour votre prise de parole. Je vous pose une question dans le prolongement de celle de ma collègue. Vous avez indiqué que les banques ne finançaient pas le matériel de guerre prohibé, typiquement les armes nucléaires. Cela signifie-t-il alors qu'une banque qui investit, par exemple, dans Lockheed Martin ou General Dynamics, a un accord avec ces entreprises pour empêcher que le milliard qu'elle investit dans ces entreprises aille, en partie en tout cas, au financement de l'armement nucléaire?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: La question se pose ainsi: les conglomérats comme Airbus ou Boeing ont tous des secteurs d'activité civils, et si vous appliquiez strictement l'initiative, il est clair qu'on ne pourrait plus investir dans ces secteurs, car je pars du principe qu'il ne serait pas possible de contrôler le dernier investissement jusqu'au bout. C'est comme si vous demandiez à une PME qui fabrique une tôle d'avion de vérifier si le marteau qui tape la tôle est utilisé pour un avion civil ou militaire. C'est impossible à déterminer en pratique. Et si vous poussez le raisonnement plus loin: est-ce que cet avion a des usages uniquement traditionnels ou pas?

Donc, le système est ainsi fait que si l'initiative était acceptée et était appliquée, les investissements ne pourraient plus être faits dans la partie civile du conglomérat, parce qu'une autre partie du conglomérat est claire-



ment active dans le secteur militaire.

Ryser Franziska (G, SG): Herr Bundesrat, Sie haben ausgeführt, dass eine Einschränkung der Anlagemöglichkeiten für die Nationalbank ein Präzedenzfall wäre und weitere Begehrlichkeiten wecken könnte. Ist es nicht so, dass die Nationalbank bereits heute ethische Standards anwendet, um gewisse Unternehmen aus ihren Anlagestrategien auszuschliessen?

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Madame la conseillère nationale Ryser, oui, et c'est la volonté même de la Banque nationale de choisir certains secteurs. C'est une politique librement consentie, qui n'est imposée par personne. D'ailleurs, cela ne concerne pas seulement la Banque nationale. Le fonds de compensation AVS et Publica aussi déterminent des secteurs dont ils estiment – de leur point de vue, éthiquement – qu'il ne faut pas continuer à les soutenir. Mais c'est leur propre décision, ce n'est pas imposé unilatéralement.

Cattaneo Rocco (RL, TI), per la commissione: Cercherò di essere sintetico e inizio con gli obiettivi che intende raggiungere questa iniziativa: combattere le cause che spingono le persone alla fuga dal loro paese, promuovere la pace nel mondo, tutelare la neutralità e mantenere le condizioni che permettono di avere una politica estera e di sicurezza credibile. Ma questi obiettivi sono esattamente i nostri obiettivi, sono gli obiettivi della Svizzera e della sua politica estera che porta avanti da molti anni.

Quindi, qui non c'è proprio nulla di nuovo, anche perché in questo ambito già si sta facendo molto: pensiamo alla legge federale sul materiale bellico che vieta il finanziamento diretto ed indiretto ai fabbricanti che costruiscono materiale bellico proibito; pensiamo anche all'esportazione di materiale bellico in Svizzera, abbiamo una politica molto restrittiva riguardo all'esportazione di materiale bellico, oserei dire la più restrittiva a livello europeo e una tra le più restrittive a livello mondiale; pensiamo alla nostra politica estera dove strategicamente – questa è una decisione recente del Consiglio federale – è stato messo molto in alto l'obiettivo della promozione della pace nel mondo; infine pensiamo a quello che abbiamo sentito proprio in seguito all'ultima domanda al nostro consigliere federale, ossia che già oggi gli istituti finanziari, la Banca nazionale, il fondo di compensazione dell'AVS/AI/IPG, e anche molte casse pensione utilizzano dei criteri di scelta nella politica dei loro investimenti in titoli, prendono in considerazione aspetti etici, morali, sociali e pure ambientali, e questa è una tendenza che si intensificherà nei prossimi anni.

Veniamo alle misure proposte. Le misure che l'iniziativa popolare vuole implementare a livello di Costituzione sono problematiche: vietare il finanziamento dei produttori di materiale bellico, definendo una soglia del 5 per cento della loro cifra d'affari annua, ecco che questo è un criterio arbitrario che metterebbe fuori gioco tante imprese. Visto che è un criterio dinamico, per un'azienda sarebbe anche difficile ogni anno controllare e capire se è sopra o al di sotto di questa soglia. Questo implicherebbe anche un lavoro di informazione burocratico impressionante.

Le misure che l'iniziativa vuole implementare nella Costituzione possono essere molto dannosi anche e soprattutto per l'autonomia della Banca nazionale la quale, come sappiamo, ha una missione importante, quella della politica monetaria nazionale. Quindi, imporre alla Banca nazionale a livello costituzionale come deve investire e cosa non può fare penso che sia molto discutibile e pericoloso.

Le misure previste dall'iniziativa sono anche dannose per l'industria, specialmente l'industria nella tecnologia della sicurezza e della difesa che è sempre più sofisticata e attorno alla quale ruota un mondo di piccole e medie imprese – l'abbiamo sentito a più riprese. In Svizzera ci sono posti di lavoro di alta qualità e c'è anche un lavoro che si fa in sintonia con le nostre accademie. Tutto questo mondo soffrirebbe se non potesse attingere a sufficienti mezzi finanziari.

Da ultimo c'è anche un aspetto della sicurezza nazionale, perché il nostro esercito, se vuole adempiere alle proprie missioni di difesa della popolazione e del territorio svizzero, deve anche poter avere a disposizione un'industria di materiale di difesa e di sicurezza performante che sta al passo coi tempi.

Infine, come l'abbiamo anche visto da una prima idea di controprogetto presentata in commissione, tradurre i

AB 2020 N 324 / BO 2020 N 324

principi dell'iniziativa popolare, una volta implementati nella Costituzione, in leggi federali e poi in ordinanze – si andrebbero a toccare almeno quattro leggi federali – non sarebbe cosa da poco; immaginate cosa potrebbe succedere soprattutto a livello di ordinanza. L'implementazione di questa iniziativa causerebbe un mostro burocratico indescrivibile, e tutto ciò per andare a raggiungere degli obiettivi che già oggi sono molto considerati dalla nostra politica federale. Si creerebbe una burocrazia infinita per lo Stato ma soprattutto anche per le aziende e anche per chi gestisce portafogli e titoli.



Questi sono i motivi per i quali la Commissione della politica di sicurezza ha deciso di opporsi a questa iniziativa popolare, con 17 voti contro 8, e anche di respingere l'idea di un controprogetto, quindi l'idea concretizzata nella proposta di minoranza Graf-Litscher che vuole rinviare l'oggetto alla Commissione della politica di sicurezza per elaborare un controprogetto; una proposta in tal senso è stata rifiutata dalla commissione con 15 voti contro 10.

Vi prego dunque di seguire la maggioranza della Commissione della politica di sicurezza.

Wettstein Felix (G, SO): Herr Kollege Cattaneo, Sie haben jetzt im ersten Teil Ihrer Ausführungen sehr betont, wie die verschiedenen Firmen, aber auch die Nationalbank hohe Standards einhalten und eben darauf schauen, dass nicht in Kriegsmaterial investiert wird. Im zweiten Teil Ihrer Ausführungen haben Sie dargelegt, wie verheerend es für gewisse Branchen oder Firmen sein könnte, wenn die Initiative angenommen würde. Wenn doch die Betroffenen bereits das Nötige tun, wie erklären Sie sich dann diesen Widerspruch, oder wie lösen Sie diesen Widerspruch auf?

Cattaneo Rocco (RL, TI), für die Kommission: Es ist kein Widerspruch. In der Kommission haben wir Vertreter der Nationalbank und auch der Pensionskassen angehört. Heutzutage, und das ist eine Tendenz, werden immer mehr solche Prinzipien angewandt. Es braucht keine Verfassungsbestimmung, um das zu regeln. Die Wirtschaft regelt sich selbst.

Hurter Thomas (V, SH), für die Kommission: Ich versuche, ein paar Punkte, die gestern hier im Saal diskutiert wurden, noch einmal aufzunehmen.

Zuerst einmal: Was bewirkt diese Initiative? Diese Initiative bewirkt faktisch ein Investitionsverbot, und zwar nicht in Firmen, die vor allem Kriegsmaterial produzieren, sondern in Firmen für Gegenstände des täglichen Lebens. Navigationsgeräte, optische Geräte, Haushaltsgeräte, Werkzeugmaschinen usw.: In alle entsprechenden Firmen darf nicht mehr investiert werden. Es geht also nicht um ein paar hundert Firmen, wie in diesem Norwegian Pension Fund, welcher 167 Firmen enthält, sondern es geht um mehrere tausend Firmen in der Schweiz.

Zweitens: Gestern haben vor allem Sie auf der linken Ratsseite immer über Atomwaffen und Nuklearwaffen gesprochen. Sie haben über Kriege gesprochen. Wir haben eine entsprechende Gesetzgebung. Wir haben ein Verbot von ABC-Waffen, wir haben ein Antipersonenminen-Verbot, und wir haben ein Streumunitionsverbot. Wir haben sogar den UNO-Vertrag Arms Trade Treaty ratifiziert, der den Handel mit konventionellen Waffen regelt. Die Schweiz ist also tatsächlich kein Schurkenstaat. Sie haben das teilweise gestern aber so dargestellt, vor allem auf der linken Seite des Saales. Sie haben auch mit Kriegen argumentiert. Es geht hier gar nicht um diese Kriege. Sie können den Krieg in Syrien mit dieser Volksinitiative nicht beenden. Da geben Sie etwas vor, was Sie nicht erreichen können.

Pensionskassen und Nationalbank: Hier haben Sie gesagt, Hunderte von Millionen Franken würden von diesen Organisationen in Kriegsmaterial investiert. Schauen Sie doch einmal, worin investiert wird! Dann stellen Sie fest, dass z. B. die Nationalbank in Airbus oder Boeing investiert und Sie, vor allem auf der linken Seite, das Geld zu hundert Prozent dem Kriegsmaterialexport anrechnen. Das können Sie weiss Gott nicht tun, das ist ein Mischkonzern. Das wissen Sie ganz genau. Also, hier muss man schon etwas sauber bleiben.

Ich komme zum Schluss: Diese Initiative ist gefährlich für unser Land. Sie gefährdet unseren Standort, sie gefährdet unsere KMU. Sie hat vor allem auch keinen Einfluss auf den Weltfrieden, und sie missbraucht die Unabhängigkeit der Nationalbank; das wurde schon erwähnt.

Wie gesagt – ich glaube, das ist das Wichtigste –, die Schweiz hat eine genügende Gesetzgebung, die immer wieder angepasst wird; ich habe jetzt gerade diesen UNO-Vertrag erwähnt. Die Schweiz macht ihre Hausaufgaben, ist in Europa sogar vorbildlich. Deshalb ist es nicht korrekt, wenn man die Schweiz so negativ hinstellt, wie das gestern teilweise gemacht worden ist.

Wie gesagt, ich bitte Sie, die Initiative abzulehnen – die Kommission hat das mit 17 zu 8 Stimmen getan – und den Rückweisungsantrag ebenfalls, wie es die Kommission mit 15 zu 10 Stimmen getan hat.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Nous votons sur la proposition de renvoi de la minorité Graf-Litscher.


Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.038/20218)

Für den Antrag der Minderheit ... 87 Stimmen

Dagegen ... 105 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre"
Detailberatung – Discussion par article
Titel und Ingress, Art. 1
Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1
Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté
Art. 2
Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2
Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Fivaz Fabien, Fridez, Graf-Litscher, Marti Min Li, Porchet, Schlatter, Seiler Graf, Widmer Céline)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.038/20215)

Für den Antrag der Mehrheit ... 120 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 71 Stimmen

(2 Enthaltungen)

La présidente (Moret Isabelle, présidente): Il n'y a pas de vote sur l'ensemble étant donné que l'entrée en matière est acquise de plein droit.

AB 2020 N 325 / BO 2020 N 325





19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Minderheit

(Jositsch, Vara, Zopfi)

Rückweisung der Vorlage an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages mit den folgenden Eckwerten auszuarbeiten: Das Verbot der indirekten Finanzierung verbotener Waffen gemäss Artikel 8c Absatz 1 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial soll folgendermassen ausgeweitet werden: Die indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenen Kriegsmaterial ist verboten.

Proposition de la minorité

(Jositsch, Vara, Zopfi)

Renvoyer le projet à la commission

avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative. Celui-ci contient les éléments suivants: l'interdiction du financement indirect des armes prohibées visée à l'article 8c alinéa 1 de la loi fédérale sur le matériel de guerre doit être étendue comme suit: Il est interdit de financer indirectement le développement, la fabrication ou l'acquisition de matériels de guerre prohibés.

Burkart Thierry (RL, AG), für die Kommission: Ihre Sicherheitspolitische Kommission hat am 30. April dieses Jahres die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" beraten. Die Initiative wurde am 21. Juni 2018 mit 104 612 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat hat die Vorlage am 14. Juni 2019 verabschiedet. Er stellt der Initiative keinen Gegenvorschlag gegenüber und lehnt sie ab. Ihre Kommission ist mit 10 zu 1 Stimmen bei 2 Enthaltungen dem Antrag des Bundesrates gefolgt. Sie tat es entsprechend auch dem Erstrat gleich. Der Nationalrat hat nämlich die Initiative mit 120 zu 71 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Was will die Initiative? Die Initiative will die Finanzierung von Kriegsmaterialherstellern weltweit verbieten. Deshalb sieht sie vor, dass der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge die Finanzierung von Unternehmen untersagt wird, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Ausserdem soll sich der Bund auf nationaler und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass für Banken und Versicherungen gleiche Bedingungen gelten. Die Kommission hat sich einerseits materiell mit der Volksinitiative auseinandergesetzt, andererseits hat die SiK geprüft, ob dem Volksbegehren ein indirekter Gegenvorschlag gegenübergestellt werden sollte.





Zuerst aber zur Initiative: Die Mehrheit der Kommission empfiehlt Ihnen die Volksinitiative aus folgenden sechs Gründen zur Ablehnung:

1. Die Initiative führt nicht zu mehr Weltfrieden. So sympathisch und erstrebenswert die Absicht der Initiantinnen und Initianten, zu einer friedlichen Welt beitragen zu wollen, ist, so wirkungslos ist diese Volksinitiative aus Sicht der Kommission in dieser Hinsicht. Die Schweiz engagiert sich bereits heute in vielerlei Hinsicht für eine friedlichere Welt. Es existiert zudem bereits ein Finanzierungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen sowie für Streumunition und Antipersonenminen. Ein weltweites Finanzierungsverbot für Investitionen in die Rüstungsindustrie ist aber nicht realistisch. Weder im Rahmen der Vereinten Nationen noch in anderen internationalen Gremien besteht der Wille für ein derartiges Vorhaben. Ein Finanzierungsverbot in der Schweiz würde mangels Einfluss auf die globale Nachfrage nach Kriegsmaterial und das weltweite Angebot an solchem keine Wirkung erzielen.

2. Die Umsetzung der Initiative ist aus Sicht der Kommission kaum möglich. Mit Annahme der Initiative müssten die SNB, Stiftungen, Pensionskassen, die AHV/IV/EO und andere sicherstellen, dass sie das von ihnen verwaltete Vermögen nicht in Fonds investieren, die Beteiligungen an Unternehmen enthalten, die jährlich mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Letztlich soll dies auch für Banken und Versicherungen gelten. Da ein globales Anlageportfolio Anteile von mehreren tausend Unternehmen enthalten kann, könnte das Finanzierungsverbot kaum mit vernünftigen Mitteln umgesetzt werden. Entweder müssten die betroffenen Akteure ihre Investitionen auf spezifische Firmen beschränken, bei denen die Herstellung von Kriegsmaterial ausgeschlossen werden kann, oder jedes Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Kriegsmaterial überprüfen. Ersteres hätte wegen der ungenügenden Streuung ein stark erhöhtes Anlagerisiko zur Folge, Letzteres wäre mit einem stark erhöhten Verwaltungsaufwand und damit hohen Kosten verbunden.

3. Der unklare Begriff Kriegsmaterialproduzent sowie die willkürliche 5-Prozent-Schwelle: Gemäss Initiativtext gelten Unternehmen, die mehr als 5 Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften, als sogenannte Kriegsmaterialproduzenten. Betroffen sind damit weltweite Grossunternehmen wie die Ruag, Airbus und Boeing, aber auch KMU, die als Zulieferbetriebe fungieren und Einzelteile und Baugruppen herstellen, die in Rüstungsgütern verbaut werden. Dabei ist überdies zu bedenken, dass der Rüstungssektor sehr heterogen ist. Man kann nicht von einer eigenständigen Branche sprechen. Bei Herstellern von Rüstungsgütern handelt es sich zumeist um Mischkonzerne, die auch im Bereich ziviler Güter tätig sind. Bei der Beurteilung von Dual-Use-Gütern wird die ganze Angelegenheit erst recht nicht mehr praktikabel.

Die Definition der Schwelle mit 5 Prozent des Jahresumsatzes ist zudem aus Sicht der Kommission willkürlich gewählt. In der Praxis ist es für institutionelle Anleger kaum möglich nachzuvollziehen, wer unter diese Definition fällt und wer nicht. Viele Unternehmen, z. B. Familienbetriebe, legen ihre Zahlen ja auch gar nicht offen. Es ist zu befürchten, dass Anleger aus Übervorsicht Investitionen in KMU und in strukturierte Produkte meiden – mit schweren Folgen für die Wirtschaft. Die Durchsetzung dieses Verbots würde entweder zu einer massiven Kontrollbürokratie führen oder toter Buchstabe bleiben. Zudem müsste auch beim Kauf eines

AB 2020 S 380 / BO 2020 E 380

Aktienfonds oder börsengehandelter Derivate sichergestellt werden, dass keine Beteiligungen an Unternehmen enthalten sind, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen.

4. Die Initiative wäre schädlich für unser Vorsorgesystem. Die berufliche und staatliche Vorsorge, die, wie wir alle wissen, mit Blick auf die Demografie und das Zinsniveau vor grossen Herausforderungen steht, würde dadurch noch mehr belastet. Betroffen wären insbesondere die rund 1700 Schweizer Pensionskassen, die Anlagevermögen von etwa 820 Milliarden Franken verwalten, sowie das Anlagevermögen der AVH/IV/EO von rund 34 Milliarden Schweizerfranken. Bei den Banken, Versicherungen, Stiftungen und Pensionskassen stellt das Finanzierungsverbot darüber hinaus einen starken Eingriff in die verwalteten Privatvermögen dar, da den Bürgern international gängige Anlagemöglichkeiten für ihr Vermögen verwehrt bleiben.

5. Die Initiative schadet der Schweizer Wirtschaft. Die von der Initiative angestrebte Einschränkung von Banken, vor allem im Bereich der Vermögensverwaltung und der Kreditvergabe, würde nicht nur den Schweizer Finanzplatz, sondern auch den Industriestandort Schweiz schwächen. Vor allem den hiesigen KMU der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie würde der Zugang zu Krediten erschwert, wenn sie Teil einer Zulieferkette für Rüstungsbetriebe im In- oder Ausland sind.

6. Die Initiative gefährdet die Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank. Die Initiative stellt die Unabhängigkeit der Nationalbank infrage, weil sie deren marktschonende und marktneutrale Investitionspolitik verunmöglicht. Sie würde darüber hinaus einen Präzedenzfall für weitere Auflagen, zum Beispiel in Zusammenhang mit Tabak, Kohleenergie, Wasser, Nahrungsmittel usw., schaffen.





Ich komme noch zum Aspekt eines Gegenvorschlages: Anlässlich der Kommissionssitzung wurde ein Antrag auf einen indirekten Gegenvorschlag gestellt. Er zielte auf die Anpassung von Artikel 8c Absatz 1 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial. Diese Bestimmung lautet in ihrer aktuellen Fassung: "Die indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll." Von dieser Bestimmung sollte der letzte Satzteil, "wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll", gestrichen werden. Diese Änderung hätte zur Folge, dass die indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial absolut verboten würde und nicht "nur" dann, wenn damit die direkte Finanzierung umgangen werden soll. In der Kommission wurde dieser Antrag mit 10 zu 3 Stimmen abgelehnt, dies auch mit dem Verweis auf bei dieser Massnahme vorhandene Praktikabilitätsgründe, zumal mit der angepassten Bestimmung ein Vorsatz nachgewiesen werden müsste.

In diesem Sinn bitte ich Sie namens der deutlichen Mehrheit Ihrer vorberatenden Kommission um Ablehnung des Antrags auf einen indirekten Gegenvorschlag. Im Sinn der Beschlüsse von Bundesrat und Nationalrat bitte ich Sie zudem, Volk und Ständen die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Jositsch Daniel (S, ZH): Wie der Kommissionssprecher ausgeführt hat, will die Initiative, die wir heute beraten, ein vollständiges Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten im In- und Ausland. Sie geht damit ganz ohne Zweifel relativ weit, dies auch, wie ebenfalls vom Kommissionsberichterstatter ausgeführt, weil die Grenze bei 5 Prozent des Umsatzes liegt. Wenn ein Produzent 5 Prozent des Umsatzes mit Kriegsmaterial erwirtschaftet, dann fällt er unter diese Bestimmung. Das ist vermutlich auch der Grund, warum die Initiative im Nationalrat einen sehr schweren Stand hatte.

In Bezug auf Kriegsmaterial und Kriegsmaterialexport besteht in der Bevölkerung eine hohe Sensibilität. Ich bin auch gerne bereit, davon zu sprechen, dass in der öffentlichen Diskussion eine gewisse Doppelzüngigkeit herrscht. Auf der einen Seite will man zwar mit dem Export Geld verdienen, auf der anderen Seite ist man aber erstaunt und schockiert, wenn Kriegsmaterial, das in der Schweiz produziert worden ist, entweder im Ausland zum Einsatz kommt oder an einem falschen Ort auftaucht. Das führt auch jedes Mal zu Recht zu Polemik. Daher, glaube ich, müssen wir mit einer gewissen Konsequenz sagen, die Toleranz für Kriegsmaterialexport aus der Schweiz ist in der schweizerischen Bevölkerung nur sehr beschränkt vorhanden.

Was ich zudem auch immer wieder feststelle: Kriegsmaterialexporte lassen sich letztlich nicht kontrollieren. In dem Moment, in dem ein Rüstungsgut die Schweiz verlassen hat, ist es nicht mehr unter schweizerischer Kontrolle. Auch wenn Sie vorher vieles vertraglich abmachen, verlieren Sie letztlich die Kontrolle.

Nun, wie ist heute die Situation mit Bezug auf die Finanzierung? Der Kommissionsberichterstatter hat zu Recht gesagt: Mit Bezug auf sogenannt verbotenes Kriegsmaterial gilt immerhin ein Verbot der direkten Finanzierung. Verbotenes Kriegsmaterial sind Kernwaffen, biologische Waffen, chemische Waffen, Antipersonenminen und Streumunition. Das bedeutet: Die direkte Finanzierung von Unternehmen, die solche Güter produzieren, ist heute nach geltendem Recht gemäss Artikel 8b des Kriegsmaterialgesetzes verboten.

Die indirekte Finanzierung auch der schlimmsten Waffen, die zur Verfügung stehen, ist hingegen nach wie vor erlaubt respektive nur dann verboten, wenn eine Umgehungsabsicht nachgewiesen werden kann. Man muss daher, damit man die indirekte Finanzierung, also die Beteiligung an einer entsprechenden Unternehmung, verbieten kann, dem entsprechenden Investor nachweisen, dass er das gemacht hat, weil er die direkte Finanzierung umgehen will. Jetzt stelle ich Ihnen die Frage: Wie wollen Sie das in der Praxis beweisen? Die Antwort dazu kommt von der Praxis selbst: Es gibt keine Fälle – es gibt keine entsprechenden Verurteilungen.

Von dem her müssen Sie sagen, dass dieser sogenannte Kompromiss, wonach man gesagt hat: "Ja, die indirekte Finanzierung wird auch bestraft; sie wird einfach nur dann bestraft, wenn eine Umgehungsabsicht besteht", im Prinzip ein Papiertiger ist. Das existiert in der Praxis nicht. Deshalb macht dieser Teil, den man aus der Initiative nehmen kann, Sinn, weil es ein Schlupfloch ist, das heute benützt werden kann, um sich indirekt an der Produktion schlimmster Waffen zu beteiligen.

Wenn der Kommissionsberichterstatter indirekt sagt, das sei nicht notwendig, müssen Sie sich einfach überlegen, was das bedeutet. Nehmen wir den extremsten Fall, die Produktion von Atomwaffen: Es wäre nach geltendem Recht nur dann verboten, sich finanziell an entsprechenden Produzenten zu beteiligen, wenn bei der indirekten Finanzierung eine Umgehungsabsicht nachgewiesen werden kann. Nur dann wäre das möglich. Im Nationalrat wurde ebenfalls ein entsprechender indirekter Gegenvorschlag diskutiert. Dieser ging aber weiter. Man sah auf der einen Seite ein Verbot der indirekten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial vor, wie auch ich das hier mit meinem Antrag mache. Auf der anderen Seite wurde im Nationalrat noch eine Ausweitung der Transparenzvorschriften diskutiert.

Die Mehrheit im Nationalrat hat sich gegen den indirekten Gegenvorschlag ausgesprochen, das ist richtig. Ich



bin deshalb der Meinung, es würde immerhin schon reichen, wenn man sich wirklich auf den Kernbereich konzentrieren würde, also auf ein generelles Verbot der indirekten Finanzierung von verbotenem Kriegsmaterial. Dies würde bedeuten, dass bei diesen schlimmsten Formen von Rüstungsgütern – ich habe sie namentlich aufgezählt – eine Finanzierung sowohl direkt wie auch indirekt nicht mehr möglich wäre. Ich glaube, es gibt einen Konsens, auch in der schweizerischen Bevölkerung, dass wir uns nicht an solchen Produktionen beteiligen möchten. Die Begründung, warum das überhaupt erst ausgeführt worden ist, nämlich dass sich das in der Praxis nicht beweisen lasse, ist falsch, weil das Gegenteil ja aktuell bewiesen werden kann, wenn man die Praxis anschaut. Die Praxis kennt keine Fälle, wo die entsprechende geltende Bestimmung angewendet worden wäre. Das heisst, sie ist praktisch irrelevant oder findet faktisch überhaupt keine Anwendung. Insofern spiegelt uns das Gesetz in der heutigen Form etwas Falsches vor, nämlich dass die indirekte

AB 2020 S 381 / BO 2020 E 381

Finanzierung mindestens zu einem grossen Teil bereits verboten sei. Die Praxis kennt keine Fälle. Das heisst, das ist nicht so.

Auch wenn man den Gegenvorschlag annimmt, wird die Welt nicht fundamental anders. Es wäre auch gemäss Gegenvorschlag so, dass natürlich ein entsprechender Vorsatz bewiesen werden müsste. Man muss aber dann nicht die Motivationslage auch noch begründen oder nachweisen, denn das ist faktisch nicht möglich. Sie können ja nicht nachweisen, was eine entsprechende Person gedacht hat, als sie sich an einer Unternehmung beteiligt hat.

Zusammengefasst glaube ich, dass der Bereich der Kriegsmaterialproduktion ein sensibler Bereich ist und dass die schweizerische Öffentlichkeit diesbezüglich sensibel ist. Die Initiative geht sehr weit. Deshalb beantragt die Minderheit Jositsch einen indirekten Gegenvorschlag, der sich lediglich auf den Kernbereich beschränkt, also auf diejenigen Waffentypen, bei denen heute schon Konsens besteht, dass eine direkte Finanzierung nicht möglich ist. Dort soll lediglich das Verbot der indirekten Finanzierung so weit ausgeweitet werden, dass es wirklich greift.

Deshalb ersuche ich Sie, den Minderheitsantrag auf Rückweisung an die Kommission zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gegenvorschlages zu unterstützen.

Bauer Philippe (RL, NE): Je vous dévoile tout d'abord mes liens d'intérêts: je suis président de la Convention patronale de l'industrie horlogère et, surtout, je viens de l'Arc jurassien, région tournée vers l'industrie mécanique, en particulier vers la mécanique de précision et la microtechnique. C'est une région où on aime le travail bien fait.

Aujourd'hui dans l'Arc jurassien, sur les 50 000 collaborateurs conventionnés de l'horlogerie – voire les 56 000 ou 57 000, si l'on y ajoute les non conventionnés –, entre 35 000 et 40 000 souffrent d'une réduction de leur horaire de travail. Dans l'industrie des machines, du côté de Swissmem – qui regroupe un peu plus de 200 000 collaborateurs –, les trois quarts approximativement sont en réduction de l'horaire de travail.

On nous annonce par ailleurs une grave crise dans l'Arc jurassien qui pourrait ressembler à celle des années 1970 avec une perte d'un tiers, voire de la moitié, des places de travail. Or, l'initiative populaire et le contre-projet empêcheraient les entreprises de diversifier un peu leur champ d'activité. C'est en effet à cela qu'elle revient en définitive. Par le biais de cette initiative et du contre-projet, on dit à l'industrie mécanique, aux entreprises horlogères, aux entreprises actives dans la micromécanique qu'elles doivent renoncer à diversifier leur production, qu'elles doivent rester dans une économie circulaire où les décolleteurs de la vallée de Tavannes, où les polisseurs du Locle travaillent uniquement pour les entreprises horlogères.

Cette restriction de la diversification est de nature à augmenter encore la crise horlogère. Surtout, lorsqu'on parle de 5 pour cent du chiffre d'affaires. Pensez à ce que cela représente pour une PME qui fait environ un million de francs de chiffre d'affaires par année, c'est-à-dire à peu près 80 000 francs par mois, et qui a six ou sept collaborateurs. Cela signifie que si cette entreprise accepte une commande de plus de 4000 francs par mois – par exemple dans le cadre d'un projet de "rétrofitage" militaire, mais cela pourrait concerner aussi la réfection des véhicules Duro que nous avons acceptée, ou encore une entreprise qui produit des micromoteurs, utiles aussi, c'est vrai, au secteur de l'armement –, donc si sur les 80 000 francs, 4000 francs proviennent du secteur militaire, l'entreprise n'aura plus accès aux prêts de la Banque nationale, selon les termes de l'initiative. Je crois qu'aujourd'hui nous devons clairement dire non. Cela suffit, notre économie ne peut pas s'offrir le luxe de renoncer à ce genre de contrats. L'économie de l'Arc jurassien, l'économie de la mécanique, nos entreprises horlogères ne peuvent pas s'offrir cette absence d'accès à un certain nombre de crédits.

C'est pour cela que je vous conjure de proposer au peuple et aux cantons de refuser cette initiative et de ne pas entrer en matière sur le contre-projet.





Vara Céline (G, NE): La Suisse est-elle un pays neutre? Le Covid-19 a tout arrêté ou presque. Les guerres et les conflits armés continuent de sévir dans différentes parties du monde. Beaucoup de ces conflits se perdent dans le flot médiatique qui nous submerge et nous fait oublier les violences quotidiennes qui les accompagnent. La Suisse se dit grande négociatrice. Sa neutralité est vantée par toutes et tous. La neutralité, les montres et le chocolat, c'est ce qui définit la Suisse, du moins pour les touristes. Sauf que si on voulait être juste, on devrait ajouter un autre objet d'exportation de la Suisse, les armes de guerre. En 2019, la Suisse a exporté des armes pour une valeur de 728 millions de francs. Le chocolat, cela fait plaisir, les montres, cela sert à donner l'heure, et les armes, cela sert à tuer. Je défie quiconque d'expliquer à un enfant de trois ans ce qu'est une arme et à quoi elle sert sans ressentir tout le malaise que cela provoque. Le chocolat, c'est bien plus facile.

Et l'exportation d'armes n'est que la pointe de l'iceberg. La partie submergée, c'est le financement de l'industrie d'armement par la place financière suisse. Parce que, bien qu'elle ne soit impliquée de manière indirecte dans aucun conflit, la Suisse alimente néanmoins un bon nombre de conflits armés dans le monde. Pour que les armes puissent être utilisées dans les guerres, il faut d'abord financer leur production. La Suisse y joue malheureusement un rôle central. L'argent qui parvient à l'industrie de l'armement à travers la place financière suisse nous rend complice des entreprises qui tirent leurs profits des victimes de la guerre, de peuples entiers qui s'entretuent. On pourrait en déduire qu'elle n'a donc aucun intérêt à une résolution pacifique des conflits.

La Suisse en tant que pays neutre et Etat dépositaire des Conventions de Genève ne peut pas se permettre une telle politique de maximisation des profits aux dépens de vies humaines. Pourtant, la Suisse occupe la quatorzième place dans le classement peu recommandable des pays exportateurs d'armes. Si l'on compare les chiffres "per capita", le pays de la neutralité se place parmi les cinq plus gros exportateurs mondiaux de matériel de guerre.

En 2015 et 2016, avec un budget de 114 dollars par habitant, la Suisse se situait à une honteuse troisième place, derrière la Russie et Israël. En 2014, la Suisse a investi 798 dollars par habitant, soit environ 800 francs par habitant, dans des entreprises qui fabriquent de l'armement nucléaire! Oui, vous avez bien entendu: pour chaque homme, chaque femme et chaque enfant vivant en Suisse, 800 francs ont été investis par la Suisse dans la fabrication d'armes nucléaires. Alors, toujours neutre, la Suisse?

En plus de financer la fabrication des armes, nous finançons également la fabrication de dispositifs de contrôle et de surveillance des frontières employés pour bloquer les réfugiés qui fuient leur pays en guerre. Ainsi, c'est un autre mythe qui s'effondre: celui de la terre d'accueil helvétique. La place financière suisse contribue non seulement à alimenter les pays en guerre, mais aussi à empêcher les habitants d'en fuir.

Suite à ce désastreux constat, dont on ne peut plus détourner les yeux, les Jeunes Verts et le Groupement pour une Suisse sans armée ont lancé leur initiative "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre", qui a été déposée en été 2018, avec plus de 120 000 signatures. Selon les initiates et initiants, l'argent suisse ne doit plus être utilisé pour le financement du matériel de guerre et doit ainsi cesser d'alimenter les guerres dans le monde entier.

L'initiative a pour but d'empêcher que la Banque nationale suisse, les fondations de droit suisse et les institutions de prévoyance vieillesse investissent dans des sociétés qui fabriquent du matériel de guerre, par exemple des armes nucléaires, des blindés, des armes à petit calibre ou encore des munitions. La Suisse apportera ainsi une contribution importante à la crise migratoire en évitant aux populations de devoir fuir leur pays en guerre.

La plupart des entreprises d'armement cotées en Bourse ont leur siège principal à l'étranger. La plus grande partie de l'argent investi dans l'industrie de l'armement part ainsi à l'étranger. L'initiative a donc pour but de mettre un terme aux flux d'argent vers l'industrie de l'armement à l'étranger.

AB 2020 S 382 / BO 2020 E 382

Contrairement à sa propre industrie de l'armement, la Suisse ne peut exercer aucune influence sur la production et l'exportation de matériel de guerre issu de la production d'armes internationale. Soyons donc neutres, mais soyons-le vraiment!

Je vous invite à voter au plus près de votre conscience et à soutenir cette initiative populaire, soit à soutenir la minorité.

Parmelin Guy, conseiller fédéral: Le rapporteur a rappelé les buts de cette initiative. Je ne vais donc pas y revenir. Je ferai quelques appréciations sur le texte qui vous est soumis.

Tout d'abord, une interdiction de financement existe déjà dans la législation actuelle. L'interdiction existante se trouve aux articles 8b et 8c de la loi sur le matériel de guerre. Il est quand même important de le rappeler: la loi interdit le financement du développement, de la fabrication et de l'acquisition de matériel de guerre interdit





en Suisse. Cela a été rappelé: il s'agit des armes nucléaires, biologiques, chimiques, des mines antipersonnel et des armes à sous-munitions. La loi interdit aussi bien le financement direct que le financement indirect du développement, de la fabrication et de l'acquisition de ce matériel. Quand on parle de financement direct, il s'agit de l'octroi direct de crédits, de prêts, de dons, d'avantages financiers comparables, afin de payer ou d'avancer des frais et des dépenses.

Quand on parle de financement indirect, c'est aussi interdit si cela vise à contourner l'interdiction de financement direct.

Le financement indirect est donc la participation dans des sociétés qui développent, produisent, acquièrent du matériel de guerre interdit. C'est aussi l'acquisition d'obligations ou d'autres produits de placement émis par de telles sociétés.

La présente initiative fait deux choses: premièrement, elle interdit le financement direct et indirect de façon égale et, deuxièmement, elle englobe le matériel de guerre non interdit – les armes conventionnelles –, c'est-à-dire également les producteurs légaux de matériel de guerre. Le champ d'application factuel et personnel de l'initiative est donc bien plus grand que dans le cadre de l'interdiction existante, ce qui a aussi naturellement des conséquences extrêmement importantes.

Dans ce contexte, j'aimerais souligner que les affirmations du rapport "Don't Bank on the Bomb" ne permettent pas de tirer la conclusion que l'interdiction de financement prévue aux articles 8b et 8c de la loi sur le matériel de guerre ne fonctionne pas. Le rapport présente tout investissement dans un conglomérat, par exemple Boeing ou Airbus, comme un investissement dans la production d'armes nucléaires. Il ne tient pas compte du fait que les entreprises en question fabriquent également des produits civils, par exemple des avions commerciaux dans ce cas précis, à grande échelle.

Pour cette raison, il est faux d'arguer que l'interdiction de financement qui figure dans la loi sur le matériel de guerre a une portée trop faible. L'interdiction de financement existante n'a précisément pas pour but d'interdire sans discernement tout investissement dans un conglomérat tel Airbus, Boeing ou autres.

L'acceptation de l'initiative signifierait donc que la branche civile de ces sociétés ne serait plus financée depuis la Suisse. Le Conseil fédéral et le Parlement ont déjà discuté de cette question dans le détail, à plusieurs reprises, la dernière fois en 2016, dans le cadre du traitement de la motion 14.3253. Là aussi, il avait été décidé de s'en tenir à la solution existante, parce que l'interdiction de financement inscrite dans la loi sur le matériel de guerre atteint son but.

Lors de la publication de l'édition 2015 du rapport dont je viens de faire état, le SECO en avait profité pour examiner la mise en oeuvre de l'interdiction de financement. Il a ainsi contrôlé toutes les banques et toutes les succursales bancaires suisses citées dans le rapport, sur la base d'un programme élaboré avec l'aide d'experts externes et indépendants. Le contrôle s'est terminé en 2018 et il a révélé que toutes les banques auditées disposaient de règles de conformité efficaces, qui contribuent à garantir le respect des interdictions de financement telles qu'elles sont prévues aux articles 8b et 8c de la loi fédérale sur le matériel de guerre.

Les infractions aux interdictions de financement citées dans ces articles de loi – il faut le rappeler – sont passibles d'une peine privative de liberté ou d'une peine pécuniaire en vertu de l'article 35b de la loi. Jusqu'à aujourd'hui, aucune procédure pénale n'a été enregistrée en relation avec cet article.

L'initiative, et cela a été relevé par le rapporteur, serait nuisible. La Banque nationale suisse, les fondations, les caisses de pension, les fonds de compensation AVS/AI/APG devraient garantir qu'ils n'investissent pas dans des fonds comportant des participations dans des entreprises produisant du matériel de guerre. Il faut prendre en compte le fait que, à part les producteurs de matériel de guerre que je qualifierais de classique, comme Lockheed Martin, par exemple, Thales ou Ruag, il existe aussi des entreprises qui sont moins connues pour la production de matériel de guerre, comme Airbus – déjà citée –, Rolls-Royce, ainsi que de nombreuses petites et moyennes entreprises suisses comme Mecaplex AG, Schaublin SA ou Mb-Microtec AG, pour n'en citer que quelques-unes.

En France, par exemple, il y a plus de 4000 entreprises qui font partie de la chaîne de valeur de biens militaires, parmi lesquelles des petites et moyennes entreprises. En Suisse, deux grandes entreprises d'armement comptent déjà presque 3000 sous-traitants, qui ne sont pratiquement jamais perçus par le public comme des producteurs de matériel de guerre. En outre, il y a probablement beaucoup d'autres petites et moyennes entreprises qui sont concernées par l'initiative en raison du seuil de 5 pour cent du chiffre d'affaires.

Comme un portefeuille de placements d'ampleur mondiale peut comprendre des parts de plusieurs milliers de sociétés, il ne serait guère possible d'identifier tous les producteurs de matériel de guerre en engageant des moyens raisonnables. Cette situation serait associée à un risque considérablement accru en matière de placements. Cela signifie que les caisses et fonds de pension visés devraient abandonner leur stratégie actuelle de placement dans des fonds indiciels bien diversifiés et bon marché. De plus, la charge administrative



prendrait l'ascenseur et cela ferait certainement exploser les coûts. Les fonds de pension devraient alors investir dans des titres individuels.

Il est extrêmement coûteux d'identifier les producteurs de matériel de guerre, mais c'est seulement par ce biais que les producteurs pourraient être exclus de manière conséquente. Et, je le répète, c'est extrêmement difficile, puisque la valeur seuil de 5 pour cent spécifiée par les initiants est dynamique. En pratique, cela signifie qu'une petite ou moyenne entreprise qui reçoit une commande de l'industrie d'armement – je crois que M. Bauer l'a bien montré – devient un producteur de matériel de guerre à un moment donné parce qu'elle dépasse ce seuil dans son chiffre d'affaires, même si elle ne le sera peut-être plus l'année suivante.

Un manque de possibilités de diversifier les placements a pour conséquences des risques, des charges supplémentaires pour la prévoyance publique et professionnelle, qui – vous le savez – a déjà d'énormes défis liés à la démographie à relever.

Les conséquences seraient donc négatives pour le marché financier suisse, je l'ai dit. La capacité d'investir passivement dans des fonds doit être maintenue. Ces fonds offrent de bonnes valeurs de rendement, ils sont bon marché. Le risque de placement est largement diversifié. La Banque nationale suisse, les fondations et les caisses de pension profitent du règlement actuel. C'est donc l'ensemble de la place financière suisse qui pourrait être concerné par cette initiative.

Les placements dans des fonds et des produits structurés font partie du cœur de métier des banques et des compagnies d'assurance. Dans ce domaine, l'initiative – il ne faut pas l'oublier – charge le Conseil fédéral de formuler des conditions analogues pour les banques, ce qui pourrait les obliger à adapter leurs activités, ou à délocaliser leurs activités d'investissement à l'étranger.

Concernant l'industrie, elle serait naturellement touchée avec – je l'ai dit – la très faible limite de 5 pour cent pour la classification en tant que producteur de matériel de guerre. Des petites et moyennes entreprises fournissent souvent des entreprises d'armement connues, comme RUAG ou Mowag. Selon Swissmem, rien que l'entreprise Mowag à Kreuzlingen, une entreprise d'armement qui produit des véhicules militaires, a

AB 2020 S 383 / BO 2020 E 383

une collaboration avec plus de 1900 fournisseurs et sous-traitants suisses. Dans ce contexte, et compte tenu du fait que les chaînes de valeur modernes sont extrêmement diversifiées, un nombre important d'entreprises suisses de la branche MEM, et surtout des PME, sont susceptibles d'être touchées par l'application de l'initiative.

Il y a aussi beaucoup d'entreprises du marché civil que vous connaissez, comme Glas Trösch, respectivement Mecaplex, Constellium, qui fabriquent par exemple des vitres, des pièces de moteur pour des avions militaires. Ces entreprises pourraient aussi être exclues du financement par les banques suisses, puisque l'initiative charge le Conseil fédéral de formuler des conditions analogues pour tout le secteur financier. Elles devraient donc se procurer leur financement à des conditions moins avantageuses à l'étranger. Comme l'a montré M. Bauer, cela va aggraver les problèmes du secteur.

Il y aurait aussi des conséquences pour notre politique de sécurité. La dépendance à l'égard des pays étrangers pour des biens militaires pourrait être accrue. De ce côté-là aussi il y a d'énormes risques.

L'indépendance même de la Banque nationale suisse pourrait être remise en question. La politique de placement, vous le savez, de notre Banque nationale est placée sous le signe de la primauté de la politique monétaire. Les placements en actions contribuent au maintien de la valeur réelle des réserves de change; ils sont conçus dans une perspective à long terme et de manière à être aussi neutres que possible. La restriction des placements visée par l'initiative pourrait être un précédent dangereux amenant d'autres restrictions de financement dans d'autres secteurs.

Enfin, et c'est peut-être par là que j'aurais dû commencer, l'initiative ne serait pas seulement nuisible, mais également sans effet. Monsieur Jositsch, vous l'avez dit, effectivement, la population est très sensible à cette question et les objectifs de l'initiative, notamment la promotion de la paix, la lutte contre les causes des migrations forcées, etc., sont aussi dans l'intérêt de notre pays. La Suisse s'engage dans ces différents secteurs par le biais de ses politiques de bons offices et de médiation. Les contrôles extrêmement stricts à l'exportation que nous menons signifient que les conflits ne sont au moins pas menés avec des armes suisses.

L'interdiction de financement des producteurs de matériel de guerre à l'échelle internationale n'est absolument pas réaliste. La volonté d'un tel projet ne s'est manifestée à ce jour ni aux Nations Unies, ni au sein d'aucune autre grande instance internationale. Par ailleurs, imposer une interdiction de financer en Suisse n'aurait aucun impact sur l'offre et la demande de matériel de guerre dans le monde.

Pour toutes les raisons que je viens longuement d'évoquer, je vous prie de suivre le Conseil national et la majorité de votre commission, et de proposer au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative sans lui opposer





de contre-projet.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Jositsch ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen

Dagegen ... 31 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Antrag der Minderheit

(Vara)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Proposition de la minorité

(Vara)

... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit ... 32 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsident (Stöckli Hans, Präsident): Da Eintreten obligatorisch ist, wird keine Gesamtabstimmung durchgeführt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung.



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.038/20750)

Für Annahme des Entwurfes ... 125 Stimmen

Dagegen ... 72 Stimmen

(0 Enthaltungen)

AB 2020 N 1181 / BO 2020 N 1181



19.038

**Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten.
Volksinitiative**

**Pour une interdiction du financement
des producteurs
de matériel de guerre.
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 11.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.03.20 (FORTSETZUNG - SUITE)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 08.06.20 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 19.06.20 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.038/3638)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

Dagegen ... 13 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Geschäft / Objet:

19.038-1 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»
 Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»

Gegenstand / Objet du vote:

Proposition de renvoi

Abstimmung vom / Vote du: 12.03.2020 08:37:18

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	-	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Amadruz	+	V	GE	Flach	-	GL	AG	Mäder	-	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	-	GL	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schläpfer	+	V	ZH
Bäumle	-	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schlatter	-	G	ZH
Bellaïche	-	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bertschy	-	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	-	GL	BE	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Seiler Graf	-	S	ZH
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	P	RL	VD	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	-	GL	ZH	Moser	-	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Stadler	+	M-CEB	UR
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Steinemann	+	V	ZH
Brunner	-	GL	SG	Grüter	E	V	LU	Munz	-	S	SH	Storni	-	S	TI
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nantermod	+	RL	VS	Streff	-	M-CEB	BE
Buffat	+	V	VD	Gugger	-	M-CEB	ZH	Nicolet	E	V	VD	Strupler	+	V	TG
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	0	V	GE	Studer	-	M-CEB	AG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Suter	-	S	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Töngi	-	G	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-CEB	SG	Trede	-	G	BE
Chevalley	-	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Tuena	+	V	ZH
Christ	-	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Umbricht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	0	V	BE	Pointet	-	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prezioso	E	G	GE	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pythou	-	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	0	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si				50	27	28		105
- Nein / non / no		39	16			3	29	87
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				2			1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				3	1			4
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (pas de renvoi)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Graf-Litscher (renvoi à la commission)

Geschäft / Objet:

19.038-1 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»
 Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2

Abstimmung vom / Vote du: 12.03.2020 08:39:01

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Barile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	+	GL	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schläpfer	+	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schlatter	-	G	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bertschy	=	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Seiler Graf	-	S	ZH
Borloz	+	RL	VD	Gössi	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	P	RL	VD	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	+	GL	ZH	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Stadler	+	M-CEB	UR
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altarmatt	+	M-CEB	SO	Steinemann	+	V	ZH
Brunner	=	GL	SG	Grüter	E	V	LU	Munz	-	S	SH	Storni	-	S	TI
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nantermod	+	RL	VS	Streff	-	M-CEB	BE
Buffat	+	V	VD	Gugger	-	M-CEB	ZH	Nicolet	E	V	VD	Strupler	+	V	TG
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	+	V	GE	Studer	-	M-CEB	AG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Suter	-	S	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Töngi	-	G	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-CEB	SG	Trede	-	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Tuena	+	V	ZH
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Umbricht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vitali	+	RL	LU
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	0	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Vogt	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	von Siebenthal	+	V	BE
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walder	-	G	GE
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Walliser	+	V	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prezioso	E	G	GE	Walti Beat	+	RL	ZH
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Python	-	G	VD	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Quadri	+	V	TI	Wehrli	+	RL	VD
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Weichelt	-	G	ZG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wermuth	-	S	AG
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	0	V	SG	Wettstein	-	G	SO
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Widmer Céline	-	S	ZH
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Wobmann	+	V	SO
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			14	51	27	28		120
- Nein / non / no		39				3	29	71
= Enth. / abst. / ast.			2					2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				2			1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				2	1			3
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Proposition de la majorité (recommandation de rejeter l'initiative)

Bedeutung Nein / Signification du non: Proposition de la minorité Fivaz Fabien (recommandation d'accepter l'initiative)

Geschäft / Objet:

19.038-1 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»
 Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»

Gegenstand / Objet du vote:

Vote final

Abstimmung vom / Vote du: 19.06.2020 09:50:13

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Landolt	+	M-CEB	GL	Romano	+	M-CEB	TI
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Locher Benguerel	-	S	GR	Rösti	+	V	BE
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Roland	+	GL	LU	Lohr	+	M-CEB	TG	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lüscher	+	RL	GE	Roth Pasquier	+	M-CEB	FR
Amadruz	+	V	GE	Flach	+	GL	AG	Mäder	+	GL	ZH	Rüegger	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Maillard	-	S	VD	Ruppen	+	V	VS
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Maitre	+	M-CEB	GE	Rutz Gregor	+	V	ZH
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Marchesi	+	V	TI	Ryser	-	G	SG
Badertscher	-	G	BE	Friedli Esther	+	V	SG	Markwalder	+	RL	BE	Rytz Regula	-	G	BE
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Funciello	-	S	BE	Marra	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Barrile	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marti Min Li	-	S	ZH	Schaffner	+	GL	ZH
Baumann	-	G	BE	Geissbühler	+	V	BE	Marti Samira	-	S	BL	Schläpfer	+	V	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giacometti	+	RL	GR	Martullo	+	V	GR	Schlatter	-	G	ZH
Bellaïche	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneeberger	+	RL	BL
Bendahan	-	S	VD	Girod	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schneider Meret	-	G	ZH
Bertschy	0	GL	BE	Glanzmann	+	M-CEB	LU	Matter Thomas	+	V	ZH	Schneider Schüttel	-	S	FR
Binder	+	M-CEB	AG	Glärner	+	V	AG	Mettler	+	GL	BE	Schneider-Schneiter	+	M-CEB	BL
Bircher	+	V	AG	Glättli	-	G	ZH	Meyer Mattea	-	S	ZH	Schwander	+	V	SZ
Birrer-Heimo	-	S	LU	Gmür Alois	+	M-CEB	SZ	Michaud Gigon	-	G	VD	Seiler Graf	-	S	ZH
Borloz	+	RL	VD	Gössli	+	RL	SZ	Molina	-	S	ZH	Siegenthaler	+	M-CEB	BE
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	-	S	TG	Moret Isabelle	P	RL	VD	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bregy	+	M-CEB	VS	Gredig	+	GL	ZH	Moser	+	GL	ZH	Sollberger	+	V	BL
Brélaz	-	G	VD	Grin	+	V	VD	Müller Leo	+	M-CEB	LU	Stadler	+	M-CEB	UR
Brenzikofer	-	G	BL	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller-Altermatt	+	M-CEB	SO	Steinemann	+	V	ZH
Brunner	+	GL	SG	Grüter	+	V	LU	Munz	-	S	SH	Storni	-	S	TI
Büchel Roland	+	V	SG	Gschwind	+	M-CEB	JU	Nantermod	+	RL	VS	Streff	-	M-CEB	BE
Buffat	+	V	VD	Gugger	-	M-CEB	ZH	Nicolet	+	V	VD	Strupler	+	V	TG
Bulliard	+	M-CEB	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nidegger	+	V	GE	Studer	-	M-CEB	AG
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Suter	-	S	AG
Candinas	+	M-CEB	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Töngi	-	G	LU
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	+	M-CEB	SG	Trede	-	G	BE
Chevalley	+	GL	VD	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	Tuena	+	V	ZH
Christ	+	GL	BS	Heer	+	V	ZH	Pasquier	-	G	GE	Umbricht Pieren	+	V	BE
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-CEB	ZG	Vincenz	+	RL	SG
Cottier	+	RL	NE	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Vogt	+	V	ZH
Crottaz	-	S	VD	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	von Siebenthal	+	V	BE
Dandrès	-	S	GE	Hess Lorenz	+	M-CEB	BE	Porchet	-	G	VD	Walder	-	G	GE
de Courten	+	V	BL	Huber	+	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Walliser	+	V	ZH
de la Reussille	-	G	NE	Humbel	+	M-CEB	AG	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Waltl Beat	+	RL	ZH
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prezioso	-	G	GE	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Pult	-	S	GR	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Python	-	G	VD	Wehrli	+	RL	VD
Dobler	+	RL	SG	Jans	-	S	BS	Quadri	+	V	TI	Weichelt-Picard	-	G	ZG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Rechsteiner Thomas	+	M-CEB	AI	Wermuth	-	S	AG
Egger Mike	+	V	SG	Kälin	-	G	AG	Regazzi	+	M-CEB	TI	Wettstein	-	G	SO
Estermann	+	V	LU	Kamerzin	+	M-CEB	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Widmer Céline	-	S	ZH
Eymann	+	RL	BS	Keller Peter	+	V	NW	Reynard	-	S	VS	Wismer Priska	+	M-CEB	LU
Farinelli	+	RL	TI	Klopfenstein Broggin	-	G	GE	Riniker	+	RL	AG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Köppel	+	V	ZH	Ritter	+	M-CEB	SG	Zuberbühler	+	V	AR
Feller	+	RL	VD	Kutter	+	M-CEB	ZH	Roduit	+	M-CEB	VS				

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-CEB	G	Tot.
+ Ja / oui / si			15	55	27	28		125
- Nein / non / no		39				3	30	72
= Enth. / abst. / ast.								0
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4								0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			1					1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1			1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Adopter le projet

Bedeutung Nein / Signification du non: Rejeter le projet



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

19.038-1 Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten. Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»
 Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre. Initiative populaire
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»
 Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico. Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico»

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung**Abstimmung vom / Vote du:** 19.06.2020 08:31:47

Bauer	Philippe	+	NE
Baume-Schneider	Elisabeth	-	JU
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	+	AG
Carobbio Guscetti	Marina	-	TI
Caroni	Andrea	+	AR
Chiesa	Marco	+	TI
Dittli	Josef	+	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	+	VD
Gapany	Johanna	+	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	-	BL
Häberli-Koller	Brigitte	+	TG
Hefti	Thomas	+	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	-	BS
Jositsch	Daniel	-	ZH
Juillard	Charles	+	JU
Knecht	Hansjörg	+	AG

Kuprecht	Alex	+	SZ
Levrat	Christian	-	FR
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	-	GE
Michel	Matthias	+	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	+	LU
Noser	Ruedi	+	ZH
Rechsteiner	Paul	-	SG
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	+	GR
Sommaruga	Carlo	-	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	0	BE
Thorens Goumaz	Adèle	-	VD
Vara	Céline	-	NE
Wicki	Hans	+	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	-	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	-	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	13
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	0

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

vom 19. Juni 2020

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
 gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
 nach Prüfung der am 21. Juni 2018² eingereichten Volksinitiative
 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»,
 nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 14. Juni 2019³,
 beschliesst:*

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 21. Juni 2018 «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

¹ Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

² Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

³ Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- a. die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten;

¹ SR 101

² BBl 2018 4545

³ BBl 2019 5115

- b. die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertpapieren, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;
- c. der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

⁴ Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Art. 197 Ziff. 12⁴

*12. Übergangsbestimmung zu Art. 107a
(Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)*

¹ Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

² Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Nationalrat, 19. Juni 2020

Die Präsidentin: Isabelle Moret

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 19. Juni 2020

Der Präsident: Hans Stöckli

Die Sekretärin: Martina Buol

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.



Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre»

du 19 juin 2020

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,

vu l'initiative populaire «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre», déposée le 21 juin 2018²,

vu le message du Conseil fédéral du 14 juin 2019³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 21 juin 2018 «Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 107a Interdiction de financer les producteurs de matériel de guerre

¹ Le financement des producteurs de matériel de guerre par la Banque nationale suisse, par les fondations, ainsi que par les institutions de la prévoyance publique et de la prévoyance professionnelle est interdit.

² Sont réputées producteurs de matériel de guerre les entreprises dont plus de 5 % du chiffre d'affaires annuel proviennent de la production de matériel de guerre. Les équipements de déminage humanitaire ainsi que les armes de chasse et de sport, y compris les munitions correspondantes, ne sont pas considérés comme matériel de guerre.

¹ RS 101

² FF 2018 4653

³ FF 2019 4897

³ Sont réputées financement d'un producteur de matériel de guerre les opérations suivantes:

- a. l'octroi à un producteur de matériel de guerre d'un crédit, d'un prêt, d'une donation ou d'un avantage financier comparable;
- b. la prise de participation dans un producteur de matériel de guerre et l'acquisition de titres émis par un producteur de matériel de guerre;
- c. l'acquisition de parts de produits financiers, comme les placements collectifs de capitaux et les produits structurés, si ces produits financiers contiennent des produits de placement visés à la let. b.

⁴ La Confédération s'engage sur le plan national et international en faveur de la mise en place de conditions analogues applicables aux banques et aux assurances.

Art. 197, ch. 12⁴

*12. Disposition transitoire ad art. 107a
(Interdiction de financer les producteurs de matériel de guerre)*

¹ Si la législation correspondante n'est pas entrée en vigueur quatre ans après l'acceptation de l'art 107a par le peuple et les cantons, le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution nécessaires par voie d'ordonnances; ces dispositions s'appliquent jusqu'à l'entrée en vigueur de la législation en question.

² À compter de l'acceptation de l'art 107a par le peuple et les cantons, aucun nouveau financement au sens de l'art 107a ne peut plus être effectué. Les financements en cours doivent être liquidés dans un délai de quatre ans.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil national, 19 juin 2020

Le présidente: Isabelle Moret
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

Conseil des Etats, 19 juin 2020

Le président: Hans Stöckli
La secrétaire: Martina Buol

⁴ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico»

del 19 giugno 2020

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,
visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Per il divieto di finanziare i produttori
di materiale bellico», depositata il 21 giugno 2018²;
visto il messaggio del Consiglio federale del 14 giugno 2019³,
decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 21 giugno 2018 «Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 107a Divieto di finanziare i produttori di materiale bellico

¹ Il finanziamento dei produttori di materiale bellico da parte della Banca nazionale svizzera, delle fondazioni e degli istituti della previdenza statale e professionale è vietato.

² Per produttori di materiale bellico s'intendono le imprese che realizzano oltre il 5 per cento della loro cifra d'affari annua con la fabbricazione di materiale bellico. Non sono considerati materiale bellico gli apparecchi per lo sminamento umanitario, nonché le armi da caccia e da sport e le relative munizioni.

³ Per finanziamento dei produttori di materiale bellico s'intende:

- a. la concessione a produttori di materiale bellico di crediti, mutui, donazioni o vantaggi finanziari comparabili;

1 RS 101
2 FF 2018 3891
3 FF 2019 4265

- b. la partecipazione a produttori di materiale bellico e l'acquisto di titoli emessi da produttori di materiale bellico;
- c. l'acquisto di quote di prodotti finanziari quali investimenti collettivi di capitale o prodotti strutturati, se tali prodotti finanziari contengono prodotti d'investimento ai sensi della lettera b.

⁴ La Confederazione si adopera a livello nazionale e internazionale affinché alle banche e alle assicurazioni si applichino condizioni analoghe.

Art. 197 n. 12⁴

12. Disposizione transitoria dell'art. 107a

(Divieto di finanziare i produttori di materiale bellico)

¹ Se le pertinenti disposizioni legislative non entrano in vigore entro quattro anni dall'accettazione dell'articolo 107a da parte del Popolo e dei Cantoni, il Consiglio federale emana mediante ordinanza le necessarie disposizioni di esecuzione, che hanno effetto fino all'entrata in vigore delle disposizioni legislative.

² Dall'accettazione dell'articolo 107a da parte del Popolo e dei Cantoni non possono essere erogati nuovi finanziamenti ai sensi dell'articolo 107a. I finanziamenti in corso devono essere liquidati entro quattro anni.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio nazionale, 19 giugno 2020

La presidente: Isabelle Moret
Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

Consiglio degli Stati, 19 giugno 2020

Il presidente: Hans Stöckli
La segretaria: Martina Buol

⁴ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.



Argumente | Arguments | Argomenti

Die nachfolgenden Argumente wurden von den Parlamentsdiensten zu Dokumentationszwecken zusammengestellt. Die Parlamentsdienste selber haben keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und den Inhalt derselben.

Les données ci-après ont été rassemblées à des fins documentaires par les Services du Parlement. Ceux-ci n'ont aucune influence sur la forme ou la nature des arguments présentés.

I seguenti argomenti sono stati riuniti dai Servizi del Parlamento a scopo di documentazione. I Servizi del Parlamento medesimi non hanno alcun influsso sulla loro impostazione né sul loro contenuto.

JA ZUR **KRIEGSGESCHÄFTE** **INITIATIVE**

**Informationen und Argumente
zur Initiative für ein Verbot
der Finanzierung von
Kriegsmaterialproduzenten**

Die Kriegsgeschäfte-Initiative: ethisch angebracht, wirtschaftlich und im Sinne der Schweizer Neutralität

Ein JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative

→ ist ein Schritt zu einer friedlicheren Welt

Das Geschäft mit Waffen floriert – und wird auch von der Schweiz aus mitfinanziert. Je weniger Geld in diese tödliche Industrie fließt, desto weniger Waffen werden produziert. Und je weniger Waffen im Umlauf sind, desto weniger müssen Menschen unter ihnen leiden.

→ schützt die Neutralität und Glaubwürdigkeit der Schweiz

Die Schweiz setzt sich als neutrales Land mit humanitärer Tradition für Menschenrechte, Frieden und diplomatische Lösungen ein. Gleichzeitig Milliarden Schweizer Franken in Kriege und Konflikte zu investieren, ist unvereinbar mit unseren Werten.

→ bekämpft Fluchtursachen

Millionen Menschen werden weltweit durch Kriege und Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben. Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.

→ ist wirtschaftlich sinnvoll

Nachhaltiges Investieren ist gewinnbringend. Deswegen setzen heute schon viele Finanzunternehmen auf ethische Anlagen. Würden die Schweizer Pensionskassen einzig in nachhaltige Anlagen investieren, könnte unser Pensionskassenvermögen je nach Jahr im Durchschnitt pro Kopf um 1000 CHF höher sein.

Worum geht es?

Jedes Jahr sterben zehntausende Menschen durch Kriege und bewaffnete Konflikte. Millionen mehr werden verletzt, traumatisiert und in die Flucht getrieben. Gleichzeitig machen internationale Rüstungsunternehmen Milliarden-Profit, indem sie skrupellos Waffen an die Konfliktparteien liefern.

Milliarden Schweizer Franken fließen in dieses blutige Geschäft. Alleine die Schweizerische Nationalbank hat im Jahr 2018 1.3 Milliarden US-Dollar in Firmen investiert, die Atomwaffen herstellen. Auch Schweizer Banken und unsere Pensionskassen mischen im Geschäft mit dem Tod kräftig mit. Schweizer Geld finanziert also die Kriege dieser Welt. Die Kriegsgeschäfte-Initiative will, dass kein Schweizer Geld in die Finanzierung von Kriegsmaterial-Produzenten fließt. Als reiches Land mit einem der grössten Finanzplätze der Welt trägt die Schweiz eine Verantwortung. Mit einem JA zur Kriegsgeschäfte-Initiative leisten wir einen Beitrag zu einer friedlicheren Welt.

OUI À L'INITIATIVE
**CONTRE LE COMMERCE
DE GUERRE**
commercedeguerre.ch

**Informations et arguments au
sujet de l'initiative pour
l'interdiction du financement des
producteurs de matériel de
guerre.**

L'initiative contre le commerce de guerre : éthiquement juste, économiquement pertinente et conforme à la neutralité suisse

Un OUI à l'initiative contre le commerce de guerre

→ est un pas vers un monde plus pacifique

Le commerce des armes est un business florissant, auquel la Suisse participe sur le plan du financement. En diminuant les fonds injectés dans cette industrie meurtrière, on réduit la production d'armes. Moins il y a d'armes en circulation, moins il y a de victimes.

→ protège la neutralité et la crédibilité de la Suisse

En tant que pays neutre ayant une tradition humanitaire, la Suisse s'engage en faveur des droits humains, de la paix et des solutions diplomatiques. Le fait d'investir des milliards de francs suisses dans des guerres et des conflits est incompatible avec la neutralité suisse.

→ lutte contre les causes de l'exil

À travers le monde, des millions de personnes sont forcées de fuir, en raison des guerres et des conflits. L'initiative contribue à remédier aux causes de ces déplacements forcés, en réduisant le volume des armes dans les zones de guerre.

→ est économiquement pertinent

Il est rentable d'investir selon des critères de durabilité, en particulier à long terme. C'est pourquoi de nombreuses sociétés financières privilégient déjà les investissements éthiques.

De quoi s'agit-il?

L'argent suisse contribue à financer les guerres de ce monde. Chaque année, des dizaines de milliers de personnes meurent à la suite de guerres et de conflits armés. Et des millions sont blessées, traumatisées et contraintes de fuir. De leur côté, les multinationales du secteur de l'armement n'ont pas honte de faire des affaires en livrant des armes aux parties en conflit.

Des milliards de francs suisses sont injectés dans ce commerce sanglant. En 2018, la Banque nationale suisse a ainsi investi 1,3 milliard de dollars US dans des entreprises qui fabriquent des armes nucléaires. Les banques suisses et nos caisses de pension sont elles aussi très engagées dans ce business mortifère. L'initiative contre le commerce de guerre vise à empêcher les investissements suisses dans le financement des fabricants de matériel de guerre. La Suisse est un pays riche et l'une des principales places financières du monde, et doit donc endosser ses responsabilités. En votant OUI à l'initiative contre le commerce de guerre, nous contribuons à un monde plus pacifique.



NEIN

**zu teuren Verböten für die AHV
und Pensionskassen**

zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

**zur politischen Bevormundung
der Nationalbank**



Am 29. November

NEIN

zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

**Argumente gegen die GSoA-Initiative
«Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten»
Komitee «NEIN zur GSoA-Initiative»**

www.GSoA-nein.ch

NEIN zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

Die GSoA (Gruppe Schweiz ohne Armee) will die Armee abschaffen. Das Vorhaben ist an der Urne schon mehrmals gescheitert. Nun versuchen es die Armee-Gegner mit einem Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterial. Dafür sieht die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» eine starre Quote vor: AHV, IV, EO und Pensionskassen, Stiftungen und Nationalbank wird die Finanzierung von Unternehmen untersagt, die mehr als 5 Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften.

Zwar stehen AHV, Pensionskassen und die Nationalbank im primären Fokus der Finanzierungs-Verbots-Initiative der GSoA. Die Initiantinnen und Initianten wollen aber, dass sich der ganze Finanzplatz nach ihren Vorgaben richtet. Ausserdem soll der Bund auf der ganzen Welt missionieren, dass für Banken und Versicherungen die gleichen Bedingungen gelten. **Letztlich sollen alle Anlagen und Finanzierungen ins Korsett der starren GSoA-Quote gepresst werden.**

Die neuste Initiative aus der Küche der GSoA schadet nicht nur der Schweizer Armee ganz massiv. Sie gefährdet auch die soziale Sicherheit, tangiert den Schweizer Franken und schadet der Wirtschaft, indem sie Vorsorgewerke, Nationalbank und sehr viele KMU ins Visier nimmt.

Jahr Tausende von Unternehmen auf deren Umsatz mit Kriegsmaterial. Der Verwaltungsaufwand ist immens, die Mehrkosten sind es ebenfalls. Klumpenrisiken sowie Verwaltungskosten schmälern die Erträge. Die Renten der Schweizerinnen und Schweizer werden dadurch unsicherer. Tatsache ist: Unsere Altersvorsorge steht vor grossen Herausforderungen. Sie darf nicht durch bürokratische und teure Verbote zusätzlich belastet werden. **NEIN zum Finanzierungs-Verbot der GSoA.**

NEIN zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

Die gefährliche GSoA-Initiative schädigt KMU und kostet Arbeitsplätze. Durch das starre Finanzierungs-Verbot schadet die Initiative dem Werkplatz Schweiz. Die Schweizer Rüstungsindustrie schafft Arbeitsplätze und Aufträge für KMU. Sie wird genau kontrolliert und die Exporte richten sich nach den Bestimmungen des Kriegsmaterialexportgesetzes. Es ist falsch und nicht praktikabel, über den Kapitalmarkt mit einer starren Quote von 5 Prozent aus Unternehmen «Kriegsmaterialproduzenten» zu machen. Die Abgrenzungsprobleme und die Bürokratie verschlechtern die Möglichkeiten von Schweizer Firmen, sich zu finanzieren. Letztlich kostet die untaugliche GSoA-Quote Arbeitsplätze in der Schweiz. **NEIN zum Finanzierungs-Verbot der GSoA.**

NEIN zu teuren Verboten für AHV und Pensionskassen

Die gefährliche GSoA-Initiative verteuert mit ihrer starren Quote die Geldanlage für unsere Altersvorsorge. Sie wirft die bewährten Anlagestrategien der staatlichen und beruflichen Vorsorge über den Haufen. AHV und Pensionskassen müssen ihre Anlage an der starren GSoA-Quote ausrichten. Entweder beschränken sie ihre Investitionen auf einzelne Firmen. Die Folge: Die ungenügende Streuung erhöht das Anlagerisiko (Klumpenrisiken). Oder sie überprüfen jedes

NEIN zur politischen Bevormundung der Nationalbank

Die starre GSoA-Quote bevormundet die Schweizerische Nationalbank. Die Initiative führt politische Kriterien für die Anlage der Gelder der Nationalbank ein und gefährdet so ihre verfassungsmässige Unabhängigkeit. Auch in Zukunft soll es primäre Aufgabe der Nationalbank bleiben, für die Stabilität des Schweizer Frankens zu sorgen. Dafür braucht sie volle Handlungsfähigkeit und keine bürokratischen Verbote oder willkürliche Quoten, die sie in ihren Anlageentscheidungen bevormunden. Die Initiative schadet letztlich dem Schweizer Franken. Das ist verantwortungslos. **NEIN zum Finanzierungs-Verbot der GSoA.**

GSoA-Initiative schwächt die Schweizer Armee

Es ist klar: Die GSoA will nach wie vor die Schweizer Armee abschaffen. Daran hat sich nichts geändert, obwohl die Gruppe schon mehrmals mit verschiedenen Vorlagen an der Urne gescheitert ist.

Die neue Initiative schafft die Armee nicht direkt ab. Sie gefährdet aber die militärische Sicherheit der Schweiz. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass internationale Lieferketten sehr schnell unterbrochen sein können. Die Schweizer Armee ist letztlich für eine Versorgung in der Krise auch auf Schweizer Rüstungsproduzenten und Know-how aus dem Sicherheitsbereich angewiesen. Auf Importe kann man sich in Krisenzeiten nicht verlassen.

Mit dem finanziellen Aushungern von Schweizer Rüstungsproduzenten und ihren Zulieferbetrieben gefährdet die GSoA einmal mehr auch die militärische Sicherheit der Schweiz und unsere Armee.

Weltfrieden lässt sich nicht durch starre GSoA-Quote erzwingen

Selbstverständlich ist eine friedlichere Welt ein begrüssenswertes Ziel. Die Schweiz engagiert sich bereits heute in vielerlei Hinsicht dafür. Auch in der Finanzindustrie wird ethisches Anlegen immer wichtiger. Und es gibt schon heute Finanzinstrumente, die bestimmte Rüstungsfirmen ausschliessen. Allerdings braucht die nachhaltige Finanzierung klare Ausschlusslisten und Kriterien, auf die sich Anleger und Sparer tatsächlich stützen können.

Die GSoA-Initiative macht die Welt nicht sicherer, aber die AHV-Rentnerinnen und -Rentner sicher ärmer.

Früher wollte die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) nur die Armee abschaffen. Heute schadet sie auch der AHV, den Pensionskassen, der Nationalbank und vielen Schweizer KMU. Die neue GSoA-Initiative ist ein Angriff auf soziale Sicherheit, Arbeitsplätze und Wirtschaft.



NEIN

**zu teuren Verboten für die AHV
und Pensionskassen**

zu Schäden für KMU und Arbeitsplätze

**zur politischen Bevormundung
der Nationalbank**



Am 29. November
NEIN
zum Finanzierungs-Verbot der GSoA

Argumente gegen die GSoA-Initiative
«Für ein Verbot der Finanzierung
von Kriegsmaterialproduzenten»
Komitee «NEIN zur GSoA-Initiative»

www.GSoA-nein.ch



NON

aux dégâts infligés aux PME et à l'emploi

**à une mise sous tutelle politique de la
Banque nationale suisse**

**à des interdictions qui coûteraient cher
à l'AVS et aux caisses de pension**

**au diktat du Groupe pour une Suisse sans
armée**



Le 29 novembre
NON

**à l'initiative extrême du Groupe
pour une Suisse sans armée**

**NON à l'initiative fédérale « Pour
une interdiction du financement des
producteurs de matériel de guerre »**
Comité « NON au diktat du GSsA »

www.GSoA-nein.ch

NON au diktat du Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA)

Le Groupe pour une Suisse sans armée (GSsA) ne veut qu'une seule chose : abolir l'armée. Et tous les moyens sont bons à ses yeux pour y parvenir. Plusieurs initiatives ont ainsi été soumises en votation populaire ces dernières années : en 1989 et 2001 pour abolir l'armée, en 2011 pour supprimer le service militaire obligatoire, en 1997 et 2009 pour interdire l'exportation de matériel de guerre. Toutes ont été clairement rejetées par le peuple suisse. Aujourd'hui, le GSsA revient à la charge avec une nouvelle proposition : interdire le financement des fabricants de matériel de guerre, en fixant dans la Constitution fédérale un quota rigide et arbitraire. L'initiative « Pour une interdiction du financement des producteurs de matériel de guerre » sera soumise en votation populaire le 29 novembre 2020. La proposition des initiants est claire : en cas d'acceptation, la Banque nationale suisse (BNS), les fondations et les institutions de prévoyance publique et professionnelle (AVS, AI, APG et caisses de pension) n'auraient ainsi plus le droit de soutenir financièrement et d'investir dans les entreprises suisses qui réalisent plus de 5 % de leur chiffre d'affaires dans la fabrication de matériel de guerre. Mais le GSsA ne s'arrête pas là : leur initiative contraint la Confédération à s'engager sur le plan international afin que ce seuil devienne la norme, y compris pour les banques et les compagnies d'assurance.

Cette proposition radicale et extrême aurait ainsi des conséquences néfastes non seulement sur l'industrie de l'armement suisse et leurs fournisseurs, mais aussi – surtout – sur le système de sécurité sociale, sur l'indépendance politique de la Banque nationale suisse et sur l'ensemble des entreprises suisses qui fabriquent des produits à double usage, ou qui agissent en tant que sous-traitants.

Au final, les dommages pour la Suisse seraient considérables, alors que les effets pour la promotion de la paix dans le monde et lutter contre les causes de déplacements forcés notamment – objectifs louables au demeurant et dont notre pays défend déjà de manière intense sur la scène internationale – seraient, en pratique, inexistantes.

Qu'est-ce que du « matériel de guerre » ?

Pour établir une définition du « matériel de guerre », les auteurs de l'initiative se réfèrent à l'art. 5 de la Loi fédérale sur le matériel de guerre (LFMG). Selon cet article, sont considérés comme du matériel de guerre, les armes, les systèmes d'armes, les munitions et les explosifs militaires ainsi que les équipements spécifiquement conçus ou modifiés pour un engagement militaire ou pour la conduite du combat et qui, en principe, ne sont pas utilisés à des fins civiles. Il inclut également les pièces détachées et les éléments d'assemblage, même partiellement usinés, lorsqu'il est reconnaissable qu'on ne peut les utiliser dans la même exécution à des fins civiles. Or, dans les faits, il n'est presque pas possible de distinguer les biens dédiés et spécifiquement conçus pour un engagement militaire, des biens à double usage qui ne sont pas considérés comme du « matériel de guerre » et qui sont destinés à un usage civil. Dès lors, l'initiative créerait d'importants problèmes de classification et de délimitation. En effet, il n'est pas clairement précisé quels biens seraient inclus ou exclus de la liste du quota rigide et arbitraire du GSsA. Tout ce flou créerait une grande incertitude pour les investisseurs. Si bien que l'initiative ne ferait qu'augmenter les coûts d'investissement et les risques de l'AVS et des fonds de pension.

NON aux dégâts infligés aux PME et à l'emploi

L'initiative extrême du GSsA porte fortement préjudice aux PME et à l'emploi, car elle impose une interdiction rigide au financement d'entreprises suisses qui fabriquent du matériel de guerre, peu importe qu'il soit destiné à un usage civil ou militaire.

L'initiative vise certes, en premier lieu, les entreprises suisses d'armement et de grandes entreprises mondiales – telles que RUAG, Airbus et Boeing. Mais aussi les PME qui les fournissent, en fonction de leur chiffre d'affaires, parce que, d'une part, la BNS, les fondations et les institutions de prévoyance publique et professionnelle ne seraient plus autorisées à détenir des parts dans ces entreprises et que, d'autre part, les banques suisses ne leur accorderaient plus de crédits ni d'autres produits similaires.

Dès lors, en instaurant un quota arbitraire et rigide de 5%, de nombreuses entreprises seraient considérées comme des « producteurs de matériel de guerre ». Est-ce qu'une telle mesure permettrait de rendre le monde plus pacifique, comme le prétendent les partisans de cette initiative ? Non. Les entreprises internationales pourront continuer à se financer à l'étranger. Mais ce n'est pas le cas des PME, qui devraient se soumettre au diktat du GSsA. Les stratégies et les sources de financement de ces entreprises suisses devraient être revues de fonds en comble, sans aucune garantie de succès alors que notre pays traverse une crise sans précédent due au coronavirus. De nombreux emplois seraient ainsi menacés. Car si l'industrie de l'armement crée certes des emplois en Suisse, elle passe ses commandes auprès de centaines de PME helvétiques. La majorité de celles-ci se trouvent dans l'industrie MEM, qui emploie au total 320'000 personnes et comprend 13'423 entreprises.

Les problèmes de délimitation entre des entreprises qui fabriquent du matériel de guerre, celles qui fournissent des pièces détachées et celles pour lesquels les pièces sont destinées à un double usage (civil et militaire), et les charges administratives supplémentaires réduiraient sensiblement les possibilités de financement des entreprises suisses. Le quota arbitraire du GSsA entraînerait inévitablement des suppressions d'emplois en Suisse. **NON au diktat du GSsA !**

Combien d'entreprises sont-elles des « producteurs de matériel de guerre » au sens de l'initiative ?

Il n'est pas possible de quantifier le nombre d'entreprises concernées. D'une part, parce qu'il n'existe pas de secteur de l'armement en tant que tel. D'autre part, parce que la fixation du quota à 5%, un seuil très faible, aurait pour effet qu'un grand nombre d'entreprises seraient considérées comme des « producteurs de matériel de guerre » alors qu'elles ne fabriquent en réalité que des pièces détachées ou des éléments d'assemblage. En d'autres termes, l'initiative ne concerne pas seulement les grandes entreprises d'armement bien connues telles que RUAG, Rheinmetall ou GDELS-Mowag, mais également d'innombrables

fournisseurs. En outre, la classification d'une entreprise en tant que « producteur de matériel de guerre » est dynamique et peut changer d'une année à l'autre. Cela alourdirait encore les coûts pour les investisseurs qui devraient se tenir à jour et couper le robinet financier lorsque les ventes d'armes représentent plus de 5 % des activités d'une entreprise. Cela montre bien que le quota arbitraire proposé par les théoriciens du GSsA est impraticable.

NON à une mise sous tutelle politique de la Banque nationale suisse

L'introduction d'un quota arbitraire, fixé par le GSsA, dans la Constitution fédérale reviendrait à mettre sous tutelle politique la Banque nationale suisse. En effet, l'initiative impose des critères de nature politique pour le placement des avoirs de la Banque nationale suisse (BNS), remettant ainsi fondamentalement en question son indépendance, pourtant ancrée dans notre Constitution (art. 99 Cst.). Dans le cadre de ses tâches de politique monétaire exercées en toute indépendance, la BNS ne peut, aux termes de l'art. 6 LBN, ni solliciter ni accepter d'instructions du Conseil fédéral, de l'Assemblée fédérale ou d'autres organismes. La stabilité des prix en Suisse montre que cette pratique s'est avérée concluante. La BNS a donc besoin d'une marge de manœuvre maximale – les crises financières de 2008 et 2009 ont montré à quel point ceci était important, et non pas d'interdictions bureaucratiques ou de quotas arbitraires qui lui dictent ses décisions en matière de placement. Soulignons d'ailleurs que notre banque centrale exclut de ses investissements aujourd'hui déjà les entreprises qui violent massivement les droits humains fondamentaux, causent de manière systématique de graves dommages à l'environnement ou produisent des armes prohibées par la communauté internationale. L'initiative porte ainsi préjudice aux mécanismes permettant la stabilité du franc suisse et l'accepter ne serait pas dans l'intérêt général de la Suisse. **NON au diktat du GSsA !**

Qu'entendent les initiateurs par financement des producteurs de matériel de guerre ?

Le « financement des producteurs de matériel de guerre » désigne les prêts et les crédits ainsi que les participations générales effectués dans des sociétés fabricant du matériel de guerre, notamment par l'acquisition d'actions, de parts de fonds en actions ou de produits dérivés par exemple. Cela signifie que même lors de l'achat de fonds en actions ou de produits dérivés négociés en Bourse, il faudrait s'assurer que ne soit incluse aucune participation dans une entreprise générant plus de 5% de son chiffre d'affaires annuel dans la production de matériel de guerre. Ce quota rigide compliquerait considérablement les activités des investisseurs, car ils ne pourraient plus investir librement dans des produits à faible risque, à l'instar des produits qui suivent les indices boursiers (exemple : Exchange Traded Fund ou ETF). Les actions devraient alors être soigneusement sélectionnées une à une. Cela alourdirait les charges administratives et financières. De plus, les risques liés à l'investissement augmenteraient fortement. En effet, en édictant un quota aussi arbitraire, le GSsA réduit considérablement les possibilités d'investissements. Moins de possibilités d'investissements signifiant une diversification des placements insuffisante, les risques liés aux placements financiers augmenteraient encore. Ce faisant, le quota rigide du GSsA introduit un cercle vicieux au niveau des risques inhérents aux investissements.

NON à des interdictions qui coûteraient très cher à l'AVS et aux caisses de pension

En introduisant un quota rigide et arbitraire, l'initiative du GSsA renchérirait, de manière totalement artificielle et excessive, le coût des placements réalisés en matière de prévoyance vieillesse. En effet, l'initiative détruit les stratégies d'investissement diversifié, qui ont pourtant fait leurs preuves jusqu'à présent, des institutions de prévoyance vieillesse publiques et professionnelles. Les caisses de pension et l'AVS n'auraient pour ainsi dire plus de choix : elles devront soit concentrer leurs investissements sur quelques

entreprises seulement – celles qui respectent le quota rigide fixé par le GSsA ; ou alors, examiner chaque année à la loupe les livres comptables de milliers d'entreprises suisses afin d'identifier celles qui n'auraient pas réalisé plus de 5% de leur chiffre d'affaire annuel avec la fabrication de matériel de guerre – pour autant qu'elles aient la certitude que lesdits produits ne sont pas des biens à double usage (civil ou militaire). Autant dire qu'il s'agirait là d'un travail titanesque dont les charges administratives, les coûts exorbitants ainsi que les risques liés à la concentration des investissements réduiraient inmanquablement les revenus générés par l'activité de placement. Et une baisse de ces revenus fragiliserait davantage les retraites des Suisses et notre système de prévoyance vieillesse qui doit, d'ores et déjà, faire face à des défis de taille. Évitions donc de surcharger la barque d'interdictions bureaucratiques supplémentaires coûteuses.

NON au diktat du GSsA !

Le quota arbitraire du GSsA ne permettra pas d'instaurer la paix dans le monde comme par magie

La Suisse s'est engagée depuis des décennies pour la promotion d'un monde plus pacifique, en agissant sur le plan international à différents niveaux. Dans le secteur financier, les investissements éthiques gagnent, de plus en plus, en importance, et c'est une bonne chose. Aujourd'hui déjà, il existe des instruments financiers qui excluent, de facto, le financement de certaines entreprises d'armement. Un tel financement durable doit néanmoins pouvoir s'appuyer sur des critères clairs sur lesquels les investisseurs et les épargnants peuvent vraiment fonder leurs décisions, et non pas sur un quota fixé de manière arbitraire dans la Constitution fédérale. L'initiative extrême du GSsA ne rendrait pas le monde plus sûr et plus pacifique. En revanche, elle aurait des effets néfastes pour des pans entiers du système de sécurité sociale et de l'économie de notre pays.

**NON**

aux dégâts infligés aux PME et à l'emploi

**à des interdictions qui coûteraient cher
à l'AVS et aux caisses de pension**

**à une mise sous tutelle politique de la
Banque nationale suisse**

 **Le 29 novembre**
NON
**à l'initiative extrême du Groupe
pour une Suisse sans armée**

**NON à l'initiative fédérale « Pour
une interdiction du financement des
producteurs de matériel de guerre »**
Comité « NON au diktat du GSsA »

www.GSoA-nein.ch

~~NO~~

A costosi divieti per l'AVS e le casse pensione

A gravi danni per le PMI e i posti di lavoro

**Alla messa sotto tutela della Banca nazionale
da parte della politica**

**Argomenti contrari sull'iniziativa del
GSeE «Per il divieto di finanziare produttori
di materiale bellico»**

Comitato «NO all'iniziativa del Gruppo per una
Svizzera senza Esercito»

www.no-GSsE.ch

~~Il 29 novembre~~
~~NO~~
all'iniziativa GSsE

NO alla dannosa iniziativa del Gruppo per una Svizzera senza Esercito

Il Gruppo per una Svizzera senza Esercito (GSsE) vuole abolire l'esercito. Questo loro piano è già stato sventato più volte alle urne. Ora gli oppositori dell'esercito hanno come obiettivo il divieto di finanziare il materiale bellico. L'iniziativa "Per il divieto di finanziare i produttori di materiale bellico" prevede una quota rigida: l'AVS, l'AI, l'IPG, le casse pensioni, le fondazioni e la Banca nazionale non potranno più finanziare imprese che realizzano oltre il 5% del loro fatturato con la produzione di materiale bellico.

L'AVS, le casse pensioni e la Banca nazionale giocano un ruolo centrale nell'iniziativa del GSsE. Tuttavia, gli iniziativaisti vogliono che l'intera piazza finanziaria rispetti le loro linee guida. Inoltre, la Confederazione dovrebbe impegnarsi a promuovere questo messaggio in tutto il mondo, affinché le stesse condizioni si applichino anche alle banche e alle assicurazioni. **In definitiva, tutti gli investimenti e i finanziamenti dovrebbero sottostare alla quota rigida definita dal GSsE.**

L'ultima iniziativa targata GSsE non solo danneggia in modo massiccio l'esercito svizzero, ma mette anche in pericolo le assicurazioni sociali, incide sul franco svizzero e danneggia l'economia, prendendo di mira le casse pensioni, la Banca nazionale e numerose PMI.

migliaia di aziende verrebbero controllate in relazione alla loro vendita di materiale bellico. Lo sforzo amministrativo sarebbe immenso, così come i relativi costi aggiuntivi. I rischi di cluster e i costi amministrativi aggiuntivi andrebbero a ridurre i ricavi. Di conseguenza, le rendite degli svizzeri diventerebbero più incerte, in un momento in cui la nostra previdenza si trova già di fronte a grandi sfide; sarebbe controproducente aggiungere anche divieti burocratici e costosi. **NO al dannoso divieto di finanziamento imposto dal GSsE.**

NO a dannose conseguenze per le PMI e i posti di lavoro

La pericolosa iniziativa del GSsE danneggia le PMI e mette a rischio i posti di lavoro. A causa del rigido divieto di finanziamento, l'iniziativa danneggerebbe la piazza economica svizzera. L'industria svizzera degli armamenti crea posti di lavoro e mandati per le PMI. Questo settore è già strettamente monitorato e le esportazioni sono disciplinate dalle disposizioni della legge sull'esportazione di materiale bellico. È sbagliato e poco pratico designare come «produttori di materiale bellico» tutte le aziende che realizzano una quota fissa del 5% del fatturato con la produzione di materiale bellico. I problemi di delimitazione e gli oneri burocratici peggiorerebbero le possibilità delle aziende svizzere di ottenere finanziamenti. In definitiva, la quota imposta dal GSsE è inadeguata e costerebbe posti di lavoro. **NO al deplorabile divieto di finanziamento del GSsE.**

NO a costosi divieti per l'AVS e le casse pensioni

La pericolosa iniziativa del GSsE, attraverso l'imposizione della sua quota rigida, rende più costosi gli investimenti della nostra previdenza per la vecchiaia. Inoltre, vuole gettare al vento le comprovate strategie d'investimento dei regimi pensionistici statali e professionali. L'AVS e le casse pensioni dovrebbero allineare gli investimenti alla quota rigida fissata dal GSsE e limitarli a singole società. La conseguenza sarebbe una diversificazione insufficiente che aumenterebbe il rischio di investimento (cluster risk). Inoltre, ogni anno

L'iniziativa indebolisce l'esercito svizzero

È chiaro che l'obiettivo principale del GSsE sia quello di abolire l'esercito svizzero. Questa non è una novità, anche se il gruppo ha già fallito più volte alle urne con numerose proposte.

Tuttavia, l'obiettivo della nuova iniziativa non è l'abolizione diretta dell'esercito, ma minaccia comunque la sicurezza militare della Svizzera. La crisi causata dalla pandemia di coronavirus ha dimostrato che le catene di rifornimento internazionale possono essere interrotte molto rapidamente. In definitiva, l'esercito svizzero dipende anche dai produttori svizzeri di materiale bellico e dal know-how del settore della sicurezza per garantire l'approvvigionamento in caso di crisi. Non è possibile fare affidamento esclusivamente sulle importazioni di questi tempi.

Con la crisi finanziaria dei produttori di materiale bellico svizzeri e dei loro fornitori, il GSsE metterebbe nuovamente in pericolo la sicurezza militare della Svizzera e del nostro esercito.

La pace nel mondo non può realizzarsi attraverso delle rigide quote

Ovviamente tutti auspichiamo un mondo più pacifico. La Svizzera si impegna già in questo senso per molti aspetti. Gli investimenti etici stanno diventando sempre più importanti anche nel settore finanziario. Inoltre, esistono già degli strumenti finanziari che escludono le società produttrici di materiale bellico. In ogni caso, un finanziamento sostenibile richiede liste di esclusione e criteri chiari sui quali gli investitori e i risparmiatori possano effettivamente basare le proprie decisioni.

L'iniziativa del GSsE non renderà il mondo un luogo più sicuro, ma i pensionati saranno indubbiamente più poveri.

In passato il GSsE aveva come obiettivo unicamente l'abolizione dell'esercito. Oggi rischia invece di danneggiare anche l'AVS, le casse pensioni, la Banca nazionale e molte PMI svizzere. L'iniziativa del GSsE è un attacco frontale alla sicurezza sociale, all'occupazione e all'economia.

NO al controllo della Banca nazionale da parte della politica

La quota rigida imposta dal GSsE mette sotto tutela la Banca nazionale svizzera. L'iniziativa introduce dei criteri politici per l'investimento dei fondi della Banca nazionale, mettendo così a repentaglio la sua indipendenza costituzionale. Il compito principale della Banca nazionale è quello di garantire la stabilità del franco svizzero e dovrà rimanere tale anche in futuro. Per far ciò essa deve avere piena capacità d'azione e non essere soggetta a divieti burocratici o a quote arbitrarie che la limitano nelle decisioni d'investimento. Questo sarebbe irresponsabile. **NO al dannoso divieto di finanziamento del GSsE.**